Stadt Neustadt in Holstein
- Stadtjugendpflege -

Sozialstudie:

Strukturen und Maßnahmen zur Beteiligung von jungen Menschen im öffentlichen Raum der Stadt Neustadt in Holstein.

Befragung junger Menschen zur Mitbestimmung in ihrer Lebenswelt.

(Kinder- und Jugendparlament Neustadt in Holstein)

Befragungs- und Bearbeitungszeitraum:
Mai – August 2006

Autor und Projektleitung:
Andreas Adler,
Kinder- und Jugendberater

Inhaltsverzeichnis

Kapitel A. Einführung **6**

1 Einführung 6

2 Fragestellung und Zielsetzung 7

3 Begriffserläuterung Partizipation 10

Kapitel B: Theoretische Grundlagen **12**

4 Warum Partizipation ? 12

4.1 Partizipation, um Demokratie zu erlernen 12

4.2 Identifikation junger Menschen mit dem Gemeinwesen 15

4.3 Junge Menschen als Experten in eigener Sache 15

4.4 Das Recht auf demokratische Prozesse 16

4.5 Förderung des Generationendialoges 17

4.6 Förderung der Lebensqualität in der Kommune 18

4.7 Fazit 19

5 Kritische Betrachtung der Begründungsmuster 20

5.1 Kritische Betrachtung politisch motivierter Partizipation 20

5.1.1 Politikverdrossenheit u. abnehmendes freiwilliges Engagement? 21

5.2 Partizipation aus dem Blickwinkel von Dienstleistung 24

5.3 Pädagogisch motivierte Partizipationsbegründungen 25

5.4 Fazit 28

6 Rechtliche Grundlagen 29

6.1 Beteiligung nach dem KJHG bzw. SGB VIII 29

6.2 Beteiligung nach dem Baugesetzbuch 33

6.3 Beteiligung nach dem Schulgesetz (SH) 33

6.4 UN-Kinderrechtskonvention 36

6.5 Agenda 21 37

6.6 Rechtliche Grundlagen der Gemeindeordnung (SH) 38

6.7 Fazit 38

7 Partizipation im Kindes- und Jugendalter 39

7.1 Die Familie 40
7.2 Der Kindergarten 40
7.3 Partizipation in der Kinder- und Jugendhilfe 41
7.4 Partizipation und Jugendverbände 43
7.5 Partizipation und Schule 45
8 Partizipationsformen und Rahmenbedingungen 47
8.1 Chancengleichheit in der Partizipation 50
8.1.1 Geschlechtsspezifische Unterschiede 51
8.1.2 Ethnische Ausgrenzungen 52
8.2 Voraussetzung für Chancengleichheit bei Partizipation 54
8.2.1 Neue Medien und Partizipation 55
8.2.2 Fazit zur Chancengleichheit 57
8.3 Partizipation und Qualität 57

Kapitel C: Empirische Untersuchung 62
9 Forschungsdesign 62
9.1 Zielsetzungen der Untersuchung 63
9.2 Design der Untersuchung 64
9.3 Sozialraumbeschreibung, Untersuchungsfeld 65
9.4 Beschreibung der Untersuchung und der Zielgruppe 67
10 Auswertung der Befragung junger Menschen 71
10.1 Mitbestimmung in der Familie und in der Schule 71
10.1.1 Mitbestimmung in der Familie 72
10.1.2 Mitbestimmung in der Schule 76
10.1.3 Zusammenfassung Antwortenblock B 82
10.2 Wahrnehmung von Mitbestimmungsrechten 84
10.2.1 Zusammenfassung Antwortenblock C 97
10.3 Das Freizeitverhalten junger Menschen vor Ort 97
10.3.1 Zusammenfassung Antwortenblock D 109

Kapitel D: Fazit 111
11 Rückschluss aus theoretischen und empirischen Daten 111

11.1 Allgemein 111
11.2 Familie- kontra Schulpartizipation? 111
11.3 Optimierung der Infrastruktur? 113
11.4 Optimierung von Partizipationsangeboten? 115
11.5 Respekt und Akzeptanz der Erwachsenenwelt? 117
12 Schlussbemerkung und Danksagung 118

Kapitel E: Verzeichnisse und Anlagen 120
Literaturverzeichnis 120
Anlagen 129

Verzeichnis der Anlagen im Anhang

Schulanschreiben zum Fragebogen I ---------- I
Fragebogen I an junge Menschen in Neustadt in Holstein ---------- II
Ergebniszusammenfassung des Fragebogen I ---------- III
Grundlagen bzw. Herleitungen der erstellten Grafiken ---------- IV
Fragebogen II an die Institutionen bzw. deren Ansprechpartner ---------- V

Grafiken- und Tabellenverzeichnis

Tab. 0: Nutzung von Partizipationsmöglichkeiten ---------- 9
Tab. 1: Schülerverteilung – Neustadt / bundesweit ----------68
Tab. 2: Schülerverhältnis nach Herkunft ----------68
Tab. 2.1: Herkunftszusammensetzung der Befragten----------69
Tab. 3: Alterszusammensetzung der Befragten----------70
Tab. 4: Befragungsergebnis – Familie / Antwortenübersicht----------72
Tab. 5: Ergebnis B1 – Familie / Intensität----------73
Tab. 6: Ergebnis B1 – Familie / Geschlechterverhältnis ----------74
Tab. 7: Ergebnis B1 – Familie / Altersvergleich ----------75
Tab. 8: Ergebnis B1 – Familie / kultureller Vergleich ----------75
Tab. 9: Ergebnis B2 – Schule / Antwortenübersicht----------77
Tab. 10: Ergebnis B2 – Schule / Schulformverhältnis----------78
Tab. 11: Ergebnis B2 – Schule / Gymnasium ----------79
Tab. 12: Ergebnis B2 – Schule / Realschule ----------79
Tab. 13: Ergebnis B2 – Schule / Grund- und Hauptschule----------79
Tab. 14: Ergebnis B2 – Schule / Förderschule----------79
Tab. 15: Ergebnis B2 – Schule / Geschlechterverhältnis----------81
Tab. 16: Ergebnis B2 – Schule / Altersvergleich----------81
Tab. 17: Ergebnis B2 – Schule / kultureller Vergleich----------82
Tab. 18: Ergebnis B2 – Schule / Studienvergleich ----------83
Tab. 19: Ergebnis C1 – Mitbestimmung / Gesamtansicht----------85
Tab. 20: Ergebnis C1 – Mitbestimmung / Geschlechterverhältnis ------86
Tab. 21: Ergebnis C1 – Mitbestimmung / Altersvergleich ----------87
Tab. 22: Ergebnis C1 – Mitbestimmung / Schulformverhältnis----------87
Tab. 23: Ergebnis C2 – Ansprechpartner / Gesamtansicht ----------88
Tab. 24: Ergebnis C2 – Ansprechpartner / kultureller Vergleich---------89
Tab. 25: Ergebnis C2 – Ansprechpartner / Geschlechterverhältnis-----90
Tab. 26: Ergebnis C3 – Kontaktaufnahme / Gesamtansicht----------91
Tab. 27: Ergebnis C3 – Kontaktaufnahme / Schulformverhältnis -------91
Tab. 28: Ergebnis C4 – Kontaktaufnahme / Medien----------92
Tab. 29: Ergebnis C5 – Meinungsvertreter / Geschlechterverhältnis---93
Tab. 30: Ergebnis C5 – Meinungsvertreter / Altersvergleich ----------94

Tab. 31: Ergebnis C5 – Meinungsvertreter / Schulformverhältnis-------94
Tab. 32: Ergebnis C6 – Mitbestimmungsbereiche / Altersvergleich ----95
Tab. 33: Ergebnis C6 – Mitbestimmungsb. / Schulformverhältnis-------96
Tab. 34: Ergebnis D – Freizeitverhalten / Gesamtansicht----------98
Tab. 35: Ergebnis D – Kreatives und soziales Freizeitverhalten --------99
Tab. 36: Ergebnis D – Sport und Bewegung in der Freizeit ----------100
Tab. 37: Ergebnis D – Mediennutzung----------101
Tab. 38: Ergebnis D – Sonstige Freizeitgestaltung ----------102
Tab. 39: Ergebnis D – Mediennutzung / Mädchen----------104
Tab. 40: Ergebnis D – Mediennutzung / Jungen----------104
Tab. 41: Ergebnis D – Freizeitverhalten / Altersvergleich ----------105
Tab. 42: Ergebnis D – Mediennutzung / Altersvergleich----------106
Tab. 43: Ergebnis D – Sonstige Freizeitgestaltung / Altersvergleich - 106
Tab. 44: Ergebnis D – Freizeitverhalten / kultureller Vergleich --------107
Tab. 45: Ergebnis D – Vereine, Verbände / kultureller Vergleich------108
Tab. 46: Ergebnis D – Sonstige / kultureller Vergleich----------109
Tab. 47: Empfundene Beteiligung / Vergleich Schule – Familie-------112

1 Einführung

Allgemeines zur Partizipation

Im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit und in der Kinder- und Jugendpolitik gehört die Partizipation von Kindern und Jugendlichen schon seit einigen Jahren zu den zentralen Themen. Die Gründe dafür sind mindestens so vielschichtig wie die Bereiche, aus denen der Zuspruch für diese Thematik stammt.
Zu dem motivierten Personenkreis gehören auch etablierte Parteien, welche sich über das zurückgehende Interesse der jungen Menschen an der (traditionellen) Politik und an den Parteien beklagen.
Neben dem häufig angeführten fehlenden Vertrauen in politische Institutionen klagen auch viele Vereine und Verbände über abnehmende Mitgliederzahlen, insbesondere beim Nachwuchs.
Der hohe Anteil an Wählerstimmen für die NPD in Mecklenburg-Vorpommern am 17.09.06 zeigt auf, wie wichtig das positive Erleben von Mitbestimmung insbesondere für junge Menschen zum Erhalt unserer demokratischen Werte ist.

Mittlerweile liegen empirische Studien und Praxisberichte vor, die zeigen wie unterschiedlich die Begründungen sind und wie differenziert sich der Bereich Partizipation darstellt.

Unabhängig von den Begründungsmustern und den Diskussionen erstreckt sich in Deutschland eine ausgeprägte Beteiligungslandschaft von praktischen Partizipationsprojekten. Anders als bei den sonstigen Aufgaben sozialpädagogischer bzw. pädagogischer Arbeit werden/ wurden diese Projekte zum Teil sehr zeitnah aufgegriffen, auf hohen Standard evaluiert und als Leitprojekte in der Fachliteratur veröffentlicht. Leider ist die Haltwertzeit dieser Projekte z. T. begrenzt, so dass viele dieser dokumentierten Projekte nicht mehr existent sind (vgl. z. B. Projekte in Brunsemann/Stange/Tiemann, 1997).

Auch die erste Euphorie über die sogenannten repräsentativen Beteiligungsmaßnahmen z.B. Kinder- und Jugendbeiräte und Schulsprecheraktivitäten ist mittlerweile dem „Alltagsgeschäft“ gewichen. Viele dieser Maßnahmen sind entweder anerkannte Institutionen geworden oder sie wurden aufgelöst bzw. man hat sie „sich auflösen lassen“. Einige Mitbestimmungsmaßnahmen werden als sogenannte „Scheinpartizipation“ mehr oder weniger am Leben erhalten, um den gesetzlichen Vorgaben (z.B. Schulgesetz, Gemeindeordnung) zu entsprechen oder das Ansehen von Institutionen, Kommunen etc. nicht zu gefährden.

Es ist daher zu vermuten, dass das Implantieren von Partizipationsstrukturen in die Netzwerke alltäglicher Entscheidungen, welche auch die Lebenswelt von jungen Menschen berührt, eher gewünscht als real ist. Insgesamt entsteht bei der Betrachtung der Beteiligungsangebote eher ein Bild von vereinzelten Inseln und weniger einer funktionierenden flächendeckenden Infrastruktur. Zudem leiden Partizipationsangebote vielfach an Hemmnissen, wie z. B. ungeklärte Ausgangsmotivationen, mangelnde Anpassung an die Lebenswirklichkeit junger Menschen und Probleme mit der Grundhaltung gegenüber den zu beteiligenden Kindern und Jugendlichen. Die Partizipation junger Menschen am gesellschaftlichen Geschehen steckt trotz langjähriger Bemühungen noch immer in den sogenannten Kinderschuhen.

Etwas abseits der Fachdiskussionen und der speziell konstruierten Beteiligungsmaßnahmen, scheint es jedoch noch eine Partizipationslandschaft zu geben, welche häufig weder evaluiert noch durch Fachkräfte dokumentiert wird und daher für die Sozialwissenschaft wenig greifbar ist. Diese, sich im (kommunalen) Nebel befindliche, Partizipationslandschaft realisiert sich weniger durch definierte Rechte junger Menschen oder konstruierte Beteiligungsstrukturen, sondern eher durch die Vernunft an der Sache, der Einstellung und das Vertrauen in die Entscheidungskompetenz junger Menschen. Sie fließt in alltäglichen Lebenszusammenhängen ein, wo Aushandlungsprozesse zwischen jungen und erwachsenen Menschen passieren, wie z.B. in der Familie. Diese Beteiligungsformen sind nicht selten so selbstverständlich, dass sie als solche gar nicht wahrgenommen werden. Es handelt sich dabei um die selbstverständliche Grundhaltung, welche für alle Bereiche, die junge Menschen betreffen, angestrebt wird. Zumindest nach den aktuellen Gesetzesgrundlagen (vgl. Punkt 6).

Begleiten Sie mich nun durch eine Studie, welche dem Thema Partizipation junger Menschen in Neustadt in Holstein fachlich und nachmöglichkeit neutral behandelt.

Es wird in dieser Studie bis auf wenige begründete Ausnahmen auf die zusätzliche weibliche Form zugunsten der Lesbarkeit verzichtet.

2 Fragestellung und Zielsetzung

Diese Studie entspricht der konsequenten Zielsetzung, Kinder- und Jugendinteressen in Neustadt in Holstein ernst zu nehmen und diese zu erheben. Kenntnisse über die Beteiligung junger Menschen und deren Interessen erhält man am ehesten durch die Untersuchung von Partizipationsstrukturen vor Ort, sowie durch Informationen der unterstüt-

zenden Personen und den zu beteiligenden jungen Menschen. Dies soll daher Gegenstand dieser Untersuchung sein.

Es gibt mittlerweile eine Vielzahl von überregionalen Untersuchungen zum Thema Partizipation wie zum Beispiel Befragungen von Entscheidungsträgern von Institutionen und Befragungen junger Menschen in ganz Deutschland. Diese geben wertvolle Hinweise und neue Erkenntnisse über das Partizipationsverhalten junger Menschen.

Ziel dieser Untersuchung ist es daher ebenfalls, anhand einer kleinräumlichen Analyse solche Erkenntnisse zu überprüfen, zu vergleichen und zu ergänzen bzw. die Wirkungszusammenhänge zum Thema Partizipation in der Kommune Neustadt in Holstein aufzuzeigen. Dabei sollen, wie bereits erwähnt, u. a. folgende Aspekte berücksichtigt werden:

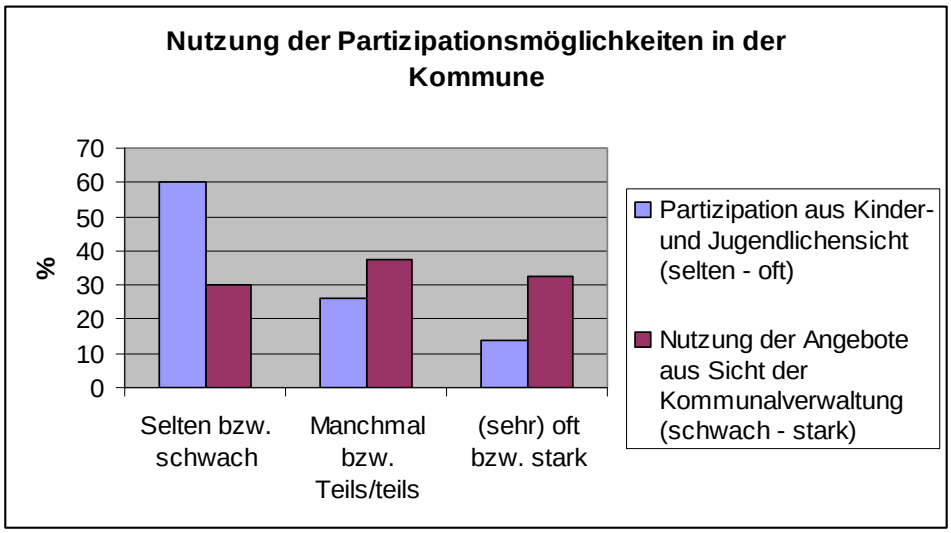
1. Analyse der theoretischen Einflussfaktoren und Fragestellungen für Partizipation

Um im Bereich Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu forschen, ist eine Analyse der theoretischen Fragestellungen für Partizipation Grundvoraussetzung. Von den gängigen Begründungsmustern über die rechtlichen und entwicklungspsychologischen Voraussetzungen bis hin zur Chancengleichheit, müssen die wesentlichen theoretischen Rahmenbedingungen definiert werden, welche auf praktische Partizipationsangebote Einfluss haben.

2. Differenziertes Feedback junger Menschen und erwachsener Entscheidungsträger im Bezug auf Partizipation

Herstellung von Transparenz über die gegenwärtige Partizipationssituation junger Menschen ist ein wichtiger Weg für eine kontinuierliche, zielgerichtete Qualitätsentwicklung in diesem Bereich.
Entscheidungsträger benötigen das Feedback der jungen Menschen im Bezug auf deren Mitbestimmungsempfinden, um die Qualität von Beteiligungsangeboten bestimmen und optimieren zu können.
Nicht selten sind die Auffassungen und das Empfinden bei jungen Menschen und bei Erwachsenen sehr unterschiedlich, wenn es um Beteiligung geht.
Die Bertelsmann-Studie zeigt in der nachfolgenden Grafik, wie weit die Einschätzungen von hauptamtlichen bzw. erwachsenen Mitarbeitern der Kommune und die, der zu beteiligenden jungen Menschen auseinander gehen:

Tab. 0



(Tabelle entwickelt auf der Grundlage von Fatke, Schneider 2006, S.10)

Es macht daher Sinn, Partizipationsangebote sowohl bei den jungen Menschen als auch bei erwachsenen Entscheidungsträgern zu evaluieren.

Das zu erhebende Meinungsbild sollte differenziert möglichst viele Bereiche der Lebenswelt junger Menschen ansprechen. Dies umfasst zum einen die rechtlich zur Einbeziehung junger Menschen verpflichteten Bereiche wie Schule und öffentlicher Raum, zum anderen die sonstigen Freizeitbereiche, insbesondere auch die Familie.

Diese Arbeit besteht daher zusammenfassend aus Einblicken in den aktuellen Stand der Diskussion im Bereich der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland. Darüber hinaus wird anhand einer akt. Sozialraumbeschreibung ein kleiner Einblick in die infrastrukturelle Situation junger Menschen vor Ort gewährt. Das Hauptaugenmerk der Untersuchung liegt in einer Befragung junger Menschen vor Ort zu ihren Partizipationsemfinden, sowie weiteren Fragen zu diesem Thema. So soll ein Bild von der praktischen Umsetzung von Partizipation vor Ort, insbesondere aus der Perspektive junger Menschen, entstehen.
Daraus können Rückschlüsse und Strategien entwickelt werden, um die Partizipation junger Menschen in Neustadt in Holstein zu optimieren.

3 Begriffserläuterung Partizipation

Partizipation kommt von den lateinischen Begriffen pars (=Teil) und capere (=nehmen), was soviel bedeutet wie: Teilnahme, Teilhabe (vgl. Kerber et al. 1991, S. 428) "*etwas abbekommen von dem, was ein anderer hat*". Umgangssprachlich meint man mit "Partizipation", dass ein Einzelner oder auch eine Gruppe an Entscheidungen mitwirkt, die sowohl das eigene Leben als auch das Funktionieren einer größeren Gemeinschaft betreffen.

Partizipation wurde vor allem in den Bürgerbewegungen der letzten zwei Jahrzehnte mit der Forderung nach Mit- und Selbstbestimmung konkretisiert. Die Beteiligungsmöglichkeiten wurden insbesondere in dem Bereich der Stadtplanung umgesetzt.

Partizipation von Kindern und Jugendlichen in dem Bereich der Kommunalpolitik ist mit dem Ziel der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen verbunden (vgl. Blanke 1993, 27).

„*Partizipation junger Menschen bedeutet nicht, „Kinder an die Macht" zu lassen (...). Partizipation heißt, Entscheidungen, die das eigene Leben und Leben der Gemeinschaft betreffen zu teilen und gemeinsam Lösungen für Probleme zu finden. Kinder sind dabei nicht kreativer, demokratischer oder offener als Erwachsene, sie sind nur anders und bringen aus diesem Grunde andere, neue Aspekte und Perspektiven in die Entscheidungsprozesse hinein.*" (Schröder 1995 zit. nach Stange/Tiemann 1999, 219).

Im Rahmen von Partizipation von Kindern und Jugendlichen werden u. a. auch Begriffe wie Beteiligung, Mitwirkung oder ehrenamtliches bzw. bürgerschaftliches Engagement benutzt.

Obwohl der Begriff insbesondere auch in den Rechtsgrundlagen konkretisiert wird, gibt es große Unterschiede in der Auslegung. Ein Politiker versteht unter Partizipation vielleicht die Nachwuchsförderung in den Parteien, ein Bauamtsleiter versteht darunter vielleicht die Einbindung einer Expertengruppe in eigener Sache z. B. bei der Spielplatzgestaltung, ein Pädagoge versteht Partizipation eventuell als ein allgemeines Lernziel in Sachen Demokratie, im Sinne von learning by doing.

Auch bei grundsätzlich gleicher Definition ist die damit verbundene gleichberechtigte respektierende Haltung gegenüber Kindern und Jugendlichen bei vielen Entscheidungsträgern ganz unterschiedlich ausgeprägt. Das Spektrum beginnt bei dem Zulassen von Meinungen und Wünschen junger Menschen und reicht bis hin zur Übertragung von

weiterreichenden Rechten, Entscheidungsbefugnissen über finanzielle Mittel, die Bereitschaft, entsprechende Strukturen aufzubauen sowie die nötigen Kenntnisse zu vermitteln.

Es sollte auch noch erwähnt werden, dass die Partizipation von der persönlichen Betroffenheit der Erwachsenen stark abhängig sein kann. So kann beispielsweise ein Lehrerkollegium durchaus bereit sein, den Schulhof einer Attraktivitätsprüfung durch Schüler zu unterziehen, aber eine Zufriedenheitsbewertung des Unterrichtes durch selbige ablehnen. Besonders deutlich wird dieser Effekt, wenn es darum geht, junge Menschen bei Personalentscheidungen, die sie auch unmittelbar betreffen, mit einzubinden.

Es kann daher bei der Begriffsklärung von Partizipation bzw. Beteiligung nicht um eine scharfe Abgrenzung der unterschiedlichen Auslegungen gehen, sondern sie muss eher Übergänge und Gemeinsamkeiten thematisieren.

4 Warum Partizipation ?

Warum sollen Kinder und Jugendliche beteiligt werden?

In der gängigen Literatur wird den Argumentationen und Begründungsmustern für Partizipation von Kindern und Jugendlichen viel Platz gewidmet. Daraus kann man schließen, dass die Teilhabe von jungen Menschen am demokratischen gesellschaftlichen Geschehen noch kein Selbstverständnis ist. Neben der Frage nach dem, wie Partizipation erfolgen soll, muss daher zunächst einmal die Frage gestellt werden, ob dies grundsätzlich notwendig ist und Sinn macht. Es wurde bereits in der Einführung darauf hingewiesen, dass einzelne Begründungsmuster verstärkt in bestimmten Partizipationsfeldern von Bedeutung sind.

Im Folgenden sollen mögliche Gründe für eine Beteiligung von jungen Menschen aufgeführt werden.

Dabei wird davon ausgegangen, dass gelungene Partizipationsprozesse grundsätzlich methodisch differenziert und längerfristig angelegt sind. Sie berücksichtigen die Alters- und Sozialstruktur der Beteiligten genauso wie die verschiedenen Bedürfnisse, die verschiedenen (sozial-) räumlichen Gegebenheiten, die Einzugsbereiche und Nationalitäten.

4.1 Partizipation, um Demokratie zu erlernen

Die demokratische Gesellschaftsstruktur ist im deutschen Grundgesetz verankert und stellt einen der höchsten Werte in diesem Land dar. Daher ist es eine der ranghöchsten pädagogischen Aufgaben einer Generation, diese Werte an die nächste Generation weiter zu vermitteln.

Demokratie ist jedoch eine Gesellschaftsform, deren Vorteile sich erst auf den sogenannten zweiten Blick erschließen. Nicht selten sind demokratische Prozesse langwierig und bestehen aus einer Vielzahl von Kompromissen, die sie nicht selten unflexibel, langsam und uneffektiv erscheinen lassen. Daher können andere z.B. autoritäre Gesellschaftsformen insbesondere für junge Menschen eine hohe Attraktivität besitzen.
Nicht nur in der Vergangenheit sondern auch in der Gegenwart genießen politische Parteien Zuspruch, welche diesen Werten weniger Bedeutung zumessen wie z.B. rechtsextreme Parteien.

Exkurs:
Im September 2004 hat die NPD im Saarland mit 4% der Stimmen knapp den Einzug in den Landtag verfehlt. Demgegenüber ist sie jetzt mit 9,2% im Landtag von Sachsen und die DVU mit 6,1% im Landtag von Brandenburg vertreten. Wahlanalysen zeigen, dass die rechtsextremen Parteien wiederholt überdurchschnittlich von männlichen Jung- und Erstwählern gewählt wurden (vgl. Hafeneger 2004, S.511)
Die Schwelle, eine ausgewiesene rechtsextreme Partei zu wählen, sinkt; viele junge Wähler sehen die rechtsextremen Parteien als normale, d.h. wählbare Parteien an.
So erhielt die DVU 1998 in Sachsen-Anhalt von dieser Wählergruppe einen fast dreimal so hohen Stimmanteil, als im Durchschnitt aller Altersgruppen. Im Saarland haben 13% der Erstwähler bei der Landtagswahl 2004 die NPD gewählt (ebd.).
In Sachsen und Brandenburg sind bei den Wahlen im September 2004 die Regionen, Strukturen und Merkmale des Wählerpotentials klar erkennbar: Danach war der typische Wähler "*jung, männlich, formal niedrig gebildet und arbeitslos*" (ebd.).
„In Sachsen wählten von den Jung- und Erstwählern (den 18- bis 24-Jährigen) beiderlei Geschlechts 21% die NPD, (...) Bei allen Unter-35-Jährigen mit Hauptschulabschluß erreichte die NPD sogar 26% aller Stimmen (vgl. ebd.).
So heißt es denn auch in der "Zeit" (v.23.9.2004):

"*Die rechte Szene bietet alles, was für Jugendliche attraktiv ist. Jeder kann klein einsteigen - zum Beispiel- mit einer CD rechter Musik. Wer ein größeres Abenteuer sucht, fährt zu einem verbotenen Konzert. Rechtsextreme Kameradschaften organisieren Fußballturniere und Fantasieschlachten in Germanenkostümen. Beim nächsten Mal sitzt man vielleicht schon auf einem Schulungsabend*".

"*Die demokratischen Volksparteien sind in vielen Kommunen kaum noch präsent und erreichen große Teile der (jungen) Wählerschaft, vor allem aus den unteren sozialen Schichten nicht mehr. Diese fühlen sich von ihnen nicht repräsentiert, sind ihnen politisch entfremdet und gehören entweder zu den Nichtwählern oder sind (als politisch "Heimatlose" anfällig für einfache, rechte Parolen) auf der Suche nach einer neuen politischen Heimat.*“ (ebd., S. 513) .

In wieweit es direkte Zusammenhänge zwischen jungen Menschen, welche schon früh in demokratische Prozesse eingebunden worden sind und dem Wahlverhalten gibt, steht an dieser Stelle aus[1]. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Wert demokratischer Prozesse besonders dann deutlich wird, wenn er von jungen Menschen erlebt wird. Das Erleben von demokratischen Prozessen wird auch deswegen

[1] Vgl. dazu auch die Untersuchungen zum Thema freiwilliges Engagement und Wahlverhalten unter Punkt 5.1.1

besonderer Bestandteil einer Befragung junger Menschen im weiteren Verlauf dieser Studie sein.

Beteiligung lässt Kinder und Jugendliche Mitbestimmung und Mitverantwortung lernen ohne die Erwachsenen aus der Pflicht zu nehmen. Beteiligung - im Sinne des Erlernens von Demokratie - wird dabei nicht vorrangig verstanden als Hineinwachsen in das politische System, sondern als alltäglich praktizierte Mitsprache und Mitbestimmung, als Alltagsdemokratie.
Mitreden, Mitmachen, Mitplanen und Mitbestimmen sind Etappen dieses demokratischen Prozesses.

Das Verständnis von Demokratie und Teilhabe hat sich in den letzten Jahrzehnten in Deutschland verändert. Herkömmliche Formen politischer Partizipation, wie etwa die Teilnahme an Wahlen, sind um weitere Formen politischer Beteiligung, wie z. B. die Teilnahme an Protestaktionen, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Petitionen etc. erweitert worden. Die Ausweitung der politischen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist daher Teil eines Entwicklungsprozesses unserer Demokratie (vgl. Roth, Olk 2006, S. 9).
Zentral steht dabei die Überzeugung, dass politisches Engagement vielfältige Formen aufweist und politische Beteiligung aktiver Bürger voraussetzt. Das Einüben in den Erwachsenen vorbehaltenen Formen der politischen Beteiligung (wie z. B. Wahlen, Mitgliedschaft in politischen Parteien etc.) greift hier zu kurz, um die Grundlagen für eine solche aktive Bürgerschaft zu legen. Vielmehr muss Kindern und Jugendlichen ermöglicht werden, sich in jedem Lebensalter in verschiedenartigen Formen aktiv zu beteiligen. Kommunale Kinder- und Jugendpartizipation kann einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, junge Menschen in die Gestaltung kommunaler Angelegenheiten einzubeziehen und ihnen die Erfahrung modernen demokratischen Handelns zu vermitteln.
Es wird davon ausgegangen, dass Kinder und Jugendliche, die sich selbst als aktiv gestaltend erfahren, sich auch als Erwachsene eher an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligen werden. Wenn sie die vielfältige Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten in ihrer unmittelbaren und weiteren Umwelt erleben und die Demokratie positiv erfahren, haben sie das notwendige Verständnis für das Gemeinwesen (vgl. Punkt 7.1).

4.2 Identifikation junger Menschen mit dem Gemeinwesen

Kinder und Jugendliche erhalten über ihre Beteiligung die Chance, sich in einer vielfach fremdbestimmten Umwelt einen eigenen Lebensbereich zu schaffen, für den sie ein Stück Verantwortung übernehmen können.
Stadtplanung und Stadtgestaltung sind komplexe Vorgänge, mit vielen technischen, zeitlichen, finanziellen und organisatorischen Vorgaben und Einschränkungen. Zwischen Idealvorstellung, realistischem Entwurf und fertigem Ergebnis bestehen oft erhebliche Differenzen. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bietet die Chance, dass sie sich mit dem Ergebnis identifizieren können und für Abweichungen von der Idealvorstellung Verständnis aufbringen - vorausgesetzt, Planungsvorgang und Beteiligungsprozess sind transparent und werden altersgerecht betreut.

„*Partizipation wird mehr und mehr zu einem bevorzugten Instrument, um Integration und Teilhabe gerade für benachteiligte Kinder und Jugendliche zu verbessern. Die Ausweitung von Partizipationsgelegenheiten kann dabei als ein Weg zur Verstärkung sozialer Integration und zur Vermeidung und Bekämpfung von Ausgrenzung eingesetzt werden. Gerade für Angehörige von Minderheitengruppen, wie etwa behinderte Kinder und Jugendliche oder Kinder und Jugendliche mit Migrationsstatus, kann der aktive Einbezug in Beteiligungs- und Gestaltungsprozesse eine Stärkung ihrer Kompetenzen sowie eine gesellschaftliche Anerkennung mit sich bringen*“ (Roth, Olk, 2006, S. 12).

4.3 Junge Menschen als Experten in eigener Sache

Das Kinder und Jugendliche selbst am besten wissen, was sie wollen und brauchen, ist eine Leitidee für die Beteiligung. Sie sind so genannte Experten in eigener Sache. Aufwändige Fehlplanungen können eventuell vermieden werden, wenn man diejenigen befragt, die es betrifft - in diesem Fall Kinder und Jugendliche. Vorausgesetzt, es wird ihnen zugehört, sie werden ernst genommen und sie bekommen Unterstützung bei der Suche nach Lösungen. Die Vorstellung der Erwachsenen zu planen, was für Kinder richtig und wichtig sei, kann erheblich von den Planungen der Kinder abweichen. Beteiligt man sie, kann man damit die Qualität stadtplanerischer Entscheidungen erhöhen, Planungsfehler vermeiden und dadurch Kosten einsparen.

Auch die Erwachsenen profitieren von kindgerechten Strukturen, beispielsweise im Straßenverkehr. Auch bei der Gestaltung von Spielplätzen, und Wohnumfeldbaumaßnahmen, sind die Kinder die Experten für ihre Wünsche und dadurch kompetente Mitplaner.

Ebenso hilft die Beteiligung der Kinder, ihre Identifikation mit ihrer Lebenswelt zu fördern. Sie fühlen sich verantwortlich für mitgestaltete Bereiche. Somit hilft eine Infrastruktur, an deren Planung und Gestaltung Kinder beteiligt sind, Gewalt und Vandalismus vorzubeugen. Damit kann eine Erhöhung der Sicherheit, sowie eine Senkung der Kosten erreicht werden.

In der Politik werden auch häufig Entscheidungen getroffen, deren Auswirkung erst in späteren Jahren eintrifft. Deshalb ist eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nur gerecht.[2]
Kinder und Jugendliche gelten in unserer alternden Gesellschaft als ein Faktor für die Aufrechterhaltung der Innovationsfähigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft. Durch eine verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen kann sichergestellt werden, dass neue und ungewohnte Problemzugänge, innovative Ideen, Kompetenzen, Ressourcen sowie frischer Mut und Schwung in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik wirksam werden.
Nach Roth und Olk (2006)

„*... erforderlich sind umfassende Beteiligungsprojekte, bei denen Kinder und Jugendliche von Beginn an bei der Vorbereitung, Umsetzung und Evaluation lokaler Planungsvorhaben mitwirken.*“ (S. 11).

4.4 Das Recht auf demokratische Prozesse

Bislang sind die jüngsten Bewohnerinnen und Bewohner unserer Gesellschaft in der Kommune strukturell benachteiligt: Jede andere Interessengruppe kann für sich und meist auch von sich aus, Lobbyarbeit in eigener Sache leisten und sich zumindest über Wahlen artikulieren. Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren bzw. bis 16 Jahren können das nicht. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf vielen verschiedenen Ebenen scheint u. a. auch deshalb wichtig, weil sich nur so die Interessen der Noch-nicht-Wahlberechtigten in den demokratischen Prozess einbringen lassen. Gelingen kann Beteiligung jedoch nur, wenn dabei der Interessenausgleich mit anderen nicht zu kurz kommt.

Die grundsätzlichste und weitest reichende Legitimation für Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen ergeben sich aus den Menschen- und Bürgerrechten. Da sie universell wirken und nicht an Bedingungen gebunden sind, liefern sie die umfassendste und nachhaltigste Form der Begründung der Partizipationsrechte für junge Menschen in Deutschland. Danach teilen Kinder und Jugendliche mit allen anderen Menschen dieselben Grundrechte. Sie sind daher grund-

[2] vgl. hierzu auch Punkt 4.5 Förderung des Generationendialoges

sätzlich in allen Fragen und Angelegenheiten der politischen Gemeinschaft zu beteiligen. Einschränkungen dieser Grundrechte, die sich unter Umständen aus der besonderen Situation und dem Entwicklungsstand von Kindern und Jugendlichen ergeben mögen, sind besonders zu begründen und sorgfältig auf Vereinbarkeit mit den unveräußerlichen Grundrechten zu prüfen (vgl. Roth, Olk, 2006, S. 8).

Auch auf kommunaler Ebene sind Kinder von Beginn ihres Lebens an Einwohnerinnen und Einwohner. Ob es neben stark formalisierten Bürgerbeteiligungsverfahren noch eigene Beteiligungsverfahren für Kinder, Jugendliche und ihre Familien braucht, darüber lässt sich diskutieren.
Im internationalen Kontext und in der Entwicklungszusammenarbeit spielt die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ebenfalls eine wachsende Rolle.
Hierzu gehören die UN-Kinderrechtskonvention von 1989 sowie die Weltkonferenzen der 1990er Jahre, aus denen die lokale Agenda 21 hervorgegangen ist. In globalisierten Politikfeldern spielt die Beteiligung junger Menschen eine wichtige Rolle. Insbesondere die Kindergipfel[3], durch die in vielen Ländern nationale Aktionsprogramme angestoßen wurden, haben zu einer Ausweitung von Beteiligungsrechten für Kinder und Jugendliche geführt (s. Punkt 6).

4.5 Förderung des Generationendialoges

Beteiligungsprozesse mit Kindern und Jugendlichen müssen immer auch zum Dialog der Generationen fördern, bei dem jeder Lernender und Lehrender zugleich ist.
Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erfordert in erster Linie ein Umdenken von Erwachsenen. Dabei spielt die Haltung der Erwachsenen gegenüber jungen Menschen eine wichtige Rolle. Wenn wir sie nur beteiligen als Mittel zum Zweck, ohne innerliche Zustimmung, dann spüren das die Kinder und Jugendlichen.

Eine weitere Begründung für Kinder- und Jugendpartizipation bezieht sich auf die Folgen des demographischen Wandels. Auf lokaler und regionaler Ebene gilt eine Gesellschaft mit einer verbesserten Infrastruktur für Heranwachsende und Familien als ein wichtiger Anreiz, der zur Steigerung der Geburten beitragen kann. Eine verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist in diesem Zusammenhang allerdings erst dann zu erwarten, wenn nicht lediglich die Eltern und die potenziellen Eltern, sondern auch die jungen Menschen im Zentrum des Interesses stehen.

[3] bislang 1990 und 2002

Auch die veränderte demographische Zusammensetzung der Wahlbevölkerung wird als Begründung für eine verstärkte Partizipation von Kindern und Jugendlichen herangezogen.

„*Die zunehmende Anzahl von Wählern im Seniorenalter könnte dazu führen, dass die Interessen, Bedürfnisse und Anliegender Altersgruppe der unter 18-Jährigen öffentlich immer weniger sichtbar und politisch marginalisiert werden*“ (Roth Olk 2006, S.9).

Eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bietet daher neue Chancen für Generationengerechtigkeit.

„*Nicht wir Kinder sind das Problem, im Gegenteil: wir sind unverzichtbar für seine Lösung. Wir sind keine Ausgaben, sondern Investitionen*“ (o. V. 5.2.2006, Quelle Internet S. 1)[4].

4.6 Förderung der Lebensqualität in der Kommune

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gelingt dort, wo Politik und Verwaltung kooperieren, wo Jugendamt, Stadtplanung, Gartenbau, Schulverwaltung und Amt für gesellschaftl. Angelegenheiten zusammenarbeiten, um gemeinsam eine kinderfreundlichere Kommune zu verwirklichen. Kinderbeteiligung ist wichtig für eine ernst gemeinte kinderfreundliche Umgestaltung der Kommune oder der Gesellschaft. Die Teilhabe an Veränderungsprozessen ist der Gradmesser, ob das Ziel einer kinderfreundlichen Kommune bzw. eines kinderfreundlichen Landes erreicht wurde oder erreicht werden wird.[5]
Das die Partizipation ein wichtiges Instrument ist, um unterschiedliche Präventionsziele zu erreichen, wird von Roland Roth und Thomas Olk (2006) hervorgehoben:

„*Das Spektrum reicht von der Gesundheitsprävention über die Kriminalprävention bis hin zur politischen Prävention. „Durch Partizipation werden Kinder und Jugendliche ermutigt, ihre Sichtweisen und Interessen zu artikulieren und sich zum Beispiel gegen Übergriffe von Erwachsenen (sexueller Missbrauch etc.) zu wehren. Durch Partizipation erwerben junge Menschen zudem Kompetenzen und Motivationen wie Verantwortlichkeit, Kooperationsfähigkeit und Selbstbewusstsein, die ihre Rolle als aktive Bürger stärken*“ (S. 11).

[4] http:// www.tdh.de/kindergipfel/kinderforum.html
[5] Stadt Neustadt in Holstein gewann z. B.den Landeswettbewerb „Die kinderfreundliche Gemeinde“ 1979.

4.7 Fazit

Die einzelnen Bereiche von Begründungen für eine verstärkte Partizipation von Kindern und Jugendlichen unterscheiden sich sehr stark von einander, z. B. im Bezug auf ihre Reichweite, ihrem Geltungsbereich und ihrer Überzeugungskraft.
Außerdem sind die Begründungen relativ pauschal und allgemein gehalten. Dennoch wird deutlich, dass der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der aktuellen demokratischen Gesellschaft eine wichtige Bedeutung zukommt, denn Kindern und Jugendlichen werden grundlegende Rechte garantiert und zugebilligt.
Sie erhalten, in den sie betreffenden Fragen des lokalen und überregionalen Gemeinwesens, vermehrte Einflussmöglichkeiten. Das Gemeinwesen, bzw. die Gesellschaft, in der sie leben, profitiert von den spezifischen Sichtweisen und Kompetenzen junger Menschen bei der Bewältigung der Herausforderungen in einer globalisierten Welt.
Es ist daher erforderlich auch die zugrunde liegenden Begründungsmuster für Partizipation immer wieder offen zu legen und zu diskutieren.

5 Kritische Betrachtung der Begründungsmuster

Begründungen und Motive für Partizipation bilden nicht nur die Grundlage von Beteiligungsprojekten, sondern stehen auch in einer kontinuierlichen Wechselwirkung mit ihnen.
Die Begründungsstruktur von Beteiligung junger Menschen an demokratischen Prozessen, welche in der Literatur zu finden ist, kann in drei grundsätzliche Bereiche unterschieden werden:

1. Begründungen mit politischer Motivation,
2. Begründungen denen ein dienstleistungstheoretisches Muster zu Grunde liegt,
3. Begründungen auf pädagogischen Hintergrund.

Nachfolgend sollen nun beispielhaft einige Begründungsmuster und Motive für Partizipation kritisch hinterfragt werden.

5.1 Kritische Betrachtung politisch motivierter Partizipation

Partizipation kann hier als Unterstützung der Politik verstanden werden, um effizientere Entscheidungen treffen zu können. Kinder und Jugendliche sollen ihre Bedürfnisse und Interessen vortragen können, weil man auf deren Grundlage besser für sie planen kann.
Der junge Mensch wird hier teilweise weniger als Träger von Rechten verstanden, der sich in Politik einmischen soll, sondern vielmehr als Bestandteil eines wohlmeinenden Staates gesehen, der gerne besser auf ihre Bedürfnisse und Interessen eingehen will. Partizipation soll demzufolge lediglich für den reibungslosen und besseren Ablauf der Regierungsgeschäfte sorgen.

Es kann der Anschein entstehen, dass durch Partizipation hauptsächlich der Nachwuchs im Rahmen der herkömmlichen Politik sowie in Vereinen und Verbänden gesichert werden soll. Immer wieder auftauchende Begriffe wie Politikverdrossenheit sowie teilweise zurückgehende Mitgliederzahlen bei Vereinen und Verbänden unterstützen diese Vermutung.

5.1.1 Politikverdrossenheit u. abnehmendes freiwilliges Engagement?

Jugendliche mit ihrem spezifischen Zugang zur Politik sind Vorreiter für ein Politikverständnis, das sich später auch in der Gesamtbevölkerung zeigen wird.
Aber gerade bei der jungen Generation ist vielfach die Rede von einer vorhandenen Politikverdrossenheit und ein abnehmendes Interesse für freiwilliges Engagement. Dies ist unter anderem ein wesentliches Argument für politisch motivierte Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Daher soll dieser Umstand nachfolgend, anhand von Untersuchungen, kritisch hinterfragt werden.

Die 14. Shell Jugendstudie 2002 zeigt, dass das Interesse der heutigen Jugend an Politik weiter rückläufig ist. Inzwischen bezeichnen sich nur noch 30 % der Jugendlichen zwischen 12 und 25 Jahren als politisch interessiert. Die Wichtigkeit des politischen Engagements sank seit Mitte der 80er Jahre von 33 % auf 23 % ab. Obwohl die Jugendlichen in ihrem Lebensumfeld eine gesellschaftlich aktive Gruppe sind und Demokratie von der überwiegenden Mehrheit als eine gute Staatsform gehalten wird, beherrscht eine große Distanz ihr Verhältnis zur sogenannten großen Politik. Das zeigt sich auch an der Wahlbeteiligung der Jungwähler: Diese lag bei den 18- bis 24 jährigen Wahlberechtigten zuletzt im Schnitt um fast ein Viertel unter dem Gesamtdurchschnitt.

Junge Menschen interessieren sich aber dennoch für drängende Probleme dieser Gesellschaft. Diese Art von Interesse wird als unkonventionelles Interesse beschrieben (vgl. Hermann 2002, S.57).
Deshalb muss versucht werden, mehr Legitimation bei der jungen Generation zu schaffen. Junge Menschen können dem politischen System, der Demokratie als Ganzes, trotzdem eine Unterstützung entgegenbringen, auch wenn sie mit konkreten Politikergebnissen nicht zufrieden sind (ebenda, S.55).

Die Unterschiedlichen Aussagen von empirischen Befunden hierzu zeigt unter anderem die Studie „Politischer Partizipation in Deutschland“ der Bertelsmann-Stiftung (2004). Dementsprechend kann keine Rede davon sein, dass sich immer mehr Menschen pauschal von der Politik abwenden. Eines der Ergebnisse der o.g. Studie ist: Wer sich bereits in Vereinen oder Bürgerinitiativen engagiert, interessiert sich mehr für Wahlen und ist auch gegenüber der Demokratie positiv eingestellt. Entsprechend dieser Studie sind viele junge Menschen einerseits mit der Demokratie eher unzufrieden, andererseits ist das Interesse an Parlament, Regierung und Parteien groß.
Aus der o.g. Studie ist herauszulesen, dass pauschale Aussagen wie z. B. Politikverdrossenheit und Politikabstinenz nicht mit den Ergebnissen der Studie übereinstimmen. So heißt es u. a.:

„ein großer Teil (gut ein Drittel) der Bevölkerung ist beispielsweise in Vereinen oder Bürgerinitiativen freiwillig aktiv. Und dieser Menschen interessieren sich tendenziell mehr für Politik, ihrer Institutionen und ihre Akteure als Nicht-Aktive. Freiwillig engagierte Personen beteiligen sich intensiver an Wahlen und zeigen eine grundsätzlich positivere Haltung zur Demokratie. Soziales Engagement, wenn auch zunächst unpolitisch, bildet einen förderlichen Kontext für politisches Engagement. Es gibt einen nachgewiesenen Zusammenhang zwischen Bürgergesellschaft und demokratischer Teilhabe. Hinzu kommt, dass die oft geäußerte pauschale Kritik an Parteien und ihren Akteuren sich relativiert, wenn man das soziale Umfeld der Befragten in Betracht zieht. Die klare Tendenz lautet hier: Je stärker eine Person sich allgemein sozial engagiert, umso differenzierter ist ihre Haltung zu Parteien und Politikern, umso stärker ist auch ihre genannte Parteiidentifikation“ (S.17).

Mit Blick auf die Ergebnisse der Jugendstudien kommt auch Thole (2003) zu der Einschätzung,

„dass Jugendliche zwischen ihren Interessen, Motivationen und Wünschen einerseits und den von ihnen assoziierten und gelebten Möglichkeiten des politischen Engagements perse keine linearen Beziehung mehr herstellen. Wenn das zutrifft, denn artikulieren Kinder und ältere Jugendliche heute eine ungebundene, „vagabundierende“ Engagementbereitschaft“ (S. 33).

Danach tendieren offensichtlich Kinder und Jugendliche (so wie auch viele Erwachsene) dazu, sich weniger dauerhaft und langfristig zu binden. Sie wollen sich eher situativ, fallbezogen, zeitlich überschaubar, politisch, sozial und kulturell engagieren. So heißt es denn auch im 11. Kinder und Jugendbericht der Bundesregierung (2002) exemplarisch für die Jugendverbände und bezogen auf die Situation des Ehrenamtes:

„Für das Engagement junger Menschen in den Jugendverbänden ist von Bedeutung, dass die Verweildauer in klassischen ehrenamtlichen Tätigkeiten und der zeitliche Umfang kontinuierlichen Engagements abnehmen, während die Aktivitätsraten durch punktuelle, thematische Projekte zu nehmen“ (S. 200).

In der organisierten verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit zeigt die Mitgliedererweiterung in den letzten Jahren unterschiedliche Entwicklung. So finden die Sportvereine bei Kindern und Jugendlichen ein großes Interesse mit steigender Tendenz; Neugründungen wie die BUND-Jugend haben Zulauf; die Fachverbände stagnieren, sie haben partiell Zuwachs, aber auch Verluste; demgegenüber haben die weltanschaulich bzw. politisch orientierten und auch konfessionellen Ju-

gendverbände teilweise erhebliche Einbrüche in den Mitgliederzahlen (vgl. Faulde 2003).

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass eine eindeutige Tendenz zur Politikverdrossenheit und ein abnehmendes Interesse für freiwilliges Engagement der Jugend nicht als bestätigt angesehen werden kann. Andererseits zeichnen sich Veränderungen des Zuganges in den Bereichen Politik und freiwilliges Engagement im Jugendbereich ab, die im weiteren Verlauf dieser Untersuchung näher betrachtet werden.

5.2 Partizipation aus dem Blickwinkel von Dienstleistung

„*Durch die aktive Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen, beispielsweise in der Spielraumplanung und -gestaltung, ist es mehr als nur einmal gelungen, die Kosten für die Herstellung eines Spielplatzes radikal zu senken*“ (Aktion Schleswig Holstein 1999, S.5), heißt es etwa in der 10-Jahres Bilanz der Gemeinschaftsaktion Schleswig-Holstein.

Auf manchen Gebieten verfügen Kinder und Jugendliche, wie bereits erwähnt, über wichtige Kenntnisse, deren Nutzung zu besseren kommunalpolitischen Entscheidungen führen kann. Im Vordergrund steht hier allerdings nicht das Ziel einer Optimierung kommunaler Demokratie oder die Durchsetzung von Bürgerrechten für junge Menschen sondern vielmehr das Marktmodell der Serviceorientierung.
Beteiligung versteht sich in diesem Zusammenhang weniger als Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in die Planung, Umsetzung und Evaluation sozialer Dienste und Leistungen, sondern eher als die zumeist einmalige Abfragung ihrer Konsumenten-Wünsche im Sinne von Kundenbefragungen und Markttests (vgl. Roth, Olk, 2006, S. 64).

Qualitativ besser planen zu können, damit Kosten zu sparen und eine höhere Zufriedenheit der Bürger zu erreichen, im Rahmen von Beteiligung junger Menschen, ist ein legitimes Ziel. Dieses Ziel wird jedoch dem Charakter von Partizipation nicht im vollen Umfang gerecht. Denn hier ist Partizipation kein Wert an sich, und gerät so in Gefahr für eine effektivere Erbringung von Dienstleistungen funktional gesehen zu werden.

Der junge Mensch soll sich partizipativ einbringen, aber wie weit seine Mitbestimmungsmacht reicht, bleibt hier relativ unklar und abhängig vom Erfolg der Maßnahmen. Der Dienstleister z.B. der Entscheidungsträger, will das Maß an Partizipation bzw. deren Strukturen anhand seiner Effektivität bestimmen und nicht aufgrund seiner Rechte als Subjekt einer demokratischen Gesellschaft.

Im kommunalpolitischen Planungsalltag wird daher allzu oft die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, in den sie betreffenden Fragen, im Wesentlichen auf die Gestaltung von Spiel- und Freizeitplätzen reduziert.

Die Betrachtung von Partizipation in Abhängigkeit mit ökonomischen Zielen zu sehen, kann Kinder und Jugendliche unter Erfolgs- und Zeitdruck setzen. Die Mitwirkung beschränkt sich dann möglicherweise nur noch auf vereinzelte Befragungen, um die Treffsicherheit des

Planungsvorhaben und die technische Effizienz zu erhöhen. Umfassende Beteiligungsprozesse, die zu komplexen Aushandlungsprozessen und zur Moderation unterschiedlicher Interessen führen würden, werden dagegen tunlichst vermieden.

Der Erfolg von Partizipation aus dem Blickwinkel von Dienstleistung würde nach Schnurr (2001) entsprechend dem Prinzip "*das Produkt/die Dienstleistung ist besser geworden*" definiert werden und Partizipation hauptsächlich aus der Sicht der Verwertbarkeit gemessen.
Würde zum Beispiel ein Spielplatz öffentlichkeitswirksam neu gestaltet werden, würde dies in der Regel als positives Beispiel für Partizipation gelten. In einem anderen Beispiel könnte der Wunsch nach einer Raucherecke für Jugendliche auf eben diesen Spielplatz in einem demokratischen Abstimmungsprozess abgelehnt werden, und stünde so für ein gescheitertes Projekt. Beides ist jedoch Beteiligung bzw. Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Daher darf der Erfolg von Partizipationsprozessen nicht von dem Recht auf Partizipation abhängig gemacht werden.

„*Eine experimentierfreudige und leistungsfähige Kommunalverwaltung ist ohne Teilhabe neuer Akteure nicht zu haben – und umgekehrt*“ (Fatke, Schneider 2006, S. 7).

5.3 Pädagogisch motivierte Partizipationsbegründungen

Partizipation fördert wichtige pädagogische Ziele wie z. B. die Entwicklung politischer und sozialer Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen.

„*Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit*“ (§1, Abs. 1, SGB VIII)

Daher haben pädagogische und bildungspolitische Begründungen für Partizipation eine große Tragweite.
Die Einbeziehung von jungen Menschen ist jedoch bei diesem Ansatz nicht vordergründig als Recht von Kindern und Jugendlichen zu verstehen, sondern vielmehr als ein Übungs- und Trainingsfeld, das sie auf ihre Zukunft als verantwortliche und aktive Bürger vorzubereiten hilft.

Die pädagogischen Partizipationsbegründungen bewegen sich daher in einem Spannungsfeld:

Einerseits möchte man die Partizipationsfähigkeiten und Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen entwickeln bzw. fördern, andererseits definiert man den jungen Menschen bereits als mündigen Bürger und setzt die damit verbundenen Fähigkeiten bereits voraus.
Obwohl Jugendliche häufig entwicklungsbedingt nicht die Kompetenzen voller Mündigkeit und somit auch nicht die volle Partizipationsfähigkeit erlangt haben, unterstellt man ihnen doch einen Status, den man ermöglichen will.
Man fordert die Mündigkeit der Jugendlichen heraus, indem man ihnen Gelegenheit bietet, selbstbestimmt zu handeln und gleichberechtigt mit zu entscheiden.
In diesem Zusammenhang muss jedoch erklärend festgestellt werden, dass natürlich auch Erwachsene nicht automatisch über die o. g. Partizipationsfähigkeiten und Kompetenzen verfügen und ebenfalls an demokratischen Prozessen teilnehmen.

Der 12. Kinder- und Jugendbericht macht sich daher für ein partizipatives Bildungsverständnis stark:

„*Demnach ist Bildung kein einseitiger Akt, in dem Angebote bereitgestellt werden, um Kindern etwas ‚beizubringen', Angebote, die sie passiv konsumieren, sondern ein zweiseitiges, aktives Geschehen. Um der großen Bedeutung dieser Seite der Bildung, d. h. der subjektiven Seite der Aneignung, Ausdruck zu verleihen, wird in den letzten Jahren auch verstärkt von ‚Selbstbildung', ‚Selbsterziehung', ‚Selbstsozialisation' gesprochen... Zugespitzt formuliert: Ohne die Lernenden und ihre aktive Rolle geht gar nichts. Daraus ergeben sich zwei grundlegende Einsichten: zum einen, dass Kinder und Jugendliche es von früh auf lernen, sich darin einüben müssen, sich in altersgemäßer Form in solche Prozesse aktiv einzubringen, dass sie zu Subjekten des Lerngeschehens werden; zum anderen, dass Bildungsprozesse nach Möglichkeit so zu organisieren sind, dass Kinder die Rolle des Koproduzenten aktiv ausfüllen können*" (BMFSFJ 2005a, S.546f.).

Daraus folgert:
„*Lernen ist ein aktiver und selbst gesteuerter Prozess. Erfolgreiche Bildungsprozesse verlangen darum die Möglichkeit zur Selbstbestimmung und zur aktiven Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (...) Bildung braucht mehr Beteiligung – und: aktive Beteiligung fördert Bildung*" (BMFSFJ 2005, S. 55).

Der pädagogische Auftrag im Zusammenhang von Partizipation junger Menschen scheint sich jedoch insbesondere in der Bildungsinstitution Schule unzureichend zu realisieren:

„*Die gegenwärtige schulische Mitbestimmung gilt als demokratiepädagogisch wenig wirksam. Zwar ermöglicht sie formale Partizipati-*

on an Verwaltungsentscheidungen, aber keinen substantiellen Einfluss auf die Gestaltung der Schulwirklichkeit“ (BMFSFJ 2005, S.55).

Der Aktionsplan der Bundesregierung zieht daraus die Konsequenz, dass Bildungs- und Qualitätsstandard für pädagogische Institutionen die Zusammenhänge von Bildung und Beteiligung als Leitlinie aufgreifen müssen. Diese Anforderung gilt für die Umsetzung von positiven Erfahrungen in Kindertageseinrichtungen (z. B. Kinderversammlungen), aber noch viel mehr für wirkungsvollere Beteiligungsmöglichkeiten in Schulen.

„*Lebendige Mitgestaltungsmöglichkeiten tragen dazu bei, dass sich alle Beteiligten mit ihrer Schule identifizieren; sie verbessern Lernqualität und Schulklima*“ (BMFSFJ 2005, S. 55).

Ein weiterer wichtiger pädagogischer Aspekt von Partizipation ist die daraus entstehende Möglichkeit, unterschiedliche Präventionsziele zu erreichen.
Das Spektrum reicht hier von der Gesundheitsprävention über die Kriminalprävention bis hin zur politischen Prävention.

„*Wir wissen, dass dort, wo Jugendliche nicht selbst gehört werden, wo sie keine Stimme haben, wo sie nichts bewirken können, die Neigung zur Idealisierung von Gewalt als Aktion wächst*“ (Badawia 2005, S.174).

Auch Roland Roth und Thomas Olk (2006) führen an:

„*Durch Partizipation werden Kinder und Jugendliche ermutigt, ihre Sichtweisen und Interessen zu artikulieren und sich zum Beispiel gegen Übergriffe von Erwachsenen (sexueller Missbrauch etc.) zu wehren*“ (S.74).

Eine Vielzahl von sozialpädagogisch und pädagogisch wichtigen Aspekten wie Zugehörigkeitsgefühl, Selbstbewusstsein und die Befähigung zum selbstsicheren Handeln, können über Partizipation vermittelt werden.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Planung und Gestaltung von Einrichtungen wird zudem als wichtiger Schutz vor Vandalismus und Verschmutzungen angesehen, weil dadurch die Wertschätzung der öffentlichen Einrichtungen gesteigert wird (vgl. Aktion Schleswig-Holstein 1999, S.5)

5.4 Fazit

Politisch motivierte Begründungen haben nicht selten den Bestand und Erhalt traditioneller politischer Strukturen und Machtverhältnisse zum Hintergrund. Sie bleiben oft bei der Mitsprache von Kindern und Jugendlichen innerhalb der vorhandenen traditionellen Strukturen, welche für junge Menschen teilweise schwer zugänglich sind, stehen. Dienstleistungsansätze liefern gute und praktische Begründungen für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, insbesondere bei effektiven kommunalen Planungen. Sie blenden jedoch wesentliche Elemente von Partizipation aus. Pädagogisch motivierte Partizipation mittelt zwischen noch zu erlernenden Mündigkeitsstatus und einem mit Rechten ausgestatteten Subjektstatus junger Menschen.

Der Vollständigkeit halber müsste an dieser Stelle der Bereich rechtlich bzw. gesetzlich begründete und motivierte Partizipation als viertes Begründungsmuster angefügt werden. Aufgrund des Umfanges soll das Thema Recht auf Partizipation im Folgenden als neues Thema behandelt werden.

In der Praxis wirken die genannten Begründungsansätze wie verschiedene Blickwinkel auf das praktizierte Partizipationsangebot mit entsprechenden Wechselwirkungen.
Das kritische Hinterfragen der Begründungen und Motivationen für Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ist mit Sicherheit ein sinnvoller Start für jedes Beteiligungsangebot.

6 Rechtliche Grundlagen

Die rechtlichen Grundlagen in Deutschland bestehen schwerpunktmäßig aus den folgenden Abschnitten des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, welche ihre Ursprünge schon im Grundgesetz haben. Ferner finden sich Beteiligungsrechtgrundlagen auch im Baugesetzbuch, im Schulgesetz und auf Landesebene im Jugendförderungsgesetz bzw. in der Gemeindeordnung z.B. in Schleswig-Holstein. Internationale Einflüsse wirken z.B. durch die UN-Kinderrechtskonvention oder die Agenda 21.

6.1 Beteiligung nach dem KJHG bzw. SGB VIII

Kinder sind Träger eigener Rechte. Sie haben das Recht auf Förderung und Erziehung. Der §1 KJHG definiert eindeutig die Ziele. So heißt es u. a., dass die Jugendhilfe entwicklungshinderliche Faktoren zu minimieren hat (vgl. Münder 1999 zu §1 KJHG Rnd 11). Zu diesen Faktoren zählen z. B. die Isolierung des sozialen Nahfeldes und die ökonomisch-ökologische Einbeziehung in Nachbarschaft oder Wohngegend. Ebenso Faktoren, die die Eigeninitiativen Minderjähriger hemmen und die Realisierung von Bedürfnissen zuwiderlaufen.

Weiterhin heißt es in den Grundzielen des §1 Abs. 3 KJHG, dass Benachteiligung vermieden oder abgebaut (Nr. 1) wird, Gefahr für das Wohl von Kindern abgewendet (Nr. 3) und Lebensbedingungen verbessert sowie die Gestaltung der Umwelt praktiziert (Nr. 4) wird (vgl. Schellhorn 2000 zu §1 KJHG Rnd 18).

In den Zielvorgaben gem. §80 KJHG (vgl. Münder 1999 zu §80 KJHG Rnd. 15) soll die Jugendhilfe bei zukünftiger Planung mindestens die vier folgenden Kriterien erfüllen**:**

1. Orts- und bürgernah,
2. Plurales Leistungsangebot,
3. Förderung von jungen Menschen und Familien in gefährdeten Lebens- und Wohnbereichen und
4. Vereinbarung von Familie und Erwerbstätigkeit.

Forderung nach Querschnittspolitik

Im Interesse des jungen Menschen wird gem. §1 Abs. 3 Nr. 4 KJHG ausdrücklich die Querschnittspolitik der Jugendhilfe angesprochen (vgl. Münder 1999 zu §1 KJHG Rnd 30 und Merk S.20). Hierbei geht es um das Hineinwirken in Felder wie Politik und Institutionen wie beispielsweise Schule, Ausbildung, Baupolitik und Wohnen. Dieses bedeutet, dass nicht nur die Lobbyistenarbeit für Minderjährige praktiziert wird, sondern dass die Jugendhilfe sich ausdrücklich in andere Politikfelder einmischen soll.

Interessenvertretung Jugendamt

Jungen Menschen wird gem. §8 Abs. 2 KJHG das Recht eingeräumt, sich an die Mitarbeiter des Jugendamtes zu wenden, die wiederum die Pflicht haben, jungen Menschen zuzuhören und sich mit ihren Sorgen zu befassen (vgl. Münder 1999 zu §8 KJHG Rnd. 6). Jungen Menschen muss strukturell die Möglichkeit geschaffen werden, sich an das Jugendamt zu wenden, d.h., dass beispielsweise auch eine entsprechende Infrastruktur oder einer Beratung vor Ort vorhanden ist. Dies können z. B. Kinder- und Jugendbeauftragte o. ä. Personen sein.
Das Jugendamt vertritt und verschafft die Möglichkeit, dass die Interessen der jungen Menschen eingebracht werden (vgl. Münder 1999 zu §8 KJHG Rnd 7).

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Jugendämtern

Aus der Perspektive von Jungen und Mädchen betrachtet (vgl. Kalscheuer 1996, S.98) stellen sich die Fragen, wer:

- bemerkt, das Rechte von jungen Menschen verletzt werden,
- schreitet ein, wenn Rechte massiv missachtet werden,
- ist bereit, sich für die Kinder- und Jugendrechte auch gegen massive Widerstände zu engagieren und
- wie verbessern sich die Lebensbedingungen für jungen Menschen im eigenen Wohngebiet?

Zur Sicherung der Rechte von jungen Menschen hat das KJHG neben einer differenzierten Leistungspalette, die Jugendhilfeplanung gem. §80 KJHG und den Hilfeplan gem. §36 KJHG. Diese beiden Verfahrensregelungen sind für die Träger der öffentlichen Jugendhilfe Pflichtaufgaben. Der Hilfeplan könnte ein wichtiges Instrument der Interessenvertretung von jungen Menschen sein, würde sie in allen Jugendämtern oder auch nur in einem Großteil umgesetzt. Ihre Entscheidungen müssen für jungen Menschen transparent, beeinflussbar, nachvollziehbar und kontrollierbar sein (vgl. Kalscheuer 1996, S.100).

Die Praxis zeigt einige Defizite, so wird der Jugendhilfeplan

„nicht als Instrument der Interessensvertretung von jungen Menschen, sondern als Entscheidungsgrundlage und korrektiv explodierender Jugendhilfekosten eingesetzt“ (Kalscheuer 1996, 104f.).

Dort wo ein hoher Handlungsdruck ist, werden finanzwirksame Bereiche, beispielsweise der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, zum Planungsgegenstand. Das Gesetz gibt den Jugendämtern klar den Auftrag, die Jugendhilfeplanung als Instrument, das die Kinder- und Jugendpolitikpolitik als Querschnittsaufgabe zu etablieren hat, zu verwirklichen. Dabei kann der Finanzdruck der Kommunen nicht Grund genug sein, die Infrastruktur der jungen Menschen abzubauen. In diesem Zusammenhang können nicht nur Kinder- und Jugendbeauftragte wichtige Kooperationspartner sein, um einen Jugendhilfeplan zu entwickeln.

Bedürfnis orientierte Bedarfsplanung

Der §80 KJHG unterscheidet zwischen Bedürfnissen und Bedarfe, wenn es gilt eine bedürfnisorientierte Bedarfsplanung zu entwickeln (vgl. Fachlexikon der sozialen Arbeit 1997, S.105).
So sind unter Bedürfnisse die individuellen Wünsche und Bedürfnisse und unter Bedarf die fachliche und fachpolitische Dimension zu sehen. Bedarfe stellen Dienste oder Leistungen dar, die zur Befriedigung von Bedürfnissen dienen. Sie beseitigen demzufolge den Mangel. (vgl. Becker, Münder in Jordan/Schone 1998, S.184f.). Wenn Bedürfnisse und Interessen von jungen Menschen, einschließlich ihrer Lebenssituation einerseits und die kommunalen Machbarkeiten und Prioritäten z.B. politischer Wille andererseits abgeglichen werden, ergibt sich ein konkreter kommunaler Bedarf.

Der Jugendhilfeplan ist ein Instrument der Willensbildung und Entscheidungsvorbereitung auf kommunaler Ebene (vgl. Münder 1999 zu §80 KJHG Rnd 10). Die Bedarfsermittlung regelt der §80 Abs. 1 Nr. 3 KJHG (vgl. Schellhorn 2000 zu §80 KJHG Rnd 9). So heißt es, dass eine Bedarfsanalyse für einen mittelfristigen Zeitraum zu erstellen ist, in dem die Interessen, Wünsche und Bedürfnisse von jungen Menschen und Personensorgeberechtigten zu berücksichtigen sind. Die zur Befriedigung des Bedarfs notwendigen Vorhaben müssen rechtzeitig geplant werden, damit sie der Entwicklung zeitlich angemessen sind (vgl. Schellhorn 2000 zu §80 KJHG Rnd 10). Dabei ist die vom Gesetz her zwingende geforderte Betroffenenbeteiligung zur Bedarfsermittlung an der Planung zu berücksichtigen. Es sind dabei qualitative und sozialräumliche Daten zu erheben, die den Bedarfslagen gerecht werden (vgl. Münder 1999 zu §80 KJHG Rnd 13).

Nicht jedes Bedürfnis wird zum Bedarf und andererseits liegt nicht jedem Bedarf ein Bedürfnis zugrunde (vgl. Fachlexikon der sozialen Arbeit 1997, S.105).

Beteiligung nach dem KJHG

Junge Menschen sind gem. §8 Abs. 1 KJHG (vgl. Schellhorn 2000 zu §8 KJHG Rnd 1) als eine eigenständige Persönlichkeit zu sehen, die mit wachsender Mündigkeit zu beteiligen sind. Da nicht die Kinder und Jugendlichen Leistungsberechtigte sind, sondern ihre Sorgeberechtigten, hat das Jugendamt besonders darauf zu achten, dass sich die Orientierung nach bestem Interesse des jungen Menschen richtet.

Die Partizipation ist gem. §80 KJHG (vgl. Münder 1999 zu §80 KJHG Rnd 7f.) als Standard im Jugendhilfeplan gesetzlich verankert. Der partizipations- und prozessorientierte Jugendhilfeplan hat insbesondere als Standards formuliert, dass sie:

- die Aktivierung und Beteiligung von Betroffenen mit dem Ziel der Bedarfsermittlung fokussiert,
- als Grundlage von Planung die Sozialraumanalyse und- Berichterstattung nimmt,
- geschlechtsspezifische und multikulturelle Angebots- und Bedarfserhebung zur Angebotsstruktur verbindet,
- Maßnahmenplanung in Verbindung mit einer Ressourcenplanung vorantreibt und
- fachpolitische und allgemeine politische Prioritätenentscheidungen erarbeitet.

Das Beteiligungsrecht von Betroffenen ist nicht einklagbar. Die allgemeine Partizipation von jungen Menschen gem. §8 KJHG zielt nach überwiegender Ansicht „*jedoch nur auf eine individuelle Beteiligung an konkreten, den jungen Menschen persönlich betreffenden Entscheidungen. Nur eine sehr extensive Auslegung könnte aus dieser Norm einen Anspruch auf eine direkte Beteiligung an der Jugendhilfeplanung ableiten*.“ (Münder/Becker 1998, S.232).

Der §79 KJHG schreibt der Jugendhilfe vor, eine differenzierte, soziale Infrastruktur zu schaffen. Dieses bedeutet, dass für Kinder- und Jugendeinrichtungen, Veranstaltungen etc. nutzbar zu machen sind (vgl. Münder 1999 zu §79 KJHG Rnd 14).

Jugendhilfe ist eine auf Partizipation und Emanzipation ausgerichtete Erziehung und Bildung. Sie ist der dritte Sozialisationsbereich, neben Elternhaus und Institution. (vgl. Münder 1999 zu §11 KJHG Rnd 1). Gem. §11 Abs. 1 KJHG soll die Jugendarbeit Anregung zur gesellschaftlichen Mitverantwortung, Interesse an der Mitgestaltung, soziales Engagement und Betätigung zur Selbstbestimmung geben. Das Angebot dieser außerschulischen Jugendarbeit zielt vorrangig auf die Förderung sozial oder individuell benachteiligter junger Menschen ab. Sie setzen bei der Hilfe zur Erziehung an und zielen besonders auf

Prävention, Integration und Partizipation ab (vgl. Münder 1999 zu §11 KJHG Vor. 1).
Der §11 KJHG schreibt vor, dass Jugendarbeit erforderliche Angebote herzustellen hat. Dabei fordert sie eine kleinräumige und lebensweltorientierte Angebotsstruktur (vgl. Münder 1999 zu §11 KJHG Rnd 4).

6.2 Beteiligung nach dem Baugesetzbuch

Nicht nur das KJHG, auch die Baugesetzgebung beinhaltet wichtige Beteiligungsinhalte. So werden gem. §1 Abs. 5 Satz 3 Baugesetzbuch (nachfolgend: BauGB) bei der Aufstellung von Bauleitplänen insbesondere die sozialen und kulturellen Bedürfnisse und hier besonders die von Familien, jungen und alten Menschen, berücksichtigt. Des Weiteren wird gem. §3 BauGB explizit die Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen hervorgehoben. Die Bürger und Bürgerinnen sind frühzeitig über Ziele und Zwecke zu unterrichten, damit sie Gelegenheit zur Äußerung haben. Die Gesetze sichern also auch eine Partizipation von Kindern und Jugendlichen ab (vgl. Apel/Pach 1997, S.28).

In Bezug auf das Beteiligungsrecht in den Ländern finden sich eine Reihe von Regelungen. So heißt es beispielsweise, dass (vgl. Münder 1999 zu §80 KJHG Rnd 26):

- Schleswig-Holstein eine angemessene Beteiligung von jungen Menschen bei der Jugendhilfeplanung und eine Verankerung der Ergebnisse in den Kreis- oder Stadtentwicklungsplänen vornehmen wird.

6.3 Beteiligung nach dem Schulgesetz (SH)

Demokratie fängt in der Schule an:
„Der Auftrag der Schule wird bestimmt durch das Recht des jungen Menschen auf eine seiner Begabung, seinen Fähigkeiten und seiner Neigung entsprechende Erziehung und Ausbildung, durch das Recht der Eltern auf eine Schulbildung ihres Kindes sowie durch die staatliche Aufgabe, die einzelne Schülerin und den einzelnen Schüler auf ihre Stellung als Bürgerin und Bürger mit den entsprechenden Rechten und Pflichten vorzubereiten“ (§ 4 Abs. 1 Schulgesetz).

Auf Schul-, Kreis- und Landesebene bestehen Gremien, in denen die Vertreter der Schülerschaft zu Wort kommen und Beschlüsse fassen können. Die **drei Ebenen** der Schülervertretung sind wie folgt organisiert:

- **Schule -** durch SchülerInnenversammlung[6], Klassen- bzw. JahrgangssprecherInnen, KlassensprecherInnenversammlung, SV/SchülerInnenparlament), SV-Vorstand, SchülersprecherIn
- **Kreis -** durch KreisschülerInnenvertretung
- **Land -** durch LandesschülerInnenvertretung

Die KreisschülerInnenvertretung (KSV) vertritt die Interessen der Schüler auf Kreisebene. Für jede Schulart kann eine KSV gebildet werden, es kann aber auch eine gemeinsame KSV gebildet werden (§ 112 Abs. 1 SchulG).
Nach dem Schulgesetz ist es Aufgabe der KreisschülerInnenvertretung, die Arbeit der Schülervertretung der jeweiligen Schulart zu unterstützen (§ 112 Abs. 2 SchulG). Darunter dürfte vor allem die Koordination bei gemeinsamen Aktionen fallen. Welche anderen Projekte sich die KSV noch vornimmt, entscheidet sie selbst.

Die LandesschülerInnenvertretungen vertreten die Schüler aus ganz Schleswig-Holstein (§ 113 SchulG).
Die LSVen vertreten die Anliegen der Schüler der jeweiligen Schulart und unterstützen die SchülerInnenvertretungen auf Ebene der Kreise und der einzelnen Schulen. Sie sind die wichtigsten Ansprechpartner für die Landesregierung, das Parlament, die Parteien, die Öffentlichkeit und die Landeselternbeiräte. Auch die LSVen sind nach Schularten getrennt, können aber eine gemeinsame LSV bilden (§ 113 Abs. 1 SchulG).

Aufgaben, Rechte und Pflichten der SchülervertreterInnen
Nach dem Schulgesetz (§ 109) haben die SchülervertreterInnen die Aufgabe,

1. die gemeinsamen Anliegen der Schüler gegenüber Schulleitung, Lehrkräften, Elternvertretungen und Schulaufsichtsbehörden zu vertreten,
2. an der Gestaltung des Schullebens mitzuwirken und im Einzelfall eine Mitschülerin oder einen Mitschüler gegenüber Schulleitung oder
3. Lehrkräften zu unterstützen.

Daneben können sich die SchülerInnenvertretungen selbst weitere Aufgaben auf kulturellem, fachlichem, sozialem und sportlichem Gebiet stellen.
Diese Beschreibung der Aufgaben stellt auch klar, was die SV ***nicht*** ist: Eine allgemeinpolitische Vertretung der Schüler. Die SV vertritt die Schülerschaft ausschließlich in schulischen Belangen. Für die all-

[6] wegen definierter Eigennamen wird hier und im Folgenden z. T. auch die weibliche bzw. Mischformen benutzt.

gemeinpolitische Vertretung sind die politischen Gremien außerhalb der Schule zuständig, also die (Kinder- und Jugend-) Parlamente auf Gemeinde-, Kreis- und Landesebene. Dies kann im Einzelfall bedeuten, dass politische Äußerungen zu Themen, die überhaupt keinen Bezug zur Schule aufweisen, rechtlich nicht zulässig sind. Diese Regelung wird aber sehr unterschiedlich von den (hierfür zumeist zuständigen) Schulleitungen gehandhabt.

Die Schülervertretung wählt außerdem auch eine **Verbindungslehrerin** oder einen **Verbindungslehrer** (§ 115 SchulG). Dieser soll die Schülervertretung bei ihrer Tätigkeit beraten und bei Unstimmigkeiten zwischen Schulleitung und Schülerschaft vermitteln.
In § 110 Abs. 1 SchulG heißt es:
„*Die Schülervertreterinnen und Schülervertreter sind ehrenamtlich tätig und als Mitglieder in der Klassensprecherversammlung und einer Schulpflegschaft der Schulkonferenz und einer Schulpflegschaft an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Schülervertreterinnen und Schülervertreter dürfen wegen ihres Amtes von der Schulleiterin, dem Schulleiter oder den Lehrkräften weder bevorzugt noch benachteiligt werden*“.

Und im § 110 Abs. 2 SchulG heißt es:
„*Die Schulleiterin oder der Schulleiter darf in die Arbeit der Schülervertretung nur eingreifen, soweit es zur Einhaltung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften erforderlich ist*.“

Darüber hinaus haben Schülervertretungen einen Auskunftsanspruch gegenüber der Schulleitung. Genauer gesagt: Die Schulleitung ist verpflichtet,
„*die Schülervertretung über alle grundsätzlichen, die Schülerinnen und Schüler gemeinsam interessierenden Fragen zu unterrichten.*“ (§ 110 Abs. 3 S. 2 SchulG). Welche Fragen dazugehören, steht zunächst einmal im Ermessen der Schulleitung.

Das Schulgesetz scheint auf den ersten Blick eine ausreichende rechtliche Grundlage für Beteiligung junger Menschen in der Schule zu bieten. Der theoretische Einflussbereich der Schüler geht dementsprechend vom Klassenverband bis in das höchste Gremium einer Schule – die Schulkonferenz.
Der Schulalltag bestätigt dies jedoch häufig nicht. So sind Strukturen und Abläufe an vielen Schulen seit Jahren und Jahrzehnten dieselben. Einfarbige Klassenräume, gleiche Möbel- und Sitzanordnungen, gleiche Unterrichtsgestaltungen u. v. m. geben nicht den Anschein einer aktiven Mitgestaltung junger Menschen. Woran liegt das?
Möglicherweise liegt es an dem zeitlich relativ knappen Handlungsspielraum der Schülervertreter – i. d. R. gewählt für ein Schuljahr?

Oder liegt es an den Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Lehrern und Schülern trotz schützender Regelungen des § 110 Abs. 1 SchulG?

6.4 UN-Kinderrechtskonvention

In den Menschenrechtsabkommen von amnesty international heißt es in Punkt eins, dass neben den Rechten von Gesundheit das Recht auf Mutterschutz und Bildung steht. Punkt zwei des internationalen Paktes schreibt bürgerliche und politische Rechte, wie Diskriminierungsverbot und Minderheitenschutz, vor. Explizit werden in Punkt zehn die Übereinkommen der Rechte der Kinder garantiert. Dazu zählen die klassischen Menschenrechten und die sozialen Grundrechte wie z.B. Bildung, bis hin zu der eigenständigen Rechtsstellung (vgl. Quelle Internet, 1f.) [7].

Das Recht auf positive Lebensbedingungen und eine kinder- und familienfreundlichen Umwelt ist neben §1 KJHG auch in Art. 27 Kinderrechtskonvention festgeschrieben, in dem es heißt, dass angemessene Lebensstandards zu schaffen sind.
In **Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention** heißt es unter der Überschrift „Berücksichtigung des Kindeswillens“:

„*Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife. Zu diesem Zweck wird dem Kind insbesondere Gelegenheit gegeben, in allen das Kind berührenden Gerichts- oder Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar oder durch einen Vertreter oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört zu werden.*“

In der UN-Kinderrechtskonvention ist bewusst auf Verwaltungsverfahren hingewiesen worden. Hiermit hat der Gesetzgeber die Beeinflussung von kommunalen Planungsprozessen im Blick.

Bis auf die USA und Somalia haben alle Länder der Welt die UN-Kinderrechtskonvention ratifiziert oder wenigstens unterzeichnet.
UNICEF unterscheidet zwischen den:

- „unveräußerlichen Kinderrechten: (...) Recht auf Gesundheit, auf Bildung (...)

[7] http://www.amnesty.de/rechte/un_abkom.htm

- Schutzrechten: wie etwa (...) Schutzansprüche von Flüchtlingskindern sowie Informations- und Beteiligungsrechten.“ (Deutsches Komitee für UNICEF 1999 zit. nach Kinderpresse 2000, S.316)

6.5 Agenda 21

Die Agenda 21, welche auf der Umweltkonferenz von Rio 1992 verabschiedet wurde, liefert einen weiteren wichtigen Begründungszusammenhang.
Dort wird ausdrücklich gefordert, Kinder und Jugendliche auf internationaler, nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu beteiligen. In der Agenda 21 heißt es in Kapitel 25 unter der Überschrift „Kinder und Jugendliche und nachhaltige Entwicklung“, dass die Einbeziehung der heutigen Jugend in umwelt- und entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse und ihre Beteiligung mitentscheidend für den langfristigen Erfolg der Agenda 21 ist:

"*Es ist zwingend erforderlich, dass Jugendliche aus allen Teilen der Welt auf allen für sie relevanten Ebenen aktiv an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden, weil dies ihr heutiges Leben beeinflusst und Auswirkungen auf ihre Zukunft hat. Zusätzlich zu ihrem intellektuellen Beitrag und ihrer Fähigkeit, unterstützende Kräfte zu mobilisieren, bringen sie einzigartige Ansichten ein, die in Betracht gezogen werden müssen*" (Kapitel 25.2, Handlungsgrundlage).

Jedes Land, so heißt es in der Agenda weiter, soll in Absprache mit seiner Jugend und deren Organisationen einen Prozess in Gang bringen, der den Dialog zwischen der Jugend und der Regierung auf allen Ebenen fördert sowie Kindern und Jugendlichen Gelegenheit gibt, ihre Ansichten zu Regierungsentscheidungen darzulegen.

„*Mit den Augen von Kindern unsere Städte betrachtend, würden wir uns wohl grauen vor soviel Gefahren, Reizen und Verboten.*
Kinder sind Jäger und Sammler, bauen Flitzebogen, stauen Wasser und schaffen sich Baumhütten. Aus ihrer Sicht betrachtet müssen typische Gärten und manchmal auch unsere Parkanlagen eher Friedhöfen gleichen. Sie sind nicht zur fröhlichen Nutzung bestimmt; man darf die Wege nicht verlassen, keinen Sand aufnehmen und verstreuen und auf keinen Fall Blumen pflücken“ (vgl. Quelle Internet, 1f.)[8].

[8] http://www.amnesty.de

6.6 Rechtliche Grundlagen der Gemeindeordnung (SH)

Demokratie in Deutschland ist zwar verfassungsrechtlich geregelt, praktisch gibt es aber ein Demokratiedefizit. Am Beispiel von Schleswig-Holstein wird deutlich, dass eine gewollte Demokratie in die Gemeindeordnung (nachfolgend: GO) Einzug finden kann. In §1 GO (Selbstverwaltung) ist geregelt, dass die Gemeinden das Wohl ihrer Einwohner zu fördern haben und gem. §47f. Abs. 1 GO schreibt die Beteiligung in angemessener Weise von Kindern bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, durch die Gemeinde vor. Die Gemeinde soll gem. §47f. Abs. 2 GO dabei in geeigneter Weise darlegen, wie sie die Interessen von Kindern berücksichtigt. Die Gemeinde wird in allgemeiner Form dazu verpflichtet, sich mit den Bedürfnissen von Kindern auseinander zu setzen und auch im Hinblick auf den Generationenvertrag, diese offen zu legen und zu dokumentieren.
Rauschenbach (1996) fragt nicht unberechtigt
„Braucht ein demokratisches Gemeinwesen die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen als Ausdruck eines demokratischen Notstandes?“ (S.36)

Ein Mensch hat nur dann Interesse an öffentlichen Belangen, wenn er auch die Möglichkeit der Beteiligung hat. Die parlamentarische Repräsentanz ist ein Gewicht der Demokratie; Mitbestimmung des Alltagslebens ist der andere demokratiefundierende Angelpunkt. Es gilt, diese Pole in Balance zu halten. Ansonsten würde die Demokratie auf die „schiefe Bahn“ geraten (vgl. Rauschenbach 1996, S.36f.).

6.7 Fazit

Das Vorhandensein von Rechtsgrundlagen für Partizipation von jungen Menschen, das tatsächliche Übertragen von Handlungsspielräumen im Rahmen dieser Rechte und die Umsetzung und Realisierung von Beteiligung junger Menschen stehen nicht in einem zwangsläufigen Wirkungszusammenhang. Die aufgeführten Rechtsgrundlagen sind allenfalls als hilfreiche Rahmenbedingungen für Partizipation zu betrachten. Es wird jedoch schon an dieser Stelle deutlich, dass reale Beteiligung junger Menschen im Rahmen der vorhandenen gesetzlichen Grundlagen noch vielen hemmenden Umständen ausgesetzt ist.
Zum Beispiel,

- dass Beteiligungsrechte nicht kind- bzw. jugendgerecht transportiert werden,
- dass keine ausreichenden Voraussetzungen hierfür geschaffen werden und
- dass Erwachsene die Beteiligungsrechte junger Menschen nicht in ihrer Anwaltsfunktion einfordern.

7 Partizipation im Kindes- und Jugendalter

Auf der Suche nach Zusammenhängen zwischen Intelligenz und sozialer Handlungskompetenz bei Kindern wird man in einer Studie von Sturzbecher und Hess (2003) fündig
Hier wurden Kinder in 21 Kindergärten die Partizipationskompetenz von 330 Kindern aus 71 Kindergartengruppen über einen Zeitraum von drei Jahren beobachtet.
Die Untersuchungsbefunde belegen, dass sowohl die Bereitschaft als auch die Fähigkeit zur Partizipation in einer engen Wechselwirkung mit der Intelligenz der untersuchten Kinder stehen. Dies bedeutet, dass einerseits intelligente Kinder in höherem Maße bereit und fähig zur Partizipation sind als weniger intelligente Kinder. Andererseits entwickelt sich die Intelligenzleistung derjenigen Kinder, die erfolgreich an Gruppenaktivitäten partizipieren, besser, als die Intelligenzleistungen von Kindern, die selten bzw. erfolglos Partizipation anstreben.
Soziale Partizipation stellt also nicht nur ein Ergebnis, sondern zugleich auch eine Quelle der intellektuellen Weiterentwicklung dar und trägt zum erfolgreichen Schulübergang bei (vgl. Sturzbecher und Hess 2003, S.45-70)).
Mädchen nutzen diese Quelle früher und intensiver als Jungen. Deshalb muss man den natürlichen Wunsch von Kindern nach Mitgestaltung und Mitbestimmung in angemessener Beteiligungsform für die jüngeren Kinder und vor allem Jungen kanalisieren. Dies erfordert, dass Angebote zur Partizipationsförderung stark auf die individuellen Voraussetzungen der zu fördernden Kinder zugeschnitten sein müssen.

In der frühen Kindheit bedingen in der Regel noch körperliches Unbehagen und das Bedürfnis nach Aufmerksamkeit aggressives Verhalten.
Im Vorschulalter übernehmen Interessenkonflikte unter Gleichaltrigen häufig den Auslöser für aggressive Handlungen. Bei solchen Konflikten, welche zwischen dem vierten und dem fünften Lebensjahr ihren Höhepunkt erreichen, werden häufig Besitzansprüche auf begehrte Spielobjekte ausgefochten.
Mit dem Erwerb verbaler Kompetenzen findet dann ein Rückgang körperlicher Auseinandersetzungen statt. Die Hierarchiebildung in den Kindergartengruppen trägt höchstwahrscheinlich dazu bei, dass sich im Laufe der Vorschulzeit die aggressiven Durchsetzungsstrategien erübrigen und die Gewalt untereinander abnimmt.

7.1 Die Familie

Im Vorschulalter bzw. frühen Schulalter gewinnen Beziehungen unter gleichaltrigen Kindern zunehmend an Bedeutung. Grundlegende soziale Bedürfnisse, wie der Wunsch nach sozialer Anerkennung, werden zunehmend durch Gleichaltrige befriedigt. Die Beziehung zu Gleichaltrigen bekommt einen wichtigen Platz neben der Eltern-Kindbeziehung. Trotzdem stellen die Eltern nach wie vor wichtige Bezugspersonen für ihre Kinder dar. Wie stark die Zusammenhänge zwischen elterlichen Persönlichkeitsmerkmalen und dem kindlichen Sozialverhalten sind, ist Gegenstand vieler Untersuchungen.
Sturzbecher und Hess (2003) konnten nachweisen, dass das Erleben von arbeitsteiliger Familienerziehung und von Abstimmung zwischen den Eltern zu einer Steigerung der Bereitschaft und Fähigkeit zur Partizipation im Kindergarten beiträgt. Eltern können demnach Partizipationskompetenzen durch ihre Modellwirkung unterstützen, indem sie auch in Stresssituationen partnerschaftlichen Umgang zeigen. Wenn diese Modellwirkung der Eltern allerdings fehlt, sind Bildungseinrichtungen noch stärker gefordert, die Bereitschaft und Fähigkeit zur Partizipation bei Kindern zu unterstützen (ebenda).

7.2 Der Kindergarten

Entsprechend der Studie von Sturzbecher und Hess (2003) setzt Partizipationsförderung entwicklungsstandgerechte Freiräume für Kinder und ihre Erziehung zur Selbstständigkeit voraus. Für die Förderung von sozialer Partizipation bei Kindern ist es daher notwendig, ihnen eine angemessene Verantwortungs- und Entscheidungsbefugnis zu übertragen.
Diese Angemessenheit lässt sich jedoch nur in einem so genannten Spannungsfeld zwischen Über- und Unterforderung der Kinder ausloten. Daher sind gelegentliche Misserfolge wahrscheinlich nicht zu vermeiden. Die Kinder werden in der Regel jedoch an derartigen Aufgaben wachsen, wenn sie entsprechend unterstützt werden und zumindest gelegentlich einen Erfolg erleben.
In einer pädagogischen Einrichtung muss daher ständig geprüft werden, welchen Grad an Eigenverantwortung Kinder im Alltag tragen können, um ihnen dann entwicklungsförderliche Freiräume entsprechend zuzugestehen.

Abschließend können die Ergebnisse der Studie von Sturzbecher und Hess (2003) folgendermaßen zusammengefasst werden:

Partizipationsförderung bei Kindern stellt neben der Erziehung zur Selbstbestimmung gleichzeitig eine nicht unbedeutende intellektuelle Weiterbildung bei Kindern dar. Sie sollte ihren Platz als eine zentrale Zielsetzung auch in Kindergärten einnehmen.
Partizipationsangebote für Kinder erfordern ein gutes Mittelmaß zwischen Herausforderungen und kindlichen Entwicklungsvoraussetzungen. Dies erfordert nicht nur gute Kenntnisse über den jeweiligen Entwicklungsstand der Kinder, sondern auch ein Repertoire an Strategien zur Partizipationsförderung. Ein gewisser experimenteller Charakter wird jedoch im Rahmen vor Kinderbeteiligung im Kindergartenalltag unvermeidlich sein.

Die Handlungsfelder für praktizierte Partizipation sind so vielschichtig wie der Lebensalltag junger Menschen selbst. Nachfolgend sollen ein paar Handlungsfelder beispielhaft auf dem Hintergrund von Partizipation betrachtet werden.

7.3 Partizipation in der Kinder- und Jugendhilfe

Teilhabe zu ermöglichen, gehört mittlerweile zu den zentralen Zielen der Kinder- und Jugendarbeit. Zu den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe zählen Familien, Nachbarschaft und Lebenswelt, Peergroups, Kindertageseinrichtungen, Schulen, Verbände und Jugendfreizeiteinrichtungen; und für die politische Bildung und Bereiche der Weiterbildung wird Partizipation zu einem Kernziel (vgl. Hagedorn/Hagedorn 2004, S.23.).

Weil es in der Kinder- und Jugendarbeit um Selbstorganisation und Mitbestimmung, um Einwirkungen auf Entscheidungen und zukünftige Entwicklung geht, kann den alters- und entwicklungsgemäßen Partizipationsformen eine wichtige Rolle in der Sozialisation junger Menschen und auch in der Bildungsorientierung zugewiesen werden. Die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit können daher im engeren Sinne als (politische) Bildung verstanden werden.

Unter Berücksichtigung einer Befragung von Jugendlichen in Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg zur gesellschaftlichen Beteiligung und zum sozialen Engagement in diesem Arbeitsfeld schreiben Delmas und Scheer (2005):

"*Offene Jugendarbeit bietet Kindern und Jugendlichen einen "offenen und freiwilligen Rahmen", demokratische Prozesse zu erlernen. Dies geschieht zunächst in kleineren Prozessen der Mitbestimmung in Jugendräumen selbst. Darüber hinaus lassen sich Lernerfahrungen beschreiben, bei denen Jugendliche beispielsweise in einem gewählten Jugendrat lernen, wie man Kompromisse aushandeln oder gemeinsam mit anderen seine Interessen durchsetzen kann. Weitergehende Möglichkeiten eröffnen sich dort, wo Jugendliche in selbst verwaltenden Einrichtungen und/oder durch gezieltes übertragen von Verantwortung ihre Interessen in politischen Gremien selbst vertreten können und müssen - wo also Fachkräfte sich nicht als Vertretungsinstanz für die Jugendlichen, als Lobbyfunktion definieren*" (S. 97).

Für die **offene Jugendarbeit** nennen Delmas/Scheer (2005) drei normative Ebenen einer Bildung orientierten Partizipation:

"1. wie Jugendarbeit als Bildungspraxis konzeptionell bestimmt wird,
2. was daraus für ihre konkrete Gestaltung folgt sowie
3. ob und wie Jugendliche Jugendarbeit als ein Bildungsangebot bzw. einen Bildungsort erleben" (S. 105).

Die offene Kinder- und Jugendarbeit ist aufgrund ihrer Offenheit in der Lage, sich immer wieder auf die Interessen und Themen wechselnder Kinder und Jugendlicher einzustellen. Die in § 11 SGB VIII vorgegebene Interessenorientierung wird dadurch zwingend realisiert. Denn sollten die Interessen nicht aufgegriffen werden, so würden die jungen Menschen nicht mehr an den Angeboten festhalten bzw. wegbleiben. Damit ist offene Kinder- und Jugendarbeit so angelegt, dass sie in ihrer Struktur die Partizipation ermöglicht. Sie muss mit ihren Besuchern klären, was diese wollen und muss gemeinsame Lösungen finden, z. B. wie die Interessen umgesetzt werden können und wie das Miteinander geregelt werden soll.
Offene Kinder- und Jugendarbeit bietet grundsätzlich also einen Freiraum, in dem Kinder und Jugendliche entscheiden können, was geschehen soll.

Inwieweit diese partizipativen Möglichkeiten in den Einrichtungen und Bereichen der (offenen) Kinder- und Jugendarbeit auch genutzt werden ist unterschiedlich.

Kinder- und Jugendarbeit macht mit dem Charakter der Freiwilligkeit Selbstentwicklungs- und Selbstbestimmungsprozesse möglich und schafft einen Rahmen für Selbstentfaltung. Unter anderem auch deswegen, weil die Angebote auch abgelehnt werden können.
Rechte zu bestimmen sollte beinhalten, welche Rechte die Kinder- und Jugendlichen haben und welche Rechte bei den Erwachsenen bzw. Pädagogen verbleiben - natürlich auch mit entsprechenden Begründun-

gen. Im Vordergrund steht weniger der Umfang der Rechte der Kinder und Jugendlichen, sondern die begründete und somit auch kritisierbare Klärung der Rechtsverhältnisse zwischen Erwachsenen und jungen Menschen.

7.4 Partizipation und Jugendverbände

Spricht man von Beteiligung/ Partizipation im Jugendverband fragt man sich vielleicht mit Recht, ob hier nicht schon strukturell, in den Satzungen und auch aus dem Selbstverständnis vom Ehrenamt heraus, ausreichend Beteiligung gegeben ist. Immerhin gehören demokratische Strukturen - von unten nach oben - zu den strukturellen Voraussetzungen von Jugendverbänden. Ehrenamtlichkeit, Freiwilligkeit, Selbstständigkeit und Eigeninteresse, Offenheit und Mit- /Selbstbestimmung sind elementare Leitmotive der Jugendverbände (vgl. Hafeneger 2005, S. 211).

Nach Bundschuh/Jagusch (2005) ist die aktuelle Situation in den Jugendverbänden allgemein schnell umschrieben: Bei allen Unterschieden zwischen den Jugendverbänden stagnieren ihre Mitgliederentwicklungen oder es wird Rückläufigkeit angezeigt. Partizipation wird vor allem von Jugendlichen aus der Mittelschicht und deutscher Herkunft wahrgenommen; vielfach dominieren in Leitungspositionen die jungen Männer. Diese Merkmale machen - so Bundschuh/Jagusch - deutlich, wohin weitere Anstrengungen im Sinne von Öffnungen, Experimenten und Ansätzen gehen müssen (vgl. S. 260-266). Obwohl eine interkulturelle Öffnung zu beobachten ist, spielen bisher

"Jugendliche mit Migrationshintergrund und deren Organisationen innerhalb der Partizipationsdebatte eine eher nachrangige Rolle und sind kaum in Gremien und Strukturen der Jugendverbandsarbeit vertreten" (Bundschuh/Jagusch 2005, S.260).

Die Bertelsmannstudie zur politischen Partizipation (2004) zeichnet ein Bild von den Aktivitäten junger Menschen in Vereinen und Verbänden und stellt fest, dass mit Blick auf "*Engagement und Ehrenamt im Verein*"[9] über die "*Hälfte aller Befragten (53%) Mitglied in einem Verein oder Verband ist*" (vgl. S.104).
Bei der Vereinsmitgliedschaft dominiert der „*Sport*" mit 57% vor "*Kultur und Musik*" mit 17%, "Freizeit und Geselligkeit" mit 11% und "*Kirche und Religion*" mit 10%.

[9]bürgerschaftlichen Gruppen und sozialen Initiativen ausgenommen

Fasst man die Ergebnisse [10] in sechs Bereiche zusammen, so folgt nach dem "*Sport*" mit 57% die "*Politik*"[11] mit 23%, dann "*Freizeit und Geselligkeit*" mit 22% und "*Soziales und Gesundheit*" mit 17%, "*Kirche und Religion*“ mit 10% sowie "*Kinder, Jugend, Schule*" mit 5%.[12]

Nach eigenen Angaben hat neben der reinen Mitgliedschaft gut die Hälfte der Befragten (52%) im Verein eine freiwillige oder ehrenamtliche Tätigkeit inne. Betrachtet man das freiwillige Engagement insgesamt, dann "*liegt die Gesamtquote (...) bei aktuell 35%*" (S.111); bei den Männern im Alter von 18 bis 34 Jahren sind 36% und bei den Frauen 31% freiwillig engagiert.

Hafeneger (2006) spricht von einer Entwicklung hin zum "Ehrenamt neuen Typs“. Traditionelles Engagement findet sich in Vereinen, Parteien, Gewerkschaften oder in der Kirche. Hier wird ein Amt wahrgenommen, in das gewählt wird; und viele bleiben einer Organisation über Jahre treu. Der neue Typ beteiligt sich lieber - auch in Verbänden, Vereinen und Organisationen - an selbst initiierten Projekten, die häufig zweckgebunden, zeitlich überschaubar und konkret sind. Der Episodencharakter des Ehrenamtes nimmt zu und wird der jeweiligen Lebensphase angepasst. (vgl. S. 213)

„*Weiterhin gilt: wer sozial integriert ist, engagiert sich; und Partizipation ist er ein Mittelschichtphänomen; das organisatorische Zentrum sind nach wie vor Vereinen und Verbänden*“ (ebenda).

Als Beispiele für Handlungsbereiche im Rahmen der Partizipation junger Menschen in Vereinen und Verbänden nennt Hafeneger (2006) Aktivitäten, Aktionen, Gruppenabende, die fachliche Ausbildung/Übungen, die Treffen, das Beisammensein, die Projekte, das spontane Engagement, das Einbringen von Interessen und Themen, den Einfluss auf Entscheidungen, die Gestaltung und Veränderung von Räumen/Treffpunkten, die Teilnahme und Beteiligung an kommunalen und verbandlichen Leben (vgl. S. 216).
Dabei ist das alltägliche „Sich-Kümmern“ um gemeinsame Interessen und Belange sowie die damit verbundene Einübung demokratischer Strukturen zu verstehen.

Auf den Punkt gebracht: Soziale und politische Teilhabe war schon immer und ist ein zentrales Merkmal der Jugendverbände, gerade sie sind in der Lage „*Demokratie zuzumuten*“, das „Recht“ auf Teilhabe der jungen Generation zu begründen und einzulösen (vgl. Hafeneger u. a. 2005, S.33f)).

[10] hier Mehrfachnennungen
[11] Interessenvertretung, Bildungsarbeit, bürgerschaftlich aktiv, Umwelt-Naturschutz, Justiz/Kriminalität.
[12] Zur besseren Vergleichbarkeit sind die Ergebnisse unter Punkt 10.3 bzw. 10.3.1 in ähnliche Gruppen zusammengefasst.

7.5 Partizipation und Schule

Die Schule ist neben der Familie und den Freizeitangeboten ein zentraler Ort, in dem Kinder und Jugendliche partizipatives Wissen erlernen und praktisch einüben können. Als anerkannter und historisch geprägter Lern-, Bildungs- und Erfahrungsort von Kindern und Jugendlichen hat er grundsätzlich alle Voraussetzungen, um Partizipationsmöglichkeiten zu eröffnen.
Aber gerade die Schule ist - wie empirische Befunde und praktische Beispiele zeigen - bisher kaum ein Feld und Ort der Autonomie und Partizipation, weil in ihr die Herausforderung an Kinder und Jugendliche nach Selbstverantwortung und Selbstständigkeit systematisch ausgeklammert werden. Die gesetzlichen Regelungen schulischer Mitwirkungs- und Partizipationsmöglichkeiten sind für Schüler in der Schulklasse, in der Schule, in Vertretungsgremien und der Schulkonferenz nur bedingt nützlich: Im Vergleich zu früher bieten die aktuellen Regelungen mehr Möglichkeiten, aber es bleibt ihnen versagt,

"*über das eigentlich Schule auszeichnende, den Unterricht, zu entscheiden*" (vgl. Palentien/Hurrelmann 2003a, S. 12).

Oestrreich (2002) kommt in der Auswertung der international vergleichenden Civic-Education-Study für die demokratische Beteiligung in den Schulen zu dem Ergebnis:

"*Mitbestimmung in der Schule schätzen deutsche Jugendliche überwiegend als wichtig ein. Auch die individuelle Bereitschaft, zur Konfliktlösung in der Schule beizutragen, ist hoch. Verglichen mit der Partizipationsbereitschaft von Jugendlichen anderer Länder sind die deutschen Jugendlichen jedoch weniger bereit, sich in der Schule zu engagieren. Deutsche Jugendliche nehmen im internationalen Vergleich den letzten Platz ein*" (S. 76).

Hier darf gefragt werden, warum deutsche Schüler vergleichsweise schlecht motiviert sind, sich im Schulgeschehen zu engagieren und auch in welchem Zusammenhang solch ein Motivationsmangel mit den Bildungszielen steht.
Nicht ohne Grund sind Aktivitäten, welche zu mehr Identifikation und mehr Spass am Schulgeschehen führen sollen, fester Bestandteil eines Projektes gegen Schulabsentismus (Scool) der Grund und Hauptschule am Steinkamp in Neustadt in Holstein.

Nach der empirischen Studie von Krüger u. a. (2002) für Sachsen-Anhalt zeigte sich, dass

"*Schülern im Bereich außerunterrichtlicher Aktivitäten, die sich auf Ausflüge, Freizeitangebote, Projekttage und -wochen sowie Ausgestaltungsaktivitäten in der Schule beziehen, umfassende Beteiligungsrechte eingeräumt werden. Im Kernbereich von Schule, dem Unterricht, gibt etwas mehr als die Hälfte der Lernenden an, nicht oder nur in geringem Maße beteiligt zu werden. Dies beinhalteten neben der unmittelbaren Mitgestaltung des Unterrichts auch die Bereiche der Mitsprache bei der Notengebung und der Mitsprache bei der Hausordnung. Die beiden letztgenannten Bereiche werden weitgehend ohne Einfluss der Schülerinnen und Schüler von den Lehrenden gesteuert. Ein unter Demokratiegesichtspunkten wichtiger Aspekt der Schülerpartizipation betrifft die Thematik der Gremienarbeit. Diese wird von den Lernenden äußerst kritisch gesehen. Für fast 2/3 der befragten Mitschülerinnen und Schüler hat die Schülervertretung keine große Bedeutung und die Effektivität dieser Institution wird von gut der Hälfte der Befragten negativ beurteilt*" (S. 248 f.).[13]

[13] Vgl. hierzu auch die Ergebnisse unter Punkt 10.1.2, 10.1.3 sowie 11.2

8 Partizipationsformen und Rahmenbedingungen

Für Angebote und Formen der Partizipation gilt, dass es keinen „richtigen Weg" oder die "richtige Strategie" gibt. Alle Angebote haben in der Regel ihre Stärken und Schwächen. Sie sollten allerdings konkret begründet und abhängig von den jeweiligen Verhältnissen im Bezug auf z. B. kommunalpolitische Rahmenbedingungen, das Alter, Geschlecht, die sozialen Lebensverhältnissen, die ethnisch-kulturelle Herkunft, das Milieu der regionalen Situation der Kinder und Jugendlichen angepasst sein. In der Fachliteratur finden sich unterschiedliche Vorgehensweisen zur Unterscheidung verschiedener Beteiligungsmaßnahmen.

Winklhofer/Zinser (2003) unterscheiden für die Kommunen drei unterschiedliche Formen der Beteiligung: repräsentativ, offen und projektorientiert. Während die repräsentativen Formen verbindlicher sind und in der Regel nur eine ausgewählte und relativ kleine Anzahl delegierter und (engagierter) Kinder und Jugendliche erreichen, sind die offenen Formen durch ihre informellen Strukturen auf die freiwillige Mitarbeit und das Engagement angewiesen.

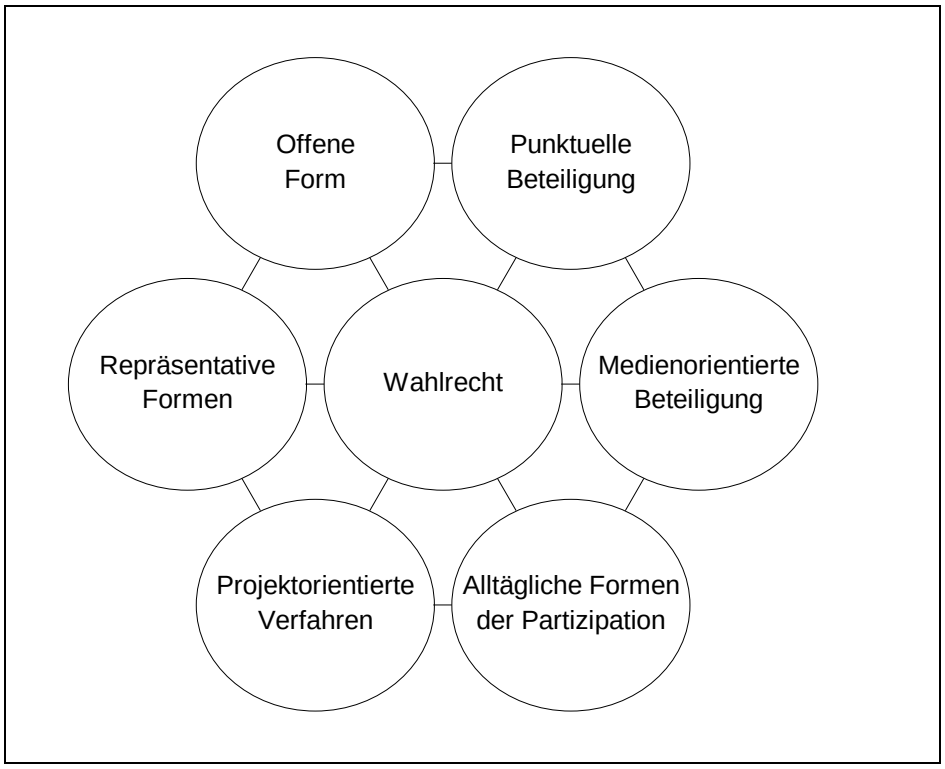
Möller (2000) unterscheidet zwischen lebensweltorientiertes Partizipation in der unmittelbaren, alltäglichen Umwelt und systembezogener Partizipation, die sich auf Institutionen, Strukturen und vergleichsweise abstrakte gesellschaftliche Verhältnisse beziehen.

Nach Uehlinger (1988 sinngemäß zit. nach Bartscher 2000, S.29) werden fünf Partizipationstypen unterschieden:

1. **Staatsbürgerrolle**: Hier werden grundlegende Handlungsweisen geübt, so beispielsweise das Diskutieren über Politik oder die Meinungsbildung.
2. **Parteiorientierte Partizipation**: Diese meint, dass neben der Mitgliedschaft auch die Tätigkeit von politischen Parteien gemeint ist.
3. **Der Zivile Ungehorsam**: Hierunter fallen illegale gewaltlose Tätigkeiten, wie Mietverweigerung oder Häuserbesetzung.
4. **Gewaltförmige politische Partizipation**: Diese umfasst alle Aktionen, bei denen Gewalt gegen Menschen/ Sachen ausgeübt wird.
5. **Problemspezifische Partizipation**: Dazu zählen alle Handlungsweisen, die Menschen ergreifen, die ein Problem haben

und hierzu nach einer politischen Lösung suchen, so die Teilnahme an Demonstrationen oder die Mitarbeit in Gremien.

Eine weitere Unterteilung in sieben Hauptkategorien zeigt die nachfolgende Abbildung, die nicht abschließend zu verstehen ist. Vielmehr gibt es hier eine Vielzahl von Unterkategorien, deren Beleuchtung in dieser Arbeit nicht Bestandteil sein wird. Diese Grundstrategien und Formen der Partizipation umfassen sieben Felder, die anschließend kurz erläutert werden (vgl. Stange/Tiemann 1999, S.245ff. und vgl. dazu auch Blanke 1993, S.23ff. und Bruner/Winkelhofer/Zinser 1999, S.28f.)



Grundstrategien und Formen der Partizipation
(vgl. Stange/Tiemann 1999, S.245ff.)

Offene Formen

Diese Form ist eine nichtrepräsentative Veranstaltungsform. Hierzu zählen z.B. Vollversammlungen oder Kinder- und Jugendforen (vgl. Stange/Tiemann 1999, S.249). Kinder wirken in Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Themen wie Verkehr, Schule, Medien u. a. mit, welche vom pädagogischen Personal betreut werden (vgl. Blanke 1993, S.28f.). Die Kinder planen und veranstalten eigene Aktionen (Fahrraddemo u. a.) oder beteiligen sich an Planungen ihrer Umgebung. Kinder haben hier die Möglichkeit, ihre Anliegen publik zu machen, mit Poli-

tikern und Politikerinnen ins Gespräch zu kommen und bei Entscheidungen berücksichtigt zu werden.

Repräsentative Formen

In dieser Form werden die Kinder für einen bestimmten Zeitraum, i. d. R. für zwei Jahre, in ein Parlament, bestehend aus ca. 30 Kindern, gewählt (vgl. Blanke 1993, S.29). Innerhalb des Kinderparlamentes haben sie die Möglichkeit, sich themengebundenen Fraktionen wie z.B. Schule, Umweltschutz, Jugend, Ernährung, Spielplätze, Verkehr u. a. zuzuordnen. Weitere Formen sind beispielsweise Klassensprecher und -sprecherin[14], Kinderbürgermeister und - bürgermeisterin, externe Arbeitskreise durch Schülervertretung u. ä., verbands- und gruppenbezogene Formen wie Jugendverbände auf Kreisebene, Beteiligung an Erwachsenengremien wie Kinder in Vorstandsposten von Parteien (vgl. Stange/Tiemann 1999, S.247).

Projektorientierte Verfahren

In der projektorientierten Partizipationsform treffen sich Kinder wöchentlich zu einem konkreten Thema über einen begrenzten Zeitraum hinweg (vgl. Blanke 1993, S.23). Die Themenwahl sollte aus dem umliegenden Wohnumfeld kommen, denn nur dann ist eine Motivation zu erwarten, wenn die Kinder unmittelbar betroffen sind.
Diese Form ist produkt- und ergebnisorientiert sowie stark an den Bedürfnissen der Kinder orientiert (vgl. Stange/Tiemann 1999, S.250).

Punktuelle Beteiligung

Die punktuelle Beteiligung findet sich z. T. in Verfahren, wie in einem Projekt, wieder. Sie gliedert sich in unterschiedliche Formen. Eine sog. Vorform wäre beispielsweise das Planspiel „*Jugendkreistag*“ ohne Antrags- und Entscheidungsbefugnisse. Zu den einfachen Informationserhebungen und Interessensvermittlungen sind Befragungen von Kindern wie der „*Wunschbaum*“, aktiv erkundende Formen wie die „*Dorfdetektive*“ oder Erhebungen von Erwachseneninformationen durch Kinder wie die „*Kinderfragestunde*“ im Rat zu nennen. Weitere Formen sind die Verfahren der punktuellen Problemklärung wie „*Kindersprechtag*“ in der Schule, symbolische Beteiligung „*Kinderbischöfe*“ in Hamburg und punktuelle Beteiligung durch Einzelhandlungen wie Demonstrationen (vgl. Stange/Tiemann 1999, S.245).

Alltägliche Formen der Partizipation

Eine Unterscheidung mit den anderen Formen ist hier dadurch gegeben, dass sie institutionsunabhängig ist, da sie aus dem Alltagsgeschehen heraus ihre Anwendung findet. Die Ausnahmen hiervon bilden z. B. Kindergärten mit ihren üblichen institutionalisierten Formen. Der alltägliche „*Morgenkreis*“ kann beispielsweise spontan zur Klärung

[14] für definierte Begriffe werden hier z. T. auch die weiblichen Formen benutzt

von Alltagsproblemen eingesetzt werden. Die alltägliche Beteiligung findet Anwendung bei dem *„aktiven Zuhören“* (Gordon 1973), Nein sagen, Hinweise auf Regeln und Vereinbarungen u. a. (vgl. Stange/Tiemann 1999, S.250f.).

Medienorientierte Beteiligung

Diese Form befasst sich mit der Beteiligung von Kindern an der Gestaltung von Rundfunk und Fernsehen, Printmedien, die Gestaltung und Pflege von Homepages, Schülerzeitungen u. a. (vgl. Stange/Tiemann 1999, S.252).

Wahlrecht

Die Einführung des aktiven Wahlrechts ab 16 Jahren bei den Kommunalwahlen, wurde bislang in zwei Bundesländern (Niedersachsen und Schleswig-Holstein) eingeführt (vgl. Stange/Tiemann 1999, S.252). Hiermit wird politische Partizipation klar über die Teilnahme an Wahlen ausgeübt. Das Wahlrecht unter dem Gesichtspunkt der demographischen Struktur zeigt, dass immer mehr Menschen älter werden und gleichzeitig immer weniger Kinder in Deutschland leben. Auf ein Kind kommen heute 4,4 (alte Bundesländer) bzw. 4,2 (neue Bundesländer) Erwachsene (vgl. Deutsche Kinderpresse 2000, S.21). Wie diese Relation in Bezug auf das Wahlrecht ausgeglichen werden kann, muss noch diskutiert werden.[15]

8.1 Chancengleichheit in der Partizipation

Eine wichtige Frage ist, inwieweit sich so genannte „Elitekinder“ engagieren oder ob sichergestellt werden kann, dass sich Kinder aus allen sozialen Schichten in den Beteiligungsformen wieder finden (vgl. Blanke 1993, S.31).
Bruner/Winkelhofer/Zinser (vgl. 1999, S.48) bestätigen in ihren Untersuchungen, dass gerade das repräsentative und offene Beteiligungsmodell Gefahr der strukturellen Ausgrenzung laufen. Dies können sie in Bezug auf das Geschlechterverhältnis und z. T. auf die Beteiligung ausländischer Kinder nachweisen.

[15] vgl. auch Punkt 4.5 - Generationendialog

8.1.1 Geschlechtsspezifische Unterschiede

Andere Daten weisen im Ergebnis aus (vgl. Bruner/Winkelhofer/Zinser 1999, S.44), dass Mädchen mit zunehmendem Alter weniger in Gremien zu finden sind. Die projektorientierte Form weist noch die höchste Beteiligungsquote auf.
In Beteiligungsverfahren geraten Mädchen eher als das „Zusätzliche" in den Blickpunkt. Sie sind z. B. nicht so lautstark wie Jungen und äußern sich i.d.R. nicht so schnell. Hier sollte die Planung von beiden Geschlechtern ausgehen, um nicht nach dem Fehlenden zu fragen, sondern nach der Differenz der Wünsche (vgl. Bitzan 1999, S.107).
Es muss jedoch auch gleichzeitig berücksichtigt werden, dass Jungen häufig die geringere Ausdauer haben, um Dinge zu realisieren und Mädchen durch schulische Kompetenz[16] und weniger Bewegungsdrang auch im Vorteil sein können.

Auch die Erkenntnisse der 14. Shell-Jugendstudie (2002) und des Freiwilligensurveys (vgl, picot 2001, 2003) zeigen, dass sich freiwilliges Engagement im Kontext biografischer Erfahrungen und Ziele zwischen Jungen, jungen Männern und Mädchen, jungen Frauen unterscheidet.

„*Mädchen und jungen Frauen sind in geringerem Umfang freiwillig engagiert als Jungen und junger Männer. Bis unter 20 Jahren ist der Abstand noch nicht so groß: Die Engagementquote der Mädchen liegt bei 34%, bei Jungen sind es 41%, die sich in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen engagieren. Auch die Anfang 20 jährigen jungen Frauen sind der noch recht häufig freiwillig tätig, zwischen 23 und 30 Jahren gibt es dann jedoch einen deutlichen Rückgang, während die männlichen Quote stabil bleibt*" (Picot 2003, S. 479).

Picot spricht hier bei jungen Frauen von einer „biografischen Ballung" (Ausbildung, Berufseinstieg, Karrierewunsch, Haushalt, Familienorientierung und Kinder), die in einer bestimmten Altersphase aufgrund ihrer Lebensthemen und des Zeitmangels, der gesellschaftlichen und biografischen Erwartungen und Herausforderungen dem freiwilligen Engagement keine Priorität einräumen. Gleichzeitig zeigen die 14. Shell-Jugendstudie wie auch der Freiwilligensurvey die unterschiedlichen inhaltlichen Engagementbereiche. Danach engagieren sich Mädchen und junge Frauen deutlicher im sozialen und ökologischen, im schulischen und kirchlichen Bereich, in der Arbeit mit Kindern und

[16] Hauptschulen sind vorwiegend Jungenschulen im Gegensatz zu Gymnasien. Vgl. Anlage III, A1

Jugendlichen; Jungen und junge Männer eher im Sport, bei Rettungsdiensten und der Feuerwehr.

"*Der politische Bereich erfreut sich nicht als so großer Beliebtheit bei den engagierten Jugendlichen, wobei dort dreimal mehr männliche als weibliche Jugendliche tätig sind (6% vs. 2%)*" (Picot 2003, S. 479).

Im deutschen Vereinsleben – mit seinem 574 359 Vereinen Ende des Jahres 2003 – sind Frauen an der Spitze unterrepräsentiert: weniger als ¼ aller Vereine hat eine 1. Vorsitzende; dagegen stellen Frauen die Hälfte der Schriftführer in Vereinen.

Die Geschlechter haben offensichtlich Einfluss darauf, welche Probleme und Themen Mädchen und Jungen wichtig finden, wie sie sich soziales Handeln erklären, welche Lösungsweisen sie im allgemeinen favorisieren, in welcher Art und Weise sie sich öffentlich bzw. politisch artikulieren und darstellen, weiter auf die Strategien, wie sie mit so genannten gegnerischen Positionen umgehen und in Konflikten handeln. Im Rahmen von Partizipation muss dafür gesorgt werden, dass auch die Meinungen der Mädchen Einfluss gewinnen und ihre Sichtweisen wertgeschätzt und einbezogen werden. Partizipation muss daher die unterschiedlichen Handlungsweisen der Mädchen und Jungen berücksichtigen.

8.1.2 Ethnische Ausgrenzungen

Die Frage nach Beteiligung ausländischer Kinder wurde in der Literatur wenig diskutiert. In der Untersuchung von Bruner/Winkelhofer/Zinser (vgl. 1999, S.46f.) wird belegt, dass ihr Anteil sehr gering ist. Es wurden hierbei keine genauen Angaben zu Flüchtlingsfamilien, Migranten, Ethnien oder Staatsangehörigkeit gemacht. Die Beteiligung dieser Gruppe in den neuen Bundesländern ist in zwei Drittel nicht repräsentiert, was auch darauf zurückzuführen ist, dass knapp 2% als ausländische Kinder erfasst sind. In den alten Bundesländern ist es nur ein knappes Viertel, in denen Partizipationsangebote ohne ausländische Kinder stattfinden. Auch hier wurde aus Expertengesprächen deutlich, dass die projektorientierte Form bessere Zugangsmöglichkeiten bietet.

In Bezug auf Partizipationsarbeit scheint die Integration junger Migranten in vielfacher Sicht eine Herausforderung zu sein. An dieser Stelle ist es mit Sicherheit viel zu kurz gegriffen, das Handeln von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund aufgrund ihrer kulturellen Herkunft zu erklären („so ist deren Kultur nun einmal"). Statt offensichtliche Unterschiede in den Handlungsweisen von Ju-

gendlichen auf deren ethnische Herkunft zurückzuführen, macht es sicher mehr Sinn, ihre Situation auf dem Hintergrund ihres gesellschaftlichen Status, ihrer konkreten Lebenssituation und ihren Gruppenzusammenhängen zu sehen. In den meisten Fällen dürfte die Herkunftskultur ohnehin in seiner reinen Form in Deutschland kaum vorzufinden sein. Einflussreicher als die Herkunftssituation ist sicherlich die aktuelle Lebenssituation der Migranten hier in Deutschland, die häufig von gesellschaftlicher Randständigkeit, Armut, politischer Machtlosigkeit und Sprachlosigkeit geprägt ist. (vgl. ebenda)
Ein besonderes Hemmnis für Partizipation ist in diesem Zusammenhang mit Sicherheit der Bereich von Sprach- und Verständigungsschwierigkeiten.

Die PISA Untersuchungen zeigen, dass die für Partizipation wichtige Kompetenz schriftliche Texte zu lesen und zu verstehen, bei einer nicht zu vernachlässigenden Gruppe von Jugendlichen schwach ausgeprägt ist. Fast 10% der 15 jährigen erreichen nicht einmal die Kompetenzstufe I im Leservermögen (OECD-Durchschnitt = 6%), insgesamt 23% überschreiten die Kompetenzstufe I nicht (vgl. Deutsches Pisa Konsortium 2001). Das heißt nicht, dass die jungen Menschen gar nicht lesen können, sondern dass sie Schwierigkeiten haben, diese Texte zu verstehen und sie zu interpretieren, um die nötigen Informationen zu erhalten. Dies betrifft sowohl die so genannten bildungfernen Schichten als auch junge Menschen mit Migrationshintergrund, welche überdurchschnittlich häufig in dieser Gruppe zu finden sind.

In der Diskussion um Partizipation junger Migranten in der Jugendarbeit zeigt Brenner (2003) ausgewählte Beispiele interkultureller Ansätze, die "Verschiedenes und Gemeinsames" zugleich im Blick haben. Kommunale und verbandliche Kinder- und Jugendarbeit könnten hier - so Brenner - ein Lernfeld werden, das sich mit ihren Partizipationsorientierten Lernangeboten den Heraus- und Anforderungen an eine multikulturelle Gesellschaft stellt. Die Lebenswelt der jungen Generation ist von sprachlicher und kultureller Heterogenität gekennzeichnet; hier wären das Lernen und die Vermittlung von interkultureller Kompetenz in gemeinsamen Partizipationsvorhaben und verstanden als Selbstbildungsprozesse - mit ethnischen, kulturellen und sprachlichen Unterschieden verantwortungsvoll, selbstbestimmt und gewaltfrei umgehen lernen - ein zukunftsweisender Lern- und Entwicklungsbeitrag der Kinder- und Jugendarbeit sowie der politischen Bildung.(vgl. S.415f)

8.2 Voraussetzung für Chancengleichheit bei Partizipation

Björn Kraus (2005) führt drei grundlegende Ziele zur Chancengleichheit von Beteiligungsprojekten an:

1. Kindern und Jugendlichen soll die Gelegenheit zur Ausübung ihres Bürgerrechtes auf Mitbestimmung gegeben werden (Gelegenheit zur Partizipation).
2. Kinder und Jugendliche sollen zur Mitgestaltung des Gemeinwesens befähigt werden (Befähigung zur Partizipation).
3. Das Expertenwissen von Kindern und Jugendlichen soll genutzt werden (Nutzung der Partizipation. (S.263)

Da Kinder und Jugendliche über ganz unterschiedliche Ressourcen verfügen, ist die Umsetzung in dieser Zielsetzung besonders schwierig.

Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen von jungen Menschen, welche die Partizipationsfähigkeit erhöhen können, sind unter anderem ökonomische, soziale und kulturelle Ressourcen zu verstehen. Wer finanzielle Mittel zur Verfügung hat, kann diese nutzen um Entscheidungsprozesse zu beeinflussen z. B. durch das Verfügen über neue Medien wie PC, Internet, Handy. Wer über ein soziales Netzwerk von Beziehungen verfügt, kann auch dies in vielfältiger Art und Weise benutzen, um seine eigene Meinung "besser an den Mann zu bringen". Durch gute Beziehungen lassen sich Wissenslücken füllen, Hilfe und Unterstützung einfordern und Entscheidungen beeinflussen. Noch besser, wer über kulturelle Ressourcen verfügt, denn gutes Allgemeinwissen ist nach wie vor ein wichtiger Einflussfaktor für Menschen, die sich in demokratischen Prozessen einbringen wollen.

Eine gelingende Partizipation versucht diese, bei jungen Menschen ungleich verteilten, Ressourcen zu erkennen und Nachteile auszugleichen. Eine Analyse der zur Verfügung stehenden Ressourcen junger Menschen kann helfen, Benachteiligungen abzuschwächen bzw. durch das Vermitteln neuer Kompetenzen bzw. Ressourcen zur Gleichberechtigung beizutragen.

Entwicklungsbedingte Voraussetzungen für Partizipationskompetenzen und -fähigkeiten sind mit Faktoren wie zum Beispiel Lebensalter und psychosozialem Entwicklungsstand eng verknüpft.

Das Deutsche Pisa Konsortium (vgl. 2001) gelangt zu der Erkenntnis, dass soziale Herkunft in Deutschland und die Bildungschancen in einem Zusammenhang stehen, und dass niedrige Bildungsqualifikation die objektive Chance sowie den subjektiven Willen zur politischen Beteiligung minimieren.

Vereinfacht kann man sagen, die unteren Schichten haben schlechtere Bildungschancen und wer weniger gebildet ist, ist auch politisch weniger interessiert und aktiv (vgl. u. a. Stiftung Bertelsmann 2004). Die älteren und besser gebildeten Jugendlichen verstehen sich allgemein eher als politisch interessiert. Die politisch desinteressierten Jugendlichen (31% bezeichnen sich so) sind eher jünger und in der Regel auf Haupt- und Realschulen (vgl. Deutsche Shell 2002).

8.2.1 Neue Medien und Partizipation

Internet

„*Politische Partizipation und Bürgerbeteiligung in demokratisch organisierten Gesellschaften geschieht häufig über die Nutzung von medien- vom Leserbrief bis zum Beitrag im Rundfunk, von der Onlineberatung für junge Menschen bis zu kommunalen Netzwerkstrukturen, mit Verknüpfungen zwischen realen Räumen und digitalen Welten (...), zwischen Schule, Jugendkultur, zwischen Bildung und Sozialem*" (Zacharias 2004, S.185).

Den Zugang zu Informationen stellt unter anderem eine wichtige Partizipationskompetenz dar, welche einen Vorteil verschaffen kann, die eigene Meinung besser durchzusetzen. In diesem Sinne ist auch der Zugang zum Medium Internet ein Faktor für die Chancengleichheit in Partizipationsprozessen.

Neben dem Aspekt der Informationsbeschaffung ermöglicht das Medium Internet auch Online-Wahlen.
Testwahlen und Umfragen ergaben allerdings, dass meist nur diejenigen Wähler, die die Möglichkeit der Online-Wahl nutzten bzw. nutzen würden, auch unter den bisherigen Umständen gewählt hätten, unabhängig von der Wahlmethode (vgl. Kertsing, S.23).
Offensichtlich war das Problem der Bürger nicht **wie** gewählt wird, sondern **was** gewählt wird. Hier könnte das Internet in den Bereichen Information, Kommunikation und Transparenz eine Verbesserung erwirken.

Die Kommunen lassen nur wenig Mitsprache bei politischen Entscheidungen über das Internet zu bzw. bieten ein Online-Diskursforum an. Nach einer Studie der "Initiative Partizipation", bei der 37 deutsche Kommunen mit mehr als 200 000 Einwohnern befragt wurden, gibt es zwar zahlreiche Informationssysteme, und man kann im Internet vor allem Informationen über laufende Entscheidungen, die Stadt und

Formulare abrufen; aber es gibt kaum interaktive Gesprächsforen und politische Beteiligung der Bürger oder Communities im Netz, die sich über Themen austauschen. Es geht in der Internetnutzung mehr um schnelle Informationsbeschaffung als um Handlungskompetenz und Beteiligung.

Ob mehr Medientechnologie zu mehr Demokratie verhilft, ist noch nicht belegt, dass sie die gesellschaftlichen Strukturen der Informationsbeschaffung rasant verändern allerdings schon.
Sie sind Bestandteil der Lebenswelt junger Menschen und dürfen daher im Rahmen von Beteiligungsangeboten nicht außer Acht gelassen werden.

Das Handy

Das Handy steht für die Erweiterung von Handlungs- und Bewegungsräumen. Durch die ständige Erreichbarkeit und die Fülle an Nutzungsoptionen ermöglicht es unterwegs zu sein, ohne die Angst haben zu müssen, etwas zu verpassen.
Zusätzliches Ergebnis dieser Freiheit besteht darin, dass die getätigten Kommunikationen kaum nachvollzogen werden und man somit einer Kontrolle, z. B. durch die Eltern entgehen kann. Es können kaum Gespräche mitgehört werden und es kann kaum nachvollzogen werden, mit wem wie lange kommuniziert wurde.
Das Mobiltelefon stellt sich als hilfreiches Instrument dar, das den Ablösungsprozess bzw. die Emanzipation von den Eltern fördert. Es ist daher auch ein "Werkzeug" um selbstständig und erwachsen zu werden.
Der Wegfall von Kommunikationsgrenzen erhöht die Flexibilität im sozialen Miteinander: Mobile Kommunikation führt zu einer Raumüberwindung durch Erreichbarkeit (vgl. Selma 2005, S.27).

Das Handy verknüpft die Jugendlichen mit ihren Peers und die Beliebtheit einer Person innerhalb der sozialen Gruppe scheint messbar geworden zu sein: Die Zahl der empfangenen SMS oder die Dauer und Häufigkeit der Telefonate, die man führt, können dabei zu Indikatoren für das Maß der Einbettung bzw. Beliebtheit einer Person werden. Wer jedoch kein Handy hat, kann unter Umständen nicht mehr an der Kommunikation mit den Peers teilnehmen. Das Mobiltelefon dient also nicht nur der Einbettung in das Cliquengeschehen, sondern kann unter Umständen sogar zum notwendigen Instrument zur Vermeidung des Ausschlusses aus der Gruppe sein (vgl. MPFS 2004, S.55).

Das Handy ist in der Lebenswelt junger Menschen ein Handwerkszeug zum Erhalt der sozialen Infrastruktur geworden. Nicht nur durch seine Funktionen, sondern auch durch das Prestige und die Möglichkeit, sich durch ein individuelles Handy ausdrücken zu können, macht es schon heute für junge Menschen fast unersetzbar.

8.2.2 Fazit zur Chancengleichheit

Die Förderung von Kompetenzen zur Partizipation ist die Grundlage, um Chancengleichheit zu erreichen. Der pädagogische Ansatz von Partizipation ist daher unabdingbar, wenn das Risiko einer "sozialen Schieflage" vermieden werden soll. Kinder sollten sich nicht nur wünschenswerte Alternativen vorstellen, sondern diese auch noch erfolgreich kommunizieren können und wollen. Mit Blick auf diese drei grundlegenden Kriterien korrelieren die Chancen der Kinder mit deren sozialer Herkunft. Björn Kraus (2005) bringt dies auf die einfache Formel:

„*Je höher die "soziale Schicht", desto größer die Vergleichsmöglichkeiten und die Kommunikativen Kompetenzen. Und das heißt: je höher die "soziale Schicht", desto größer die Partizipationskompetenzen*“(S.263ff).

Bei dieser Auseinandersetzung mit den Aspekten Partizipation von jungen Menschen und soziale Ungerechtigkeit stellt sich jedoch auch die Frage, nach sozialer Ungerechtigkeit bei Erwachsenen bei deren Beteiligungsmöglichkeiten am gesellschaftlichen Geschehen.
Insbesondere an den übertragbaren Aspekten von kommunikativen Kompetenzen und (strukturellen) Kenntnissen in Korrelation mit dem sozialen Status (soziale Schichten).
Die Befähigung, seine Meinungen und Bedürfnisse zum Beispiel im Gemeinwesen wirkungsvoll einzubringen, ist bei Erwachsenen ebenfalls stark von "sozialen Schichten" abhängig.
Es stellt sich daher die Frage, ob eine von differenzierten Beteiligungsmöglichkeiten geprägte Erwachsenenwelt überhaupt in der Lage ist, genau dies bei der Partizipation von Kindern zu vermeiden.

8.3 Partizipation und Qualität

Standards von Partizipation
Im Folgenden geht es um die Standards einer sinnvollen Partizipation junger Menschen in den klassischen Qualitätsbereichen Ergebnis-, Struktur-, und Prozessqualität. Im Kern stellt sich die Frage: Wie kann es gelingen, möglichst allen jungen Menschen in allen für sie relevanten Lebensbereichen eine aktive Praxis von demokratischen Prozessen zu ermöglichen?

Ergebnisqualität von Partizipation

Hier geht es um das Ergebnis bzw. die Wirkung von partizipativen Prozessen. Es soll das Maß beschrieben werden, in dem es jungen Menschen gelingt, ihre Rechte auf Selbstbestimmung und Teilhabe an den sie betreffenden Entscheidung wahrzunehmen. Zum Beispiel: "Junge Menschen artikulieren im Rahmen der Strukturen eines Jugendzentrums ihre Meinungen, Wünsche etc. und setzen sich für eine Realisierung ein".
Nach Ulrich Deinet und Benedikt Sturzenhecker (2005) führt Partizipation auf zwei unterschiedlichen Ebenen zu Ergebnissen:

„Zum Einen befähigt sie die Kinder und Jugendlichen zu demokratischer Mitbestimmung und Mitverantwortung und ermöglicht Kompetenzerwerb sowie persönlichen Zugewinn.
Zum Anderen werden die Ideen, Wünsche und Forderungen der Kinder und Jugendlichen konkret umgesetzt“(S.163).

Die jungen Menschen werden sich in der Regel an den umgesetzten Veränderungen messen lassen, weil ihnen z. B. der eigene Kompetenzerwerb weniger bewusst ist. Hier sind es häufig die Fachkräfte vor Ort, welche diese zuletzt genannten pädagogischen Ziele formulieren, operationalisieren und evaluieren.
Beide Evaluationsebenen müssen jedoch transparent gemacht werden, um sie gemeinsam mit jungen Menschen auswerten zu können.
Hierbei ist es wichtig auch Teilziele zu benennen. Viele Entscheidungen beinhalten langwierige Prozesse, welche nicht unbedingt der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen entsprechen. Die Bedeutung von Teilzielen und das Hervorzuheben von Prozessabschnitten ist für eine kinder- und jugendgerechte Beteiligung unerlässlich. (vgl. Gemeindeordnung Schleswig-Holstein § 47 f).

Strukturqualität von Partizipation

Strukturqualität beschreibt die formalen Bedingungen, welche die Basis von Partizipationsprozessen und deren Ergebnisqualität darstellen.
Nach Ulrich Deinet und Benedikt Sturzenhecker (2005) beeinflussen folgende Aspekte entscheidend die Strukturqualität:

- Transparenz im Beteiligungsprozess
- Ressourcen und Unterstützung
- Partizipative Grundhaltung vom Team, Leitung und Träger (vgl. S.164)

Die Frage nach struktureller Verankerung von Mitbestimmung schließt zum Beispiel Rechte, welche junge Menschen haben sowie die Handlungsspielräume, die ihnen zugestanden werden, mit ein.

Die Rechte, die jungen Menschen zugestanden werden, dürfen langfristig nicht von dem so genannten guten Willen der Erwachsenen abhängig sein. Sie stellen vielmehr die Infrastruktur für Mitbestimmung dar und bieten formale Wege, Rechte einzuklagen. Diese Strukturen müssen daher bekannt und nutzbar gemacht werden und stehen für alle Bereiche, die junge Menschen betreffen - auch für die unangenehmen - zur Verfügung. Dies erfordert Zielgruppenanalysen, z.B. die Berücksichtigung der Lebenslage verschiedener Zielgruppen bei der Erstellung solcher Strukturen. Hier wird unter anderem die besondere Rolle, die pädagogische Berufsgruppen für die Gestaltung von Partizipation haben, besonders deutlich.
Es ist dabei zu klären, in welchem Maße jungen Menschen Selbstbestimmung zugemutet werden kann bzw. welche Unterstützung[17] erforderlich ist. Mögliche Stufen der Rechte von Partizipation werden von Blandow/Gintzel/Hansbauer (1999, S. 58ff) für pädagogische Einrichtungen formuliert:

"*1. die Pädagoginnen und Pädagogen entscheiden autonom ohne weitere Verpflichtung gegenüber dem Mädchen/dem Jungen (dies schließt Gespräche nicht aus).*
2. die Pädagoginnen und Pädagogen entscheiden autonom, haben aber eine Anhörungspflicht gegenüber dem Mädchen/dem Jungen.
3. die Pädagoginnen und Pädagogen entscheiden, das Mädchen/der Junge hat aber ein Veto-Recht.
4. die Pädagoginnen und Pädagogen und das Mädchen/der Junge müssen bei der Entscheidung zustimmen (Konsensverpflichtung).
5. das Mädchen/der Junge entscheidet, die Pädagoginnen und Pädagogen haben aber ein Veto-Recht.
6. das Mädchen/der Junge entscheidet, hat aber eine Anhörungspflicht gegenüber dem Pädagoginnen und Pädagogen, das heißt diese müssen vorher gehört, mit ihnen muss gesprochen werden.
7. das Mädchen/der Junge entscheidet autonom."

Die Sicherstellung notwendiger Ressourcen für Partizipation gehört ebenso zur Strukturqualität. Neben Faktoren wie Zeit, Geld und Räumlichkeiten gehören kompetente Erwachsene, die dem Beteiligten helfen, ihre eigene Interessen zu klären und wirkungsvoll einzubringen unter Umständen dazu. Auch hier muss die wichtige Rolle von Pädagoginnen und Pädagogen aufgrund ihrer methodischen Kompetenzen in Bezug auf Partizipation hervorgehoben werden. Junge Menschen brauchen Unterstützung darin, aus eventuell diffusen Vorstellungen ihre Interessen und Positionen definieren zu können. Diese Gespräche benötigen natürlich auch einen Adressaten wie z.B. andere junge Menschen oder Erwachsene, welche diese Position und Meinungen aufgreifen können und sich ernsthaft mit ihnen auseinander setzen.

[17] z. B. Vermittlung von Beteiligungskompetenzen

Die Möglichkeit im Rahmen der Entscheidungsoptionen, junge Menschen mitbestimmen zu lassen, erfordert Transparenz und Ergebnisoffenheit. Das Einbinden der Öffentlichkeit, der Zugang zu Informationen, Entscheidungsabläufen etc. müssen immer gewährleistet und von jungen Menschen beeinflussbar sein. Ebenso müssen diese Prozesse nachvollziehbar dokumentiert werden. Dies stellt die Beteiligten vor die nicht leichte Aufgabe, die Dokumentation so zu verfassen, dass sie für die Zielgruppen nutzbar d.h. evaluierbar bzw. reflektierbar ist; zum Beispiel in Bezug auf Sprachform, Zugänglichkeit und/ oder durch den Einsatz von Bildern.

Prozessqualität von Partizipation

Die Grundhaltung der Erwachsenen zum Thema Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist in dem Bereich Prozessqualität mit einzubeziehen. Hier spielen Aspekte, wie die Anerkennung und Achtung vor den Meinungen/Entscheidungen der jungen Menschen eine große Rolle. Partizipation verlangt von den Erwachsenen, mit jungen Menschen über Inhalte und Interessen zu verhandeln, ohne zu dominieren. Den Erwachsenen muss der Spagat gelingen, die Gleichberechtigung im Mitgestaltungsprozess für junge Menschen erlebbar zu machen und gleichzeitig die Unterschiedlichkeiten wertfrei zu akzeptieren. Natürlich ist Konfliktfähigkeit sowohl auf Seiten der Erwachsenen als auch bei jungen Menschen eine Kernkompetenz, die zum Erfolg von Partizipation beiträgt.

Wer Beteiligungsprozesse begleiten und unterstützen möchte, sollte in seiner Grundhaltung Konflikte begrüßen, weil sie Interesse, Engagement und Beteiligungsbereitschaft zeigen. Außerdem werden die Erwachsenen ihre Einflussmöglichkeiten und Rechte nutzen müssen, um zum Beispiel Schwache zu schützen bzw. ungesetzliche oder Leib und Leben gefährdende Entscheidung zu verhindern.
Natürlich gehört zu einer akzeptierenden Grundhaltung auch das Recht der jungen Menschen auf Verweigerung von Partizipation. Mitbestimmung unter Zwang wird mit Sicherheit keine erfolgreichen Ergebnisse erzielen. Daher darf es auch keine Verpflichtung zur Beteiligung von jungen Menschen geben. Partizipation beinhaltet auch immer ein Recht auf Verweigerung von Partizipation. Doch was häufig als Verweigerung gewertet wird, ist nicht selten mangelnde Anpassungsfähigkeit von Partizipationsprozessen an die Lebenswirklichkeit junger Menschen. Wenn sich junge Menschen beispielsweise trotz Einladung nicht an einer kommunal-politischen Debatte beteiligen, dürfte dies weniger mit Desinteresse zu tun haben.

Wichtige Grundhaltungen und Arbeitsprinzipien im Rahmen der Prozessqualität von Partizipation sind von Ulrich Deinet und Benedikt Sturzenhecker (2005) folgendermaßen zusammengefasst:

- Anerkennung der Person
- Beachtung von Gleichheit und Differenz. D.h. unterschiedliche Menschen brauchen möglicherweise unterschiedliche Zugänge und Unterstützungen.
- Offenheit, Konfliktfähigkeit und symmetrische Kommunikation. Z.B. Aushandlungsprozesse.
- Perspektivenverschränkung. D.H. sich in die Sichtweisen des Gegenübers hineinzuversetzen.
- Prozessoffenheit und Revidierbarkeit. Z. B. die Lösungswege nicht schon im Vorwege festlegen.
  Advokatische Schutz- und Grenzsetzungen. Keine der getroffenen Entscheidungen dürfen die Selbstentfaltungsrechte von Personen einschränken (vgl. S.163f).

9 Forschungsdesign

Es gibt eine Reihe von Studien, die unter anderem untersuchen, wie erfolgreich Partizipation von Kindern und Jugendlichen praktiziert und empfunden wird. Aufwändig, aber von höchstem Interesse, ist es dabei, die Meinung von Kindern und Jugendlichen selbst zu erheben. Selbst umfangreiche Studien, wie die der Bertelsmann-Stiftung, welche 42 Kommunen untersucht hat (vgl. Fatke, Schneider 2005), sind in gewisser Weise noch recht ungenau. Dafür gibt es viele Gründe, die mit den Wechselwirkungen verschiedenster Faktoren innerhalb einer Kommune zusammenhängen.
Ein Grund ist zum Beispiel die mangelnde Vergleichbarkeit von Partizipation durch junge Menschen und auch durch Erwachsene, weil es dafür noch viel zu wenig Partizipationsangebote gibt.
Wo die einen Kinder sich freuen, dass sie überhaupt einmal nach ihren Wünschen befragt werden und dies als Mitbestimmung bewerten, werden andere Kinder sich noch nicht einmal die Mühe machen zu antworten, weil das Partizipationsangebot ihnen nicht ansprechend genug ist.

Am erfolgreichsten ist es, die Aussagen von jungen Menschen vor dem Hintergrund ihrer eigenen Lebenswirklichkeit (die Kommune in der sie leben) zu beurteilen.
Es wird daher von folgender Vermutung ausgegangen:
Je eher junge Menschen auf die gleichen strukturellen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen zurückgreifen, desto eher werden die Antworten einer Erhebung vergleichbar sein. Das Ziel dieser Arbeit ist daher, die Meinungen junger Menschen zur Beteiligung in ihrer eigenen Lebenswirklichkeit vor dem Hintergrund einer Analyse ihres Sozialraumes zu erheben.

Dafür bietet sich die Kommune Neustadt in Holstein an, weil sie mit einer Einwohnerzahl ca. 17.000 ein überschaubares und für die jungen Menschen vor Ort relativ vergleichbares Lebensumfeld bietet und die meisten Schulformen in dieser Stadt präsent sind.. Die nächsten vergleichbaren Kommunen sind ca. 20 bis 30 km entfernt.

9.1 Zielsetzungen der Untersuchung

Um eine Struktur von Kinder- und Jugendpartizipation auf kommunaler Ebene zu verstärken, ist eine umfassende Analyse der gegenwärtigen Partizipationssituation von Kindern und Jugendlichen sinnvoll.

Hierbei soll eine Bestandsaufnahme von Partizipationsangeboten aus der Sicht von Mitarbeitern der Kinder- und Jugendeinrichtungen[18] und auch das tatsächliche Partizipationsverhalten junger Menschen erhoben werden. Daraus soll ein Gesamtbild der vorhandenen Partizipationsaktivitäten vor dem Hintergrund der für Kinder und Jugendliche wichtigen Infrastruktur entstehen.

Unterstützend soll jedoch zunächst ein kleiner Einblick in die Infrastruktur junger Menschen von Neustadt in Holstein anhand einer Sozialraumbeschreibung gewährt werden. Diese soll einen Einblick über die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen geben, welche die Lebenswelt der befragten Zielgruppe prägt.

Die Partizipationserfahrungen junger Menschen sollen differenziert von den drei großen, strukturell voneinander getrennten Handlungsfeldern junger Menschen betrachtet werden: Familie, Schule, Freizeit bzw. öffentlicher kommunaler Raum.

Weiterhin sollen die Bedingungen herausgearbeitet werden, welche für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen förderlich oder hinderlich sein können.

Alle diese Bedingungen sind anschließend weitestgehend zusammenzubringen, damit das tatsächliche Partizipationsverhalten bzw. die Partizipationsbedingungen von Kindern und Jugendlichen in Neustadt in Holstein beschrieben und Rückschlüsse daraus gezogen werden können.

[18] Auf diese Erhebung muß Mangels repräsentativer Rückläufe in dieser Studie verzichtet werden.

9.2 Design der Untersuchung

Um Ungenauigkeiten zu vermeiden wird auf eine Stichprobenuntersuchung verzichtet und vielmehr versucht, die gesamte Zielgruppe zu erreichen.
Die erste Zielgruppe besteht zum einen aus Mitarbeitern bzw. Ansprechpartnern von Einrichtungen und Institutionen, welche einen starken Bezug zur Lebenswelt junger Menschen in Neustadt in Holstein haben.
Die zweite Zielgruppe besteht aus allen Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen 10 und 18 Jahren[19] aus dem Wohnbereich Neustadt in Holstein.
Beide Zielgruppen sollen vorrangig über einen Fragebogen erreicht werden.

Für die Zielgruppe eins (erw. Entscheidungsträger) wurde ein Online - Fragebogen erstellt, weil es sich hierbei vielfach um hauptberufliche und ehrenamtliche Mitarbeiter mit hoher organisatorischer Kompetenz handelt wie z.B. Schulen, Vereine und Verbände, Kirchen.

Für die Zielgruppe zwei (Kinder und Jugendliche) werden Fragebögen erstellt, welche in Absprache mit den Schulen[20] dort verteilt und ausgefüllt werden.
Für eine Sozialraumbeschreibung bzw. Sozialraumentwicklung, bezogen auf junge Menschen in Neustadt in Holstein, werden verschiedene Rahmenbedingungen und Infrastrukturen ermittelt, die das Leben in diesem Wohnumfeld prägen. Hier besteht nicht der Anspruch auf Vollständigkeit. Es soll dagegen ein für die weitere Untersuchung schlüssiges Bild entstehen.

[19] Auf die Befragung jüngerer Personen wird verzichtet, weil die altersgerechten Methoden den Rahmen dieser Arbeit überschritten hätten.
[20] Die einbezogenen Schularten in Neustadt an Holstein sind Grund- und Hauptschule, Realschule, Gymnasium, sowie Förderschule.

9.3 Sozialraumbeschreibung, Untersuchungsfeld

Allgemeines
Im Jahre 1244 wurde die Stadt Neustadt in Holstein gegründet. Die Stadt ist am Autobahnnetz (A1) angeschlossen und es sind weitere Straßenverbindungen zu den umliegenden Ostseebädern der Lübecker Bucht und der „Holsteinischen Schweiz“ vorzufinden. Darüber hinaus verfügt die Stadt Neustadt in Holstein über eine Eisenbahnverbindung nach Lübeck.
Neustadt umfasst heute ein Gebiet von über 2.000 ha mit ca. 17.000 Einwohnern. Somit ist sie die drittgrößte Stadt im Kreis Ostholstein.
Der Neustädter Hafen verfügt über mehrere Anlegeplätze für Segel- und Sportboote sowie einen Hafen von der Marine und der Bundeswasserpolizei, die das Hafenbild abrunden.
Des weiteren spielt der Fremdenverkehr eine wichtige Rolle für das ortsansässige Gewerbe, da viele Geschäfte auf die Einnahmen durch Touristen angewiesen sind. Ein Hauptanziehungspunkt ist der 6,5 km lange Südstrand, der von Neustadt bis nach Pelzerhaken reicht. Auf dieser Strecke befinden sich 6 Campingplätze, welche die meiste Zeit des Sommers voll belegt sind.
Neustadt verfügt über vielseitige Einkaufsmöglichkeiten für jedes Alter. Alle Branchen sind vertreten, teilweise sogar mit mehreren Geschäften. Trotzdem fahren viele Jugendliche nach Lübeck, wenn sie nach besonderen Dingen suchen.
In Neustadt bestehen zwei Fußgängerzonen in der Innenstadt.

Gaststätten, Kneipen, Kino, Discotheken, usw.
In Neustadt findet man eine große Bandbreite an Gaststätten, Restaurants und Cafés, aber nur bestimmte Geschäfte werden von den Kindern und Jugendlichen aufgesucht.
Gerade am Wochenende besuchen Jugendliche z.B. die Gaststätten *Musik und Bistro (Muse),* den *Ollen Kotten*, *U-Hai* und *Stadtbierkeller*. Als nichtkommerzielle Treffpunkte sind u. a. Einrichtungen wie das Jugendcafé und das Jugendtreff der Stadtjugendpflege, das *Themroc/Forum* in Vereinsträgerschaft sowie Angebote der Kirchengemeinden zu benennen.
Große Attraktivität für Jugendliche geht auch von der ortsansässigen Diskothek *New Bambu* und der Veranstaltungshalle *Lokhaus* aus, welche über große Einzugsgebiete verfügen. Des weiteren gibt es ein Kino und eine *Cine Event Hall*, in der unter anderem Liveübertragungen von Sportveranstaltungen angeboten werden oder auch Konzerte und Tanzveranstaltungen.
In den Sommermonaten sind auch die vielen Cafés, insbesondere unter dem Gesichtspunkt „sehen und gesehen werden“, ebenso bei jungen Menschen gefragt wie auch die Fast-Food-Lokale.

Vereine und Verbände
Neustadt verfügt über eine große Anzahl von verschiedenen Vereinen und Verbänden, die sich zu zwei Verbänden zusammengeschlossen haben. Einmal der Stadtjugendring mit verschiedenen nichtsportlichen Vereinen, Kirchengemeinden und Organisationen als Mitglieder und zum anderen der Sportring mit den verschieden Sportvereinen als Mitglieder.

Bildungs- und Kulturangebot
Seit 1974 finden regelmäßig Theatervorstellungen in der Realschule unter dem Motto „Theater in der Stadt" statt. Wer Kultur kostenlos erleben will, kann dies im Rathaus („Kultur im Rathaus") jeden Sonntags tun. Hier werden plattdeutsche Lesungen, Texte aus den 20er und 30er Jahren, Klassikmusik, Dichterlesungen und vieles mehr angeboten.
Junge Menschen besuchen diese Veranstaltungen jedoch äußerst selten. Für diesen Personenkreis finden z.B. regelmäßig Kindertheater, Dichterlesungen, Discoveranstaltungen und Konzerte in der Kulturwerkstatt Forum e.V., in der Stadtbücherei und in den Einrichtungen der Stadtjugendpflege statt.
Diverse kulturelle Großveranstaltungen unter den verschiedensten Themen prägen außerdem vorzugsweise in den Sommermonaten das Stadtgeschehen auch für junge Menschen.
In Neustadt befindet sich zudem eine Volkshochschule mit verschiedenen Kursen für Erwachsene und junge Menschen. Die Stadtbücherei Neustadts verfügt daneben über rund 35.000 verschiedene Medien.
Am Neustädter Strand liegt das Umwelthaus des BUND, um junge Menschen für den Umweltschutz zu begeistern.

Allgemeine Einwohnerdaten (Hopp 2006[21]):

- Anteil Ausländer an der Bevölkerung, Summe - 811 von 17.241 -> 4,7%
- Anteil Einwohner unter 18 Jahren, Summe - 2.430 von 17.241 -> 14,1%
- davon Anteil Ausländer unter 18 Jahren, Summe - 62 von 2.430 -> 2,6%
- Anteil Einwohner über 65 Jahren, Summe - 3.626 von 17.241 -> 21,0%
- Erwerbslosenquote: 756 Arbeitslose (Stand: Juni 06 - Bundesagentur für Arbeit)

Die Steuerkraft 2004 betrug 391,81 €/Einw. die Einnahmen des Verwaltungshaushaltes gesamt je Einwohner 1.085,83 €.

[21] Auskunft zu Einwohnerdaten. Bürgerbüro – Stadt Neustadt in Holstein. 17.07.2006, 9.04 Uhr.

9.4 Beschreibung der Untersuchung und der Zielgruppe

Den wichtigsten Teil dieser Studie stellt das Erheben eines Meinungsbildes von jungen Menschen der Stadt Neustadt in Holstein bezüglich ihres eigenen Beteiligungsverhaltens bzw. ihrer Partizipationsmöglichkeiten dar.

Ablauf der Untersuchung

Hierfür wird ein Fragebogen kreiert, in welchem das Beteiligungsverhalten in Schule, Familie und im Allgemeinen erfragt wird.
Anhand von unterschiedlichen Beteiligungsaktivitäten, die für die Bereiche Familie und Schule angeführt werden, soll das subjektive Beteiligungsempfinden objektiviert und bewertet werden.
Darüber hinaus wird erfragt, wie präsent Beteiligungsinfrastrukturen sind und welche Beteiligungsthemen bevorzugt werden.
Eine Frage zur allgemeinen Freizeitgestaltung kann Rückschlüsse darüber zulassen, wie dicht sich die Beteiligungsangebote an den Interessen junger Menschen bewegen.

Bevor der Fragebogen seine endgültige Fassung erreicht, wird er durch Einbeziehung von erwachsenen Mitwirkenden (z.B. Pädagogen, Sozialarbeiter) und von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendparlament) einige Male verändert.
Die Veränderungen betrafen sowohl die Fragestellungen als auch die Lesbarkeit. Immerhin sollte der Fragebogen für den Förderschüler und den Gymnasiasten zwischen 10 bis 18 Jahren gleichermaßen verständlich sein.

Die Verteilung der Fragebögen wird über die Schulen vollzogen, wobei den Pädagogen angeraten wird, das Thema des Fragebogens nach dem Ausfüllen im Unterricht kurz zu reflektieren. Die Fragebögen werden Anfang Juni allen Schulen gleichzeitig zur Verfügung gestellt. Der Rücklauf erfolgt etwa 2 Wochen später.

Verteilung der befragten Schüler auf die unterschiedlichen Schultypen

Im Folgenden wird die Verteilung der befragten Schüler auf die unterschiedlichen Schultypen in Neustadt in Holstein aufgezeigt und vor dem bundesweiten Hintergrund verglichen. Hier sollen nur die vier Schultypen aufgeführt werden, die in die Befragung in Neustadt in Holstein mit einbezogen wurden. Zum Vergleich werden Daten der Schüler/innen bundesweit bezogen auf diese vier Schultypen von 2004 gegenübergestellt. (vgl. Statistisches Bundesamt Deutschland 2005, Quelle Internet, S. 1)

Tab. 1 Befragte Schüler im Studienvergleich

	Neustadt in Holstein (Befragte Schüler)	Bundesweit[22] Vergleichswert Bertelsmann-Studie	Differenz
Hauptschule	22,54 %	22,8 %	0,26 %
Realschule	28,82 %	24,5 %	4,32 %
Gymnasium	26,92 %	29,6 %	2,68 %
Sonder- bzw. Förderschule	2,89 %	k. a.	k. a.

Im Vergleich zur Studie der Bertelsmann Stiftung, welche die Verteilung der Schüler (Alter 12-18 Jahre) auf die jeweiligen Schulformen in 42 Vergleichskommunen bundesweit darstellt, zeigen sich kaum nennenswerte Unterschiede. Die Ergebnisse der Fragebögen bilden sich demnach auf einem bundesweit weitestgehend vergleichbaren Schüler- / Schulformverhältnis ab.

Verhältnis der deutschen und ausländischen Schüler/innen nach Schularten

Nachfolgend soll der Anteil an ausländischen Schüler/innen nach Schularten sowohl in Neustadt in Holstein als auch bundesweit gegenübergestellt werden. Auch hier sind nur die Schulen aufgeführt, bei denen die Befragung durchgeführt wurde. Zu berücksichtigen ist, dass der Anteil der Ausländer und jungen Migranten nur durch den Fragebogen erhoben wurde. Diesen Wert bundesweit zu erheben ist schwer möglich, da es sich in den meisten Fällen um deutsche Mitbürger handelt.

Tab. 2 Schülerverhältnis nach Herkunft

	Ausländische Herkunft in Neustadt in Holstein	Davon Herkunft Osteuropa (Migranten)	Ausländeranteil bundesweit[23] (ebenda)	Abweichung
Hauptschule	2,8 %	2,2 %	18,7 %	15,9 %
Realschule	1,5 %	1,2 %	7,2 %	5,7 %
Gymnasium	1,3 %	0,5 %	4,1 %	2,8 %
Sonder- bzw. Förderschule	> 0,1 %	> 0,1 %	15,9 %	15,8 %

(vgl. Statistisches Bundesamt Deutschland 2005, Quelle Internet, S. 1)[24]

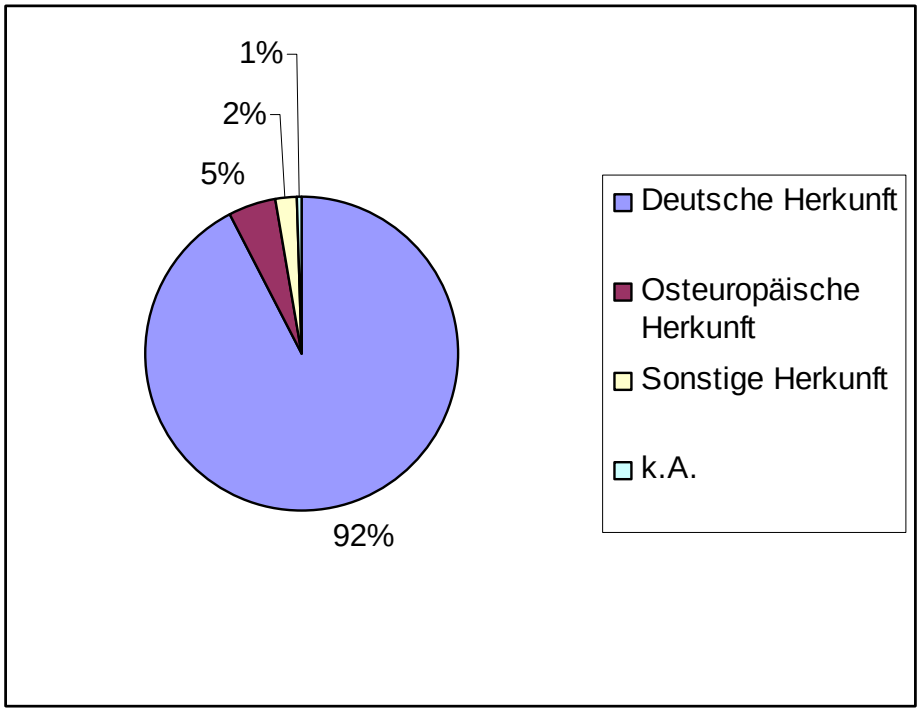
[22] Hier sind alle anderen Schularten nicht berücksichtigt, wie zum Beispiel Gesamtschulen. S. Anlage 1 http://www.destatis.de/basis/d/biwiku/schultab5.php

[23] http://www.destatis.de/basis/d/biwiku/schultab9.php

[24] Bundesdurchschnitt bezogen auf die gesamte Bevölkerung, http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrtab2.asp

Es ist eine große Abweichung gegenüber dem Bundesdurchschnitt festzustellen. Dies ist jedoch nicht damit zu begründen, dass in den Fragebögen nicht wahrheitsgemäß geantwortet wurde[25], denn der Ausländeranteil liegt bei der untersuchten Zielgruppe mit rund 2,1 % auch weit unter dem Bundesdurchschnitt von 8,8 % bzw. 5,3 % in Schleswig-Holstein (vgl. Internetquelle)[26].

Tab 2.1 Herkunftszusammensetzung der Befragten



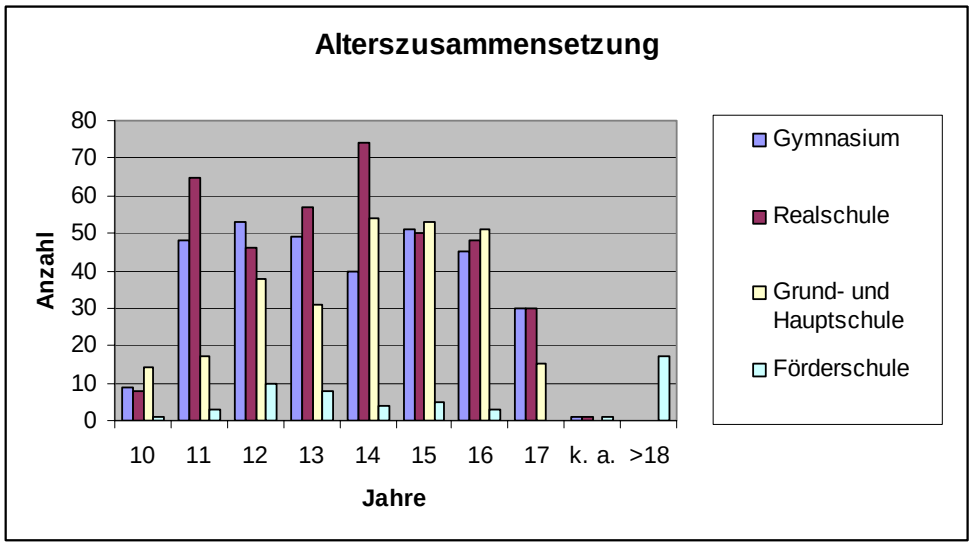
Menschen ausländischer Herkunft sind in Neustadt in Holstein deutlich unterrepräsentiert. Bezogen auf junge Menschen ausländischer Herkunft (Abstammung) überwiegt bei weitem der Anteil osteuropäischer Kulturen.

Alters- und Geschlechterverteilung

Bei der Geschlechterverteilung der Zielgruppe in Neustadt in Holstein sind nur geringfügig mehr Mädchen 52,77 %[27] als im Bundesdurchschnitt (51,1 %) festzustellen.

[25] vgl. Anlage II+II, Frage A 3
[26] http://www.destatis.de/basis/d/biwiku/schultab9.php
[27] Alterspyramide Stadt Neustadt in Holstein

Tab. 3 Alterszusammensetzung der Befragten



(Datenquelle Fragebogenauswertung[28])

Entsprechend der Schülerverteilung auf die jeweiligen Schulformen ist die Altersverteilung der Befragten insgesamt im Bereich der 11 bis 16-jährigen recht ausgewogen. Der Altersgrenzbereich der Zielgruppe 10 und 17 Jahre ist unterrepräsentiert. Daher werden sich im weiteren Verlauf der Untersuchung Aussagen, bezüglich Kindern und Jugendlichen, hauptsächlich auf die Altersspannen 10-13 Jahre sowie 14-17 Jahre beziehen.

Zusammenfassung

Von 1211 (100%) gemeldeten Kindern und Jugendlichen der Zielgruppe sind 1034 (85%) in Form von auswertbaren Fragebögen[29] erreicht worden (vgl. Tab. 3).

Insgesamt stellt sich im Bezug auf Geschlechterverteilung, Altersverteilung und Schüler-/Schulformverteilung ein repräsentatives Bild der Zielgruppe dar. Zu berücksichtigen ist im weiteren Verlauf der Untersuchung, dass der Ausländeranteil verhältnismäßig niedrig ist.

[28] Anlage II / A2, Anlage III/ A2

[29] Junge Menschen, die nicht der Altersspanne entsprachen oder offensichtlich nicht ernsthaft die Fragebögen ausfüllten, wurden aussortiert, um des Ergebnis nicht zu verfälschen. Dies waren 21 Stück.

10 Auswertung der Befragung junger Menschen

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht das tatsächliche Partizipationsverhalten von Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Was damit gemeint ist, wurde bereits in der Einleitung dargelegt. Im Fragebogen für die Kinder und Jugendlichen wurde der Begriff vorwiegend mit „Mitbestimmung" übersetzt. Des Weiteren wurde der Begriff durch Beispiele verdeutlicht, damit stets die aktive Teilnahme an Planungen, Entscheidungen und deren Verwirklichungen, die den Lebensraum der Befragten betreffen, gemeint sei. Diese Formulierung lehnt sich an die in der nationalen und internationalen Partizipationsforschung gängige Begriffsbeschreibung an. Ähnliche Erläuterungen wurden in dem Anschreiben zu den Fragebögen für die Schulleitungen und Lehrer gegeben.[30]
Die Datenauswertung erfolgt mit Hilfe des Statistikprogramms *SPSS v.14.0*

10.1 Mitbestimmung in der Familie und in der Schule

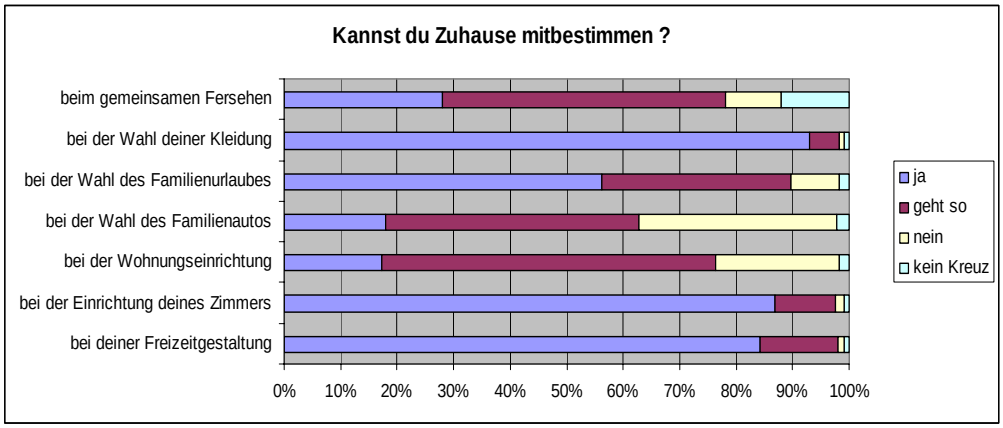
Bekannt ist, dass das Verhalten von Kindern und Jugendlichen (nicht nur im Bereich der Partizipation) einerseits bereichsspezifisch ist, d.h. in den verschiedenen Lebensbereichen (Familie, Schule und Kommune) in unterschiedlich starkem Maße ausgeprägt sein kann.
Andererseits lässt sich vermuten, dass Erfahrungen in dem einen Lebensbereich aufgrund von Lerneffekten auch das Verhalten in anderen Lebensbereichen mitbestimmen können. Deshalb wurden die Kinder und Jugendlichen auch nach den Partizipationsmöglichkeiten und Partizipationserfahrungen in der Familie einerseits und in der Schule andererseits gefragt.
Im Folgenden werden die Ergebnisse aus der Befragung der Kinder und Jugendlichen dargestellt und diskutiert, getrennt nach ihren Lebensbereichen Familie, Schule und Kommune.

[30] vgl. Anlage I -Text Schulanschreiben

10.1.1 Mitbestimmung in der Familie

Es ist davon auszugehen, dass in der Familie als erster Sozialisationsinstanz das spätere Partizipationsverhalten von Kindern und Jugendlichen auch außerhalb des häuslichen Bereiches grundlegend geprägt wird. Deshalb wurden die Kinder und Jugendlichen in der Untersuchung auch danach gefragt, bei welchen Themen im Einzelnen sie zu Hause mitbestimmen.

Tab. 4 Befragungsergebnis – Familie / Antwortenübersicht



(Datenquelle Fragebogenauswertung[31])

Anhand der Grafik ist zu erkennen, dass junge Menschen sich bei dem überwiegenden Teil der Familienthemen beteiligt fühlen.

Beteiligungsintensität
Die befragten Themen sind von unterschiedlicher Beteiligungsintensität. Einige Themen werden häufig als selbstverständliche Beteiligungsthemen angesehen, andere wiederum nicht. Grundsätzlich ist in vergleichbaren Untersuchungen folgende Tendenz festzustellen:
Je eher die eigene Lebenswelt von Entscheidungen betroffen ist, desto weniger ist die Bereitschaft zur Partizipation vorhanden. Der Antwortenblock B1 soll im Folgenden daraufhin geprüft werden.

Die Fragen nach
Mitbestimmung bei der Freizeitgestaltung,
Mitbestimmung bei der Einrichtung des eigenen Zimmers,
und Mitbestimmung bei der Wahl der Kleidung

im familiären Kontext wird als **leichte Partizipation** eingestuft. Diese Aspekte sind weniger von einem demokratischen auf Grundrechten basieren-

[31] vgl. Anlage II / B1, Anlage III / B10-B16, Anlage IV / Tab.4

den Verständnis der Eltern gegenüber den Kindern geprägt, sondern hier ist die Einbeziehung auch eine Frage der Praktikabilität.
Eine Einschränkung der Mitbestimmung an diesen Themen ist eher aufwändig (provoziert Differenzen) und könnte ein Zeichen dafür sein, dass besondere autoritäre Erziehungsmethoden greifen wie z.B. kulturelle Einflüsse.

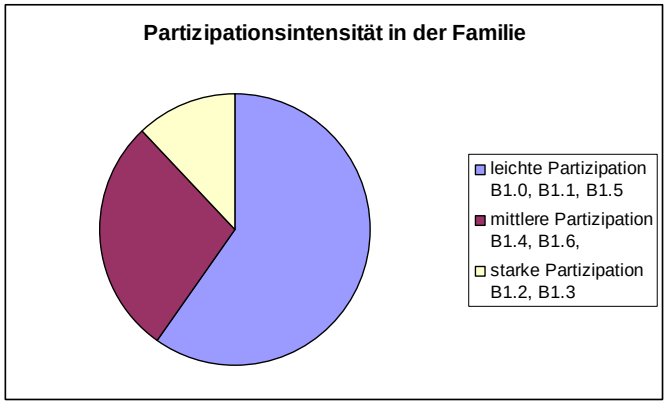
Die Fragen nach
Mitbestimmung beim gemeinschaftlichen Fernsehprogramm und
Mitbestimmung bei dem gemeinschaftlichen Familienurlaub

Werden als **mittlere Partizipation** eingestuft. Diese Entscheidungen verlangen in der Regel mehr Kompromissbereitschaft von den Eltern bei der Einbeziehung der Kinderwünsche.

Die Fragen nach
Mitbestimmung bei der Gestaltung der gesamten Wohnungseinrichtung und
Mitbestimmung bei der Wahl des Familienautos

können auch ein ausgeprägtes Grundverständnis von Partizipation gegenüber Kindern und Jugendlichen auf die Probe stellen. Immerhin geht es hier um Belange, welche die Eltern insbesondere auch geschlechtspezifisch unterschiedlich ansprechen können. Für viele Mütter ist der Einrichtungsstil der Wohnung und für viele Väter das Fahrzeug Ausdruck der eigenen Persönlichkeit. Ernsthafte Beteiligungsprozesse werden daher als **starke Partizipation** gewertet.
In der folgenden Grafik wird das Verhältnis von eindeutigen Mitbestimmungsbekundungen (Ja-Stimmen) zu der o. g. Partizipationsintensität dargestellt.

Tab. 5 Ergebnis B1 – Familie / Intensität



(Datenquelle Fragebogenauswertung[32])

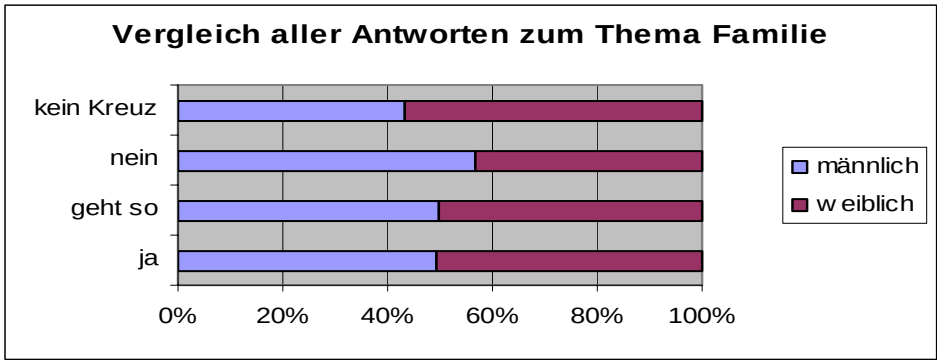
[32] vgl. Anlage II / B1, Anlage III / B10-B16, Anlage IV / zu Tab. 5

Das Ergebnis kann folgendermaßen interpretiert werden: Je stärker die persönliche Betroffenheit der Entscheidungen ist, desto weniger ist eine Bereitschaft zur Partizipation vorhanden.

Die Unterteilung in Partizipationsintensität ist jedoch so subjektiv, dass die o. g. Tendenz allenfalls weiterhin gemutmaßt werden kann.
Außerdem muss erwähnt werden, dass trotz einer klaren Definition der Antworten im Fragebogen[33] Kinder und Jugendliche einen Abstimmungsprozess eher als Mitbestimmung ansahen, wenn das Ergebnis dem eigenen Willen entsprach. Dies wurde vereinzelt in Testbefragungen deutlich. Dieser Umstand ist jedoch zu vernachlässigen, da der überwiegende Teil der an den Testbefragungen teilnehmenden Personen sich lt. Nachfragen an die Definitionen hielt.

Unterschiede durch Geschlecht und Alter und ethnischer Abstammung
Im weiteren Verlauf der Untersuchung, des Partizipationsverhaltens innerhalb der Familie, ist zu prüfen, inwieweit sich Unterschiede bezüglich des Geschlechtes und des Alters der Befragten ergeben. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Altersgrenzbereiche 10 und 17 Jahre unterrepräsentiert sind. Die folgenden Grafiken zeigen eine geschlechtsspezifische, altersspezifische sowie ethnische Betrachtung auf. Es werden hier Durchschnittswerte aller Antworten zum Thema Familie zu Grunde gelegt:

Tab. 6 Ergebnis B1 – Familie / Geschlechterverhältnis

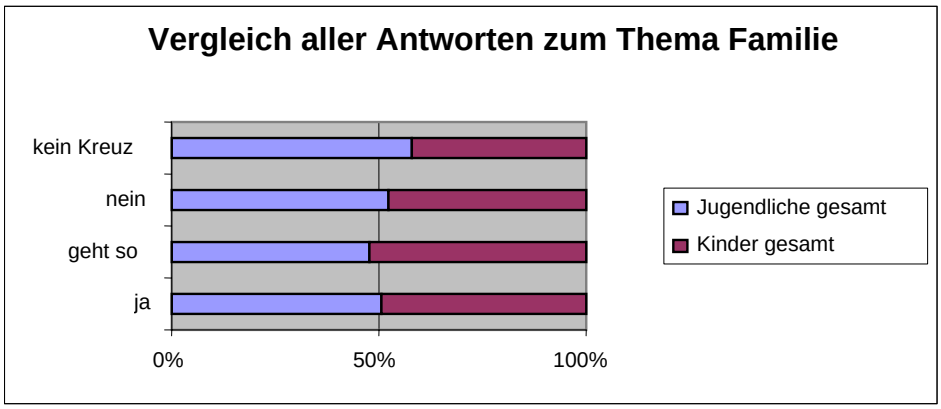


(Datenquelle Fragebogenauswertung[34])

Betrachtet man das Ergebnis, so ist kaum ein Unterschied zwischen den Geschlechtern bezüglich des Beteiligungsempfindens junger Menschen in ihrer Familie festzustellen. Es kann vermutet werden, dass Jungen eher bereit sind, eine nicht vorhandene Beteiligung auch als eine solche zu benennen oder Beteiligung insgesamt kritischer zu betrachten. Parallel dazu könnten Mädchen vielleicht aus einem stärkeren Harmoniebedürfnis heraus eher geneigt sein, kein Kreuz zu machen.
Einen konkreten Anlass für diese Vermutung entsteht erst dadurch, dass sich für den Fragenblock ein ähnliches Bild ergibt. (siehe Tab.15)

[33] Hinweise zur Beantwortung der Fragen im Fragebogen s. Anlage II
[34] vgl. Anlage II / B1, Anlage III / B10-B16, Anlage IV / zu Tab. 6

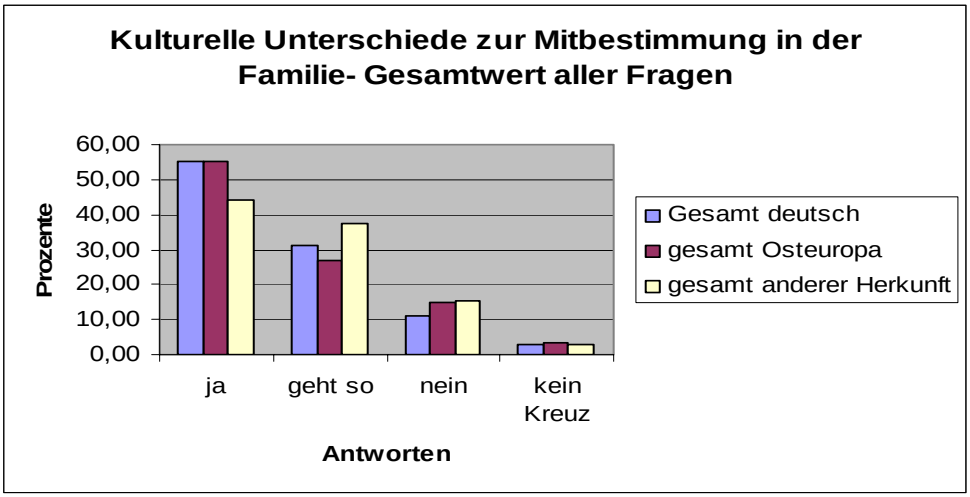
Tab. 7 Ergebnis B1 – Familie / Altersvergleich



(Datenquelle Fragebogenauswertung[35])

Nennenswerte altersspezifische Unterschiede in der Betrachtung der Mitbestimmungsmöglichkeiten innerhalb der Familie, sind an Hand der Grafik nicht zu erkennen.

Tab. 8 Ergebnis B1 – Familie / kultureller Vergleich



(Datenquelle Fragebogenauswertung[36])

Eine in der Fachwelt häufig geäußerte Vermutung, dass junge Migranten bzw. Ausländer aufgrund von kulturellen Konflikten in der Familie weniger mitbestimmen können als deutschstämmige Kinder und Jugendliche scheint sich an dieser Stelle kaum zu bestätigen. Auch eine Betrachtung der einzelnen Fragen bzw. der entsprechenden Antworten zueinander weisen wenig Unterschiede zwischen der kulturellen Herkunft auf.

[35] vgl. Anlage II / B1, Anlage III / B10-B16, Anlage IV / zu Tab. 7
[36] vgl. Anlage II / B1, Anlage III / B10-B16, Anlage IV / zu Tab. 8

Es sind eher Unterschiede in der Beantwortung zwischen jungen Menschen deutscher und ausländischer Herkunft festzustellen, als gravierende Unterschiede zwischen deutscher und osteuropäischer Herkunft.

Aufgrund der Tatsache, dass der Anteil junger Menschen ausländischer und nicht osteuropäischer Herkunft bei der Befragung sehr gering (siehe Tab.2) ist, ist eine vertiefende Untersuchung, bzw. eine Aussage, an dieser Stelle nicht repräsentativ.

Auch hier muss berücksichtigt werden, dass die Definition von Mitbestimmung bei den Antworten junger Menschen anderer kultureller Prägung, trotz klarer Definition im Fragebogen, abweichend sein kann. Diese Befürchtung hat sich allerdings bei Testbefragungen nicht bestätigt. Sie ist dennoch nicht auszuschließen.

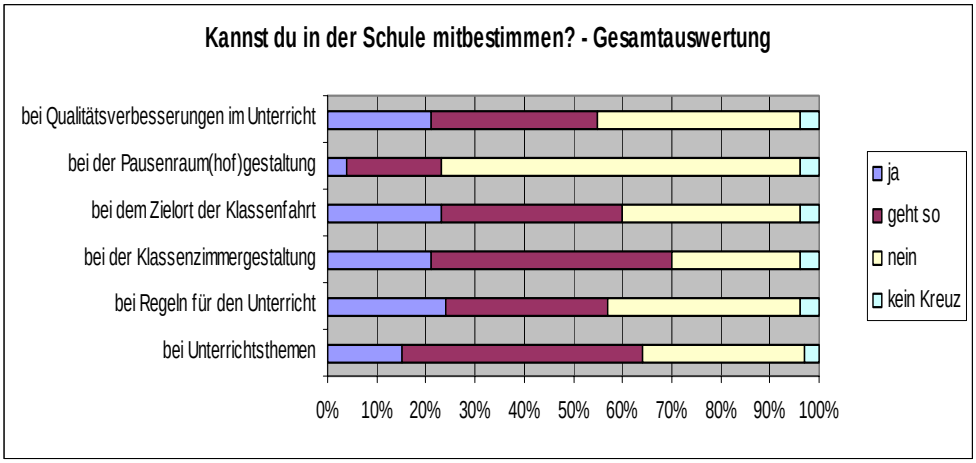
Zusammenfassung
Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in der Familie im Rahmen der Fragestellungen überwiegend (85,84 %[37]) bestätigt wird. Lediglich bei besonders „nahe gehenden“ Entscheidungsbereichen, wie zum Beispiel Mitbestimmung im Rahmen der Wohnungseinrichtung oder der Auswahl des Familien-Fahrzeuges, findet die Mitbestimmung weniger (18%) statt.
Geschlechtsspezifische Unterschiede bei den Antworten deuten sich insofern an, als dass sich Mädchen eher einer Aussage enthalten (kein Kreuz) und Jungen scheinbar eher eine Mitbestimmung verneinen.
Nennenswerte altersspezifische Unterschiede in den Antworten sind nicht festzustellen.
Mit der Einschränkung, dass junge Menschen nicht deutscher sowie nicht osteuropäischer Herkunft bei der Befragung nicht repräsentativ vertreten sind, ist ebenfalls keine nennenswerte Benachteiligung im Beteiligungsempfinden junger Menschen anderer kultureller Herkunft festzustellen.

10.1.2 Mitbestimmung in der Schule

Die Schule bzw. Schulklasse ist der unmittelbare Bereich, in dem die Schüler Partizipationserfahrungen sammeln können – oder auch nicht. Die Schüler wurden anhand von sechs vorgegebenen Entscheidungsfeldern befragt, ob sie das Gefühl haben hier mitbestimmen zu können.

[37] Ja = 54,80 %; Geht so = 31,04 %

Tab. 9 Ergebnis B2 – Schule / Antwortenübersicht



(Datenquelle Fragebogenauswertung[38])

Es sind deutliche Unterschiede bei dem Beteiligungsgefühl junger Menschen in der Familie und in der Schule zu erkennen. Sicherlich sind nicht alle Fragen miteinander vergleichbar, dennoch ist es auffällig, dass im Durchschnitt etwa die Hälfte aller Befragten eine Mitwirkungsmöglichkeit in der Schule verneinen. Im Bezug auf Mitbestimmung in der Familie sind es im Vergleich 11%.

Dass die Ernsthaftigkeit von Mitbestimmung häufig im Zusammenhang mit persönlicher Betroffenheit steht, wurde anhand der Fragen zur Partizipation in der Familie deutlich. Aufgrund der Tatsache, dass die persönliche Betroffenheit in der Schule sehr unterschiedlich ist, soll auf den Versuch einer Darstellung von Partizipationsintensität in der Schule an dieser Stelle verzichtet werden.

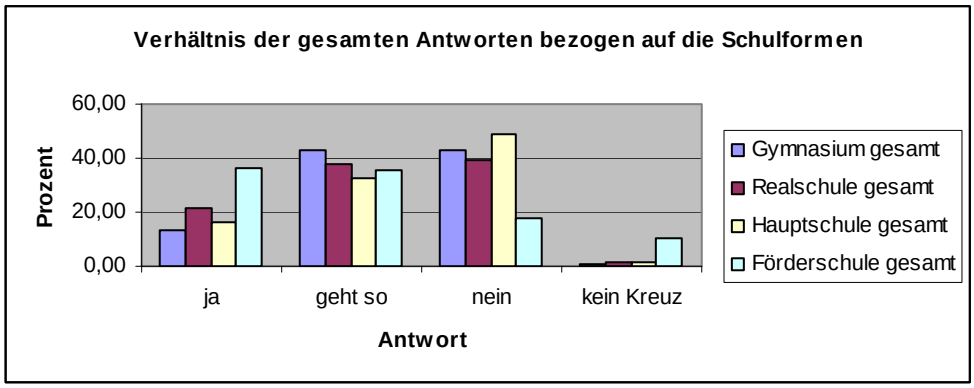
Unterschiedliche Schulform = Unterschiedliche Mitbestimmung?

Es gibt viele Gründe warum in unterschiedlichen Schulformen auch ein unterschiedliches bzw. unterschiedlich empfundenes Mitbestimmungsverhalten vorhanden sein kann. Abgesehen davon, dass jede Schule sich von anderen in Kultur, Struktur und vielen Bereichen mehr unterscheidet, so misst man doch dem Gymnasium bzw. den Gymnasiasten allgemein die höchste Beteiligung zu. Grund dafür ist die Annahme, dass auf dem Gymnasium mehr Kompetenzen und somit auch Partizipationskompetenzen vermittelt werden. Dies sollte auch logischerweise mit mehr Beteiligungsrechten dieser Schüler einhergehen. Strukturen, wie Kurs- und Wahlfachsysteme, weisen darauf hin. Außerdem wird in der Fachliteratur häufig ein Zusammenhang zwischen dem soziokulturellen und sozioökonomischen Familienverhältnissen sowie einer entsprechenden Schulform /Schulbildung hingewiesen.

[38] vgl. Anlage II / B2, Anlage III / B20-B25, Anlage IV / zu Tab. 9

Auf die einfache Formel gebracht - je höher das Einkommen und der soziale Status in einer Familie, desto höher ist die Schulform, welche die Kinder besuchen. Dies gilt umgekehrt für Schulformen wie Förderschule und Hauptschule. Die nachfolgende Grafik soll zeigen, inwieweit sich diese Aussage für Neustadt in Holstein bestätigt.

Tab. 10 Ergebnis B2 – Schule / Schulformverhältnis



(Datenquelle Fragebogenauswertung[39])

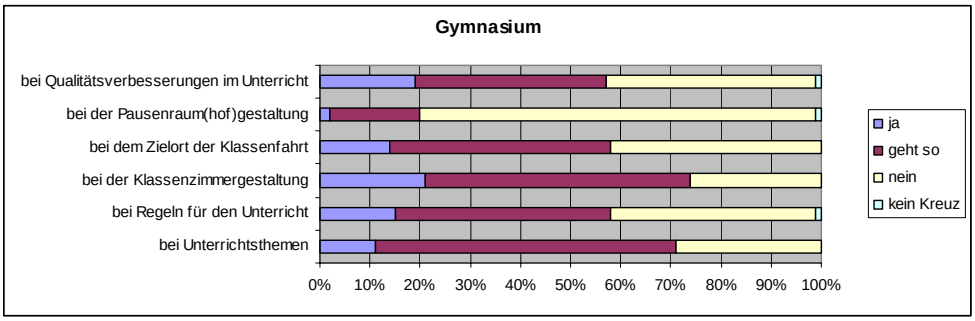
Entgegen der oben genannten Vermutung, dass steigende Beteiligung in der Schule mit steigender Schulbildung einhergehen, zeigt diese Grafik ein ganz anderes Bild auf. Gymnasiasten beurteilen ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten am wenigsten mit einem klaren „Ja“ (14%). Förderschüler haben mit großem Vorsprung am ehesten das Gefühl in Schulbelangen beteiligt zu werden (37%). Hauptschüler schätzten ihren Mitbestimmungsanteil am geringsten ein (16%) und die Realschule scheint sich hierbei im Mittelfeld zu bewegen (22%).

Wie ist dieser Unterschied zwischen Theorie und Praxis zu erklären? Sind Gymnasiasten kritischer im Hinblick auf ihre eigenen Beteiligungsmöglichkeiten als beispielsweise Förderschüler? Haben Förderschüler möglicherweise die relativ klare Definition der Antwortoptionen nicht verstanden? Ist der Anteil der Förderschüler, die hier gar kein Kreuz gemacht haben, deswegen am höchsten?

Um sich diesen Fragen zu nähern, sind nachfolgend die Antworten nach verhältnismäßigem Anteil der jeweiligen Schulform aufgeführt:

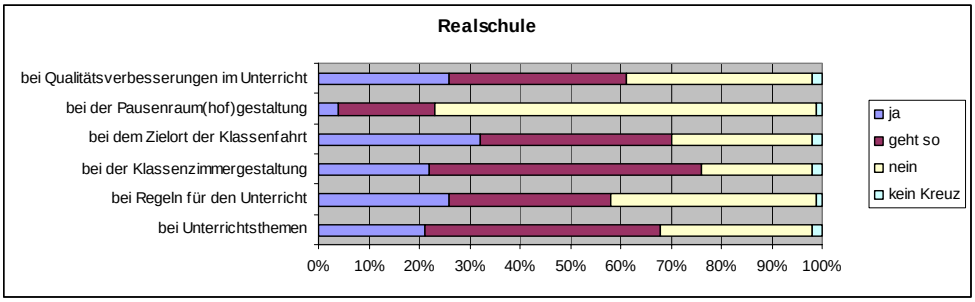
[39] vgl. Anlage II / B2, Anlage III / B20-B25, Anlage IV / zu Tab. 10

Tab. 11 Ergebnis B2 – Schule / Gymnasium



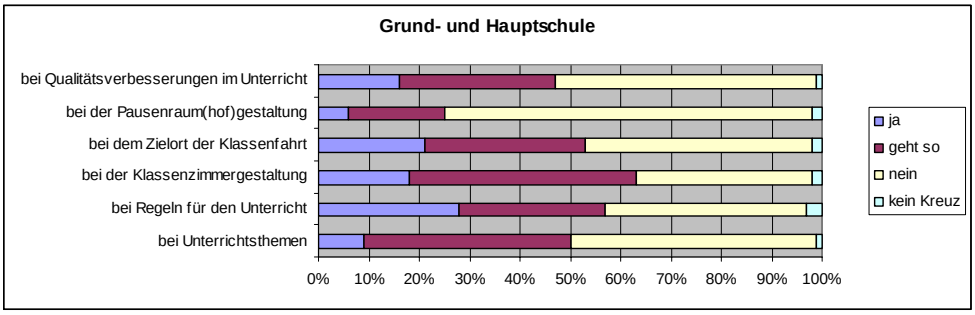
(Datenquelle Fragebogenauswertung[40])

Tab. 12 Ergebnis B2 – Schule / Realschule



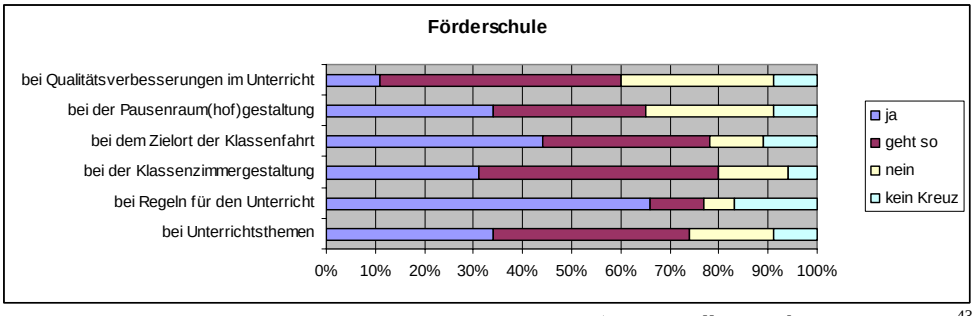
(Datenquelle Fragebogenauswertung[41])

Tab. 13 Ergebnis B2 – Schule / Grund- und Hauptschule



(Datenquelle Fragebogenauswertung[42])

Tab. 14 Ergebnis B2 – Schule / Förderschule



(Datenquelle Fragebogenauswertung[43])

[40] vgl. Anlage II / B2, Anlage III / B20-B25, Anlage IV / zu Tab. 11
[41] vgl. Anlage II / B2, Anlage III / B20-B25, Anlage IV / zu Tab. 12
[42] vgl. Anlage II / B2, Anlage III / B20-B25, Anlage IV / zu Tab. 13
[43] vgl. Anlage II / B2, Anlage III / B20-B25, Anlage IV / zu Tab. 14

Systematische Betrachtung der Antworten

Die erste Frage nach der Möglichkeit der Schüler, Einfluss auf die Qualitätsverbesserung im Unterricht zu nehmen, wird in der Realschule und dem Gymnasium am höchsten bewertet. Dagegen ist eine abnehmende Tendenz hin zur Hauptschule bzw. Förderschule zu vernehmen. Dies deckt sich mit der Annahme, dass akzeptable Verbesserungsvorschläge für den Unterricht auch gewisse Kompetenzen bei Schülern erfordern, welche eher in höheren Schulformen vertreten sind.

Die nächsten Fragen erfordern eher kreative Kompetenzen, wenn es um die Fragen der Pausenraum-/ Pausenhofgestaltung, Klassenfahrtziel und die Klassenraumgestaltung geht. Hier überrundet die Förderschule alle anderen Schulformen um Längen. Bei genauerer Betrachtung ist kaum anzunehmen, dass eine unterschiedliche Definition von Mitbestimmung oder Verständnisschwierigkeiten Ursache für dieses Ergebniss sind. Viel wahrscheinlicher ist es, dass kleinere Klassenverbände weniger einschränkende Lehrstoffvorgaben und vor allem die Ich-Stärkung und das Ernstnehmen der SchülerInnen als Subjekte Beteiligungsprozesse in der Förderschule unterstützen.

Erstaunlich ist das Ergebnis bei der Mitbestimmung von Schülern an den Regeln im Unterricht. Man könnte mutmaßen, dass mit der Abnahme intellektueller Kompetenzen die sozialen Kompetenzen steigen, denn je *niedriger* die Schulbildung, desto eher fühlen sich Schüler offensichtlich beteiligt, beim Erstellen von Regeln für den Unterricht mitzuwirken.

Die Mitbestimmung bei der Wahl von Unterrichtsthemen müsste strukturell gesehen, sowie im Hinblick auf die Kompetenzen der Schüler, eher in den höheren Schulformen präsent sein. Auch dies ist hier nicht der Fall.

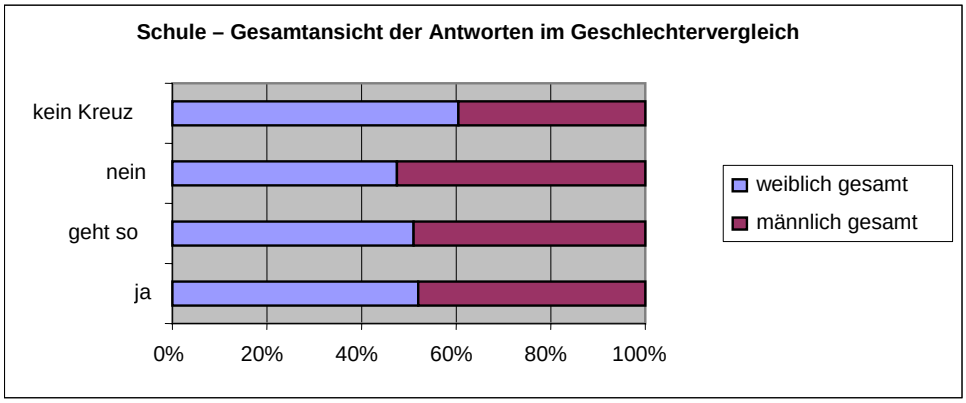
Zusammenfassung

Es erscheint anhand der Ergebnisse zweifelhaft, dass die Intelligenz von Schülern im Zusammenhang mit der entsprechenden Schulform eine ausschlaggebende Bedeutung dafür hat, inwieweit Schüler das Gefühl bekommen, in der Schule mitbestimmen zu können, bzw. inwieweit ihnen Mitbestimmungsfreiräume bereitgestellt werden. Selbst eine Schulform, wie das Gymnasium, unterscheidet sich bei dieser Untersuchung kaum von der Grund- und Hauptschule, obwohl das Gymnasium sowohl strukturell als auch inhaltlich dafür ausgelegt ist, ein demokratisches Grundverständnis an potentielle Führungskräfte in der Gesellschaft zu vermitteln.
Vielmehr scheinen Qualitäten ausschlaggebend zu sein, wie zum Beispiel sich Zeit zu nehmen, den Schüler als Person (Subjekt) ernst zu nehmen und Beteiligungsrechte von jungen Menschen zu respektieren etc.. Diese und ähnliche Faktoren unterscheiden die Arbeit der Förderschule von den anderen Schulformen.

Unterschiede durch Geschlecht und Alter und ethnischer Abstammung

Im Folgenden soll dargestellt werden inwieweit die Unterschiede durch Geschlecht und Alter, sowie ethnischer Abstammung die Mitbestimmung bzw. die subjektive Wahrnehmung von Schülern beeinflussen.

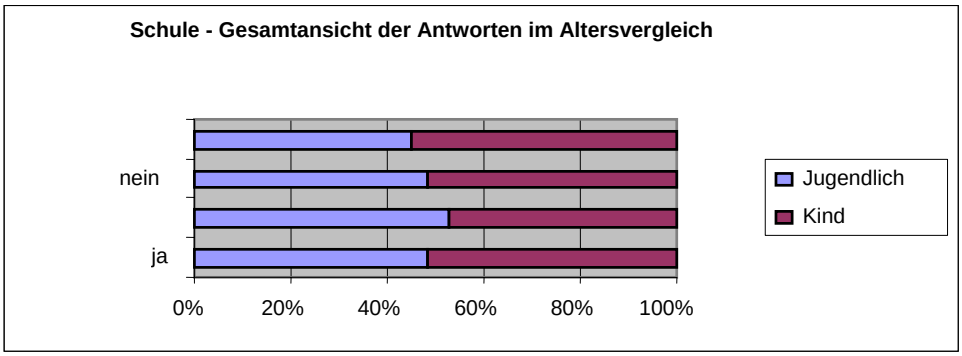
Tab. 15 Ergebnis B2 – Schule / Geschlechterverhältnis



(Datenquelle Fragebogenauswertung[44])

Anhand der Grafik ist zunächst kaum ein Unterschied zum Themenbereich Familie und Mitbestimmung festzustellen. Doch genau dieser Umstand erhärtet die Vermutung, dass Mädchen sich eher der Stimme entziehen und kein Kreuz machen und Jungen eher bereit sind ihre Positionen zu äußern bzw. sich mit dieser kritisch auseinander zu setzen. Genau diese Positionen (Antwortmöglichkeit „nein“, bzw. „kein Kreuz“) sind in der Verhältnismäßigkeit fast identisch mit dem Antwortenblock zum Thema Familie und Mitbestimmung. (siehe Tab.6)

Tab. 16 Ergebnis B2 – Schule / Altersvergleich

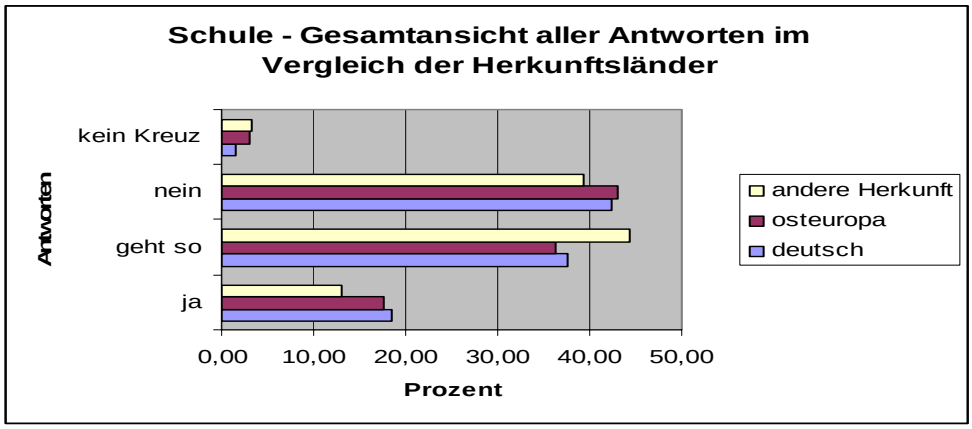


(Datenquelle Fragebogenauswertung[45])

[44] vgl. Anlage II / B2, Anlage III / B20-B25, Anlage IV / zu Tab. 15
[45] vgl. Anlage II / B2, Anlage III / B20-B25, Anlage IV / zu Tab. 16

Im Altersvergleich weisen auch die Antworten aus dem Themenbereich Schule und Mitbestimmung in der Gesamtansicht kaum nennenswerte Unterschiede bzw. Rückschlüsse auf. (siehe Tab.7)

Tab. 17 Ergebnis B2 – Schule / kultureller Vergleich



(Datenquelle Fragebogenauswertung[46])

In Bezug auf die Herkunftsländer der befragten Schüler sind auch in Bezug auf das Thema Schule und Mitbestimmung, ähnlich wie bei der Mitbestimmung in der Familie, keine nennenswerteren Abweichungen zu erkennen.[47]

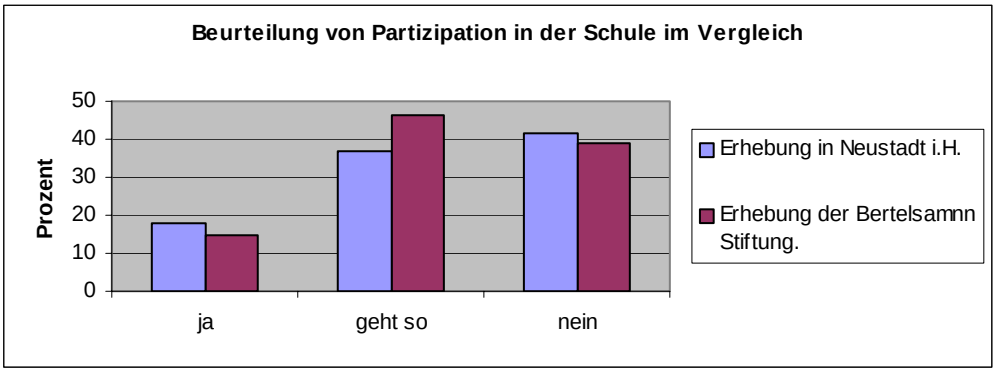
10.1.3 Zusammenfassung Antwortenblock B

Die befragten Kinder und Jugendlichen beschreiben ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Schule deutlich schlechter als in der Familie. Dies ist sicherlich nicht allein auf die unterschiedlichen Fragestellungen zurückzuführen. Es entsteht vielmehr der Anschein, als ob sich die Eltern mehr Mühe geben, ihre Kinder entsprechend der sie betreffenden Belange zu beteiligen, als ausgebildete Schulpädagogen, welche nach dem Schulgesetz den Auftrag dazu haben.
Insgesamt bestätigen die befragten Schüler die Mitbestimmung nur in (18%) der Themenbereiche mit einem Ja. In familiären Zusammenhang waren es zum Vergleich dagegen (55%).
Die einzige Schulform, die sich von diesem Trend positiv abhebt, ist die Förderschule. Selbst das Gymnasium, welches aufgrund seiner Strukturen, aufgrund der Kompetenzen seiner Schüler und nicht zuletzt aufgrund seines gesellschaftlichen Auftrages die demokratischen Grundrechte von Kindern und Jugendlichen fördern müsste, scheint diesen Anspruch aus Sicht der Befragten ungenügend zu erfüllen.

[46] vgl. Anlage II / B2, Anlage III / B20-B25, Anlage IV / zu Tab. 17
[47] Anteil der Ausländer „anderer Herkunft“ sehr gering. Siehe

Von allen Schulformen sind die Gymnasiasten am wenigsten bereit Fragen nach Mitbestimmung in ihrer Schule mit einem „ja“ zu beantworten. Die Realschüler beurteilen ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten etwas besser (22%). Die Grund- und Hauptschüler beurteilen ihre Mitbestimmung mit (16%) dagegen etwas schlechter
Einzig die Förderschule scheint in Sachen Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in Schulbelangen so zu arbeiten, dass sie auch von den Schülern wahrgenommen wird (37%).
Insgesamt macht es keinen nennenswerten Unterschied welche Altersgruppe, welches Geschlecht oder welche kulturelle Herkunft die befragten Schüler entsprechen.
Die Bertelsmann-Untersuchung stellt bei ihrer Befragung fest, das sich 39 % der jungen Menschen wenig, bzw. schwach beteiligt fühlen. 46,4 % geht so und nur 14,5 % stark bzw. viel.
In der Gegenüberstellung mit den Ergebnissen der Neustädter Befragung ergibt sich folgendes Bild:

Tab. 18 Ergebnis B2 – Schule / Studienvergleich



(Datenquelle Fragebogenauswertung[48])

Obwohl die Zahlen aufgrund der zum Teil unterschiedlichen Fragestellungen nur eingeschränkt vergleichbar sind, ist eine Ähnlichkeit der Ergebnisse deutlich zu erkennen. Das heißt, dass Neustädter Schulen mit dem geringen Beteiligungsempfinden ihrer Schüler nicht alleine steht.

[48] Anlage II, Fatke/Schneider 2006

10.2 Wahrnehmung von Mitbestimmungsrechten

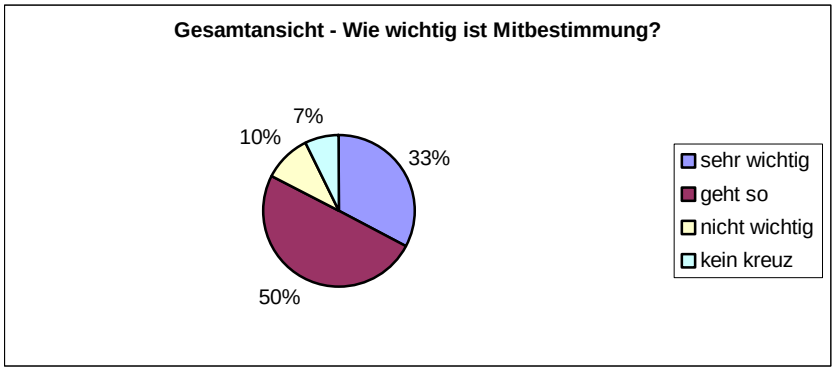
Das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Mitbestimmung ist, wie bereits unter Punkt 6 beschrieben, auf vielen Ebenen verankert, insbesondere auch im kommunalen Zusammenhang (vgl. 6.6). Dennoch stellt sich die Frage, inwieweit das festgelegte Recht von Kinder und Jugendlichen zu partizipieren auch tatsächlich in der subjektiven Lebenswelt von Bedeutung ist und angewandt wird.
Desinteresse am Thema, fehlendes Vertrauen in die Politik führt auch laut der Bertelsmann Studie dazu, dass junge Menschen kein Interesse an der Politik haben, da sie das Gefühl haben nicht ernst genommen zu werden (vgl. Fatke/Schneider 2006, S. 25f.).
Die folgenden Fragen beziehen sich sowohl auf das grundsätzliche Recht auf Mitbestimmung von jungen Menschen und auf die Infrastrukturen, welche die Umsetzung dieses Rechtes realisieren soll.

Frage C1:
Inwieweit ist es für junge Menschen wichtig, Entscheidungen selbst zu fällen, Mitzureden und Mitzubestimmen, bei Dingen, die sie betreffen?

Im Folgenden werden die Ergebnisse mit denen der bundesweiten Bertelsmann-Studie (Befragung in 42 Kommunen) gegenübergestellt, um eventuelle Abweichungen zu verdeutlichen.

So kam die Bertelsmann-Untersuchung zum folgenden Ergebnis: Grundsätzlich wirken Kinder und Jugendliche in der Kommune seltener mit, als im familiären Umfeld und in der Schule.
Auf die Frage, ob die Befragten schon einmal in ihrem Wohnort an Entscheidungen mitgewirkt haben, äußerten ca. 40 % der Kinder und Jugendlichen, dass sie schon einmal zu einem Thema abgestimmt haben. Rund 27 % hätten auch schon einmal an einer Demonstration teilgenommen (vgl. Fatke, Schneider S. 23f.).
Auf die Frage „Wie wichtig ist dir dein Recht auf Mitbestimmung“ antworteten Neustädter Kinder und Jugendliche wie folgt:

Tab. 19 Ergebnis C1 – Mitbestimmung / Gesamtansicht



(Datenquelle Fragebogenauswertung[49])

Anhand der Grafik ist zu entnehmen, dass es grundsätzlich 33 % aller Neustädter Befragten sehr wichtig ist, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen. Die Hälfte (50 %) aller Befragten sagen nur manchmal ihre Meinung und gaben an, dass ihnen ihr Recht auf Mitbestimmung nur gelegentlich etwas Wert ist. 10 % ist es hingegen nicht wichtig ihren Wünschen Ausdruck zu verleihen. 7 % haben bei dieser Frage keine Angabe gemacht.

Grundsätzlich ist diesem Ergebnis deutlich zu entnehmen, dass es nicht vorrangig das Interesse der jungen Menschen darstellt, mitbestimmen zu können, sondern dies das Interesse der Erwachsenen ist.
Immerhin empfindet jedes 3. Kind oder jeder 3. Jugendliche dieses Recht als sehr wichtig.

Exkurs:
Allgemein kann aus Desinteresse nicht resultieren, dass Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen gescheitert oder gar unnötig sei. Die Schule ist beispielsweise auch nicht unnötig oder gar gescheitert, auch wenn vielleicht nicht jeder Schüler daran sein Interesse bekundet. Das Gleiche gilt für andere Bürgerrechte.
Auch wenn diese Argumentation in der fachlichen Diskussion wenig Bedeutung hat, so wird sie doch in kommunalen Zusammenhängen von Entscheidungsträgern teilweise geführt.
Desinteresse an Mitbestimmung wird eher den Blick auf die Umsetzung und Vermittlung dieses Themas lenken.
Sind junge Menschen z.B. tatsächlich in die Entscheidungsprozesse eingebunden oder gibt man ihnen so genannte „Spielwiesen“, um den Anschein zu bewahren? Wenn sich junge Menschen nicht ernst genommen fühlen, quittieren sie dies mit Desinteresse. Möglicherweise sind auch die Methoden nicht kinder- und jugendgerecht, weil einfach die Strukturen der Erwachsenen kopiert werden, ohne auf deren Lebenswelt Rücksicht zu nehmen.

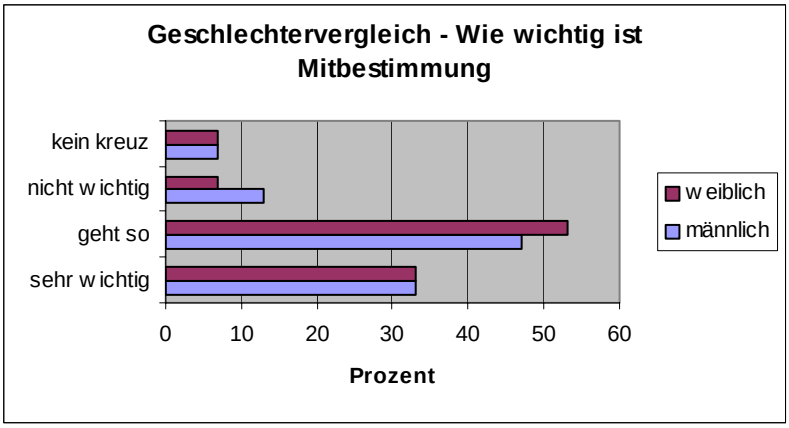
[49] vgl. Anlage II / C1, Anlage III / C1, Anlage IV / zu Tab. 19

Das demokratische Grundverständnis unserer Gesellschaft an die folgenden Generationen weiterzugeben, in dem die Rechte der Kinder und Jugendlichen realisiert werden, in Form von „learning by doing“, ist Auftrag der Erwachsenen.

Die oben aufgeführte Grafik könnte darauf hinweisen, dass diese Beteiligungsrechte jungen Menschen noch zuwenig bewusst gemacht worden sind, bzw. sie in der Lebenswelt junger Menschen noch nicht so richtig ihren Platz gefunden haben.

Der Geschlechtervergleich zeigt zunächst ein einheitliches Bild: Sowohl 33% aller Jungen als auch Mädchen finden es sehr wichtig eigene Entscheidungen, ihrer subjektiven Lebenswelt betreffend, mitzubestimmen.
Des Weiteren gaben 53% aller jungen Mädchen an, dass sie gelegentlich ihre Meinung äußern. Bei den Jungs macht dies nur einen Prozentsatz von 47% aus. Mädchen scheinen diesem Thema also geringfügig mehr zugeneigt zu sein. Dagegen besteht ebenfalls die Möglichkeit, dass sie eher dazu neigen eine Kompromissantwort anzukreuzen, als ein klares nein anzukreuzen. Dieser Eindruck machte sich bereits in den Antwortblöcken B1 und B2 deutlich (vgl. 10.1.1 / 10.1.2).

Tab. 20 Ergebnis C1 – Mitbestimmung / Geschlechterverhältnis

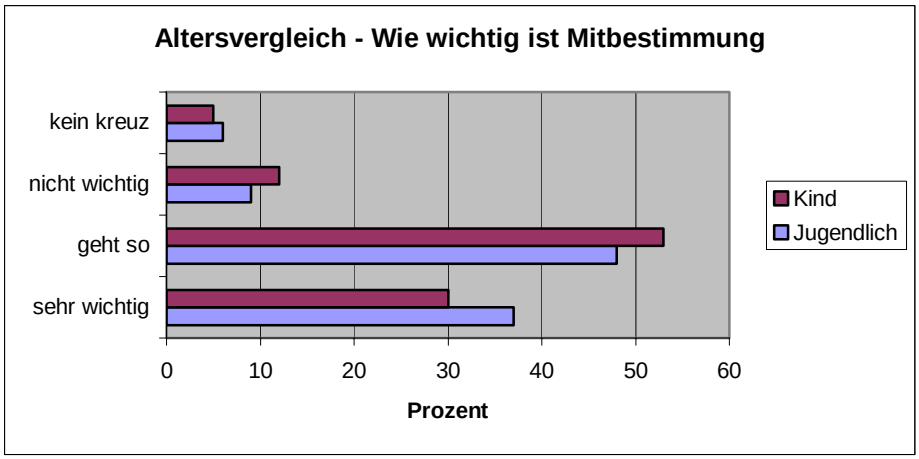


(Datenquelle Fragebogenauswertung[50])

Bezüglich des Alters ist zu erwähnen, dass die Tendenz zu erkennen ist, dass mit steigendem Alter der Wunsch mitzureden größer wird. Dies entspricht den natürlichen entwicklungspsychologischen Prozessen.

[50] vgl. Anlage II / C1, Anlage III / C1, Anlage IV / zu Tab. 20

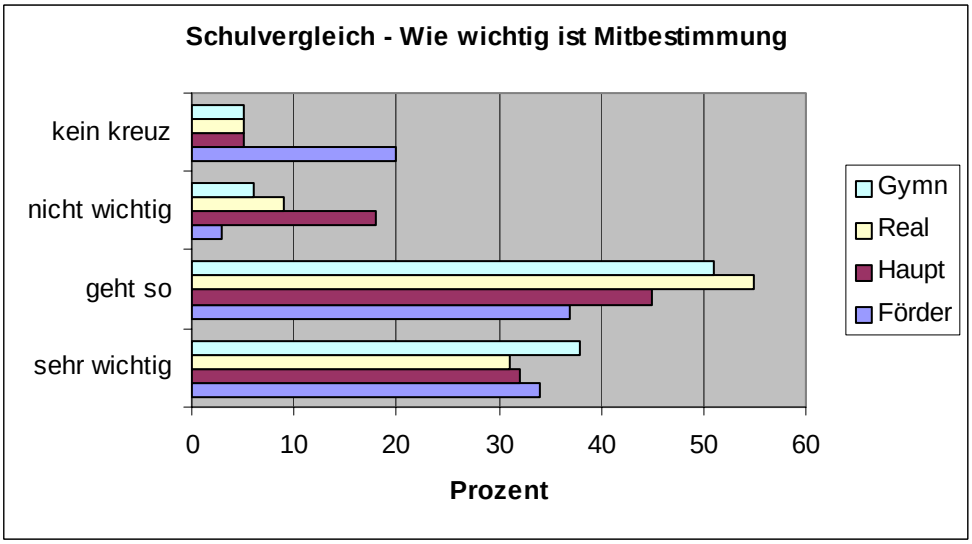
Tab. 21 Ergebnis C1 – Mitbestimmung / Altersvergleich



(Datenquelle Fragebogenauswertung[51])

Bezogen auf das Schulleistungsniveau wäre zu vermuten, dass mit steigendem Bildungsstand auch das Interesse zunimmt, bewusst zu partizipieren.
Sind für 34% aller Förderschüler allgemeine Mitbestimmungsaspekte von großer Wichtigkeit, so sind es jedoch nur 32% der Hauptschüler und 31% der Realschüler. Lediglich bei den Gymnasiasten ist eine Steigerung auf 38% zu verzeichnen. Gemessen daran, dass sich die Gymnasiasten gegenüber anderen Schulformen vergleichsweise wenig beteiligt fühlen (s. Punkt 10.1.2) kann gefolgert werden, dass Gymnasiasten sehr kritisch mit Partizipationsangeboten umgehen.

Tab. 22 Ergebnis C1 – Mitbestimmung / Schulformverhältnis



(Datenquelle Fragebogenauswertung[52])

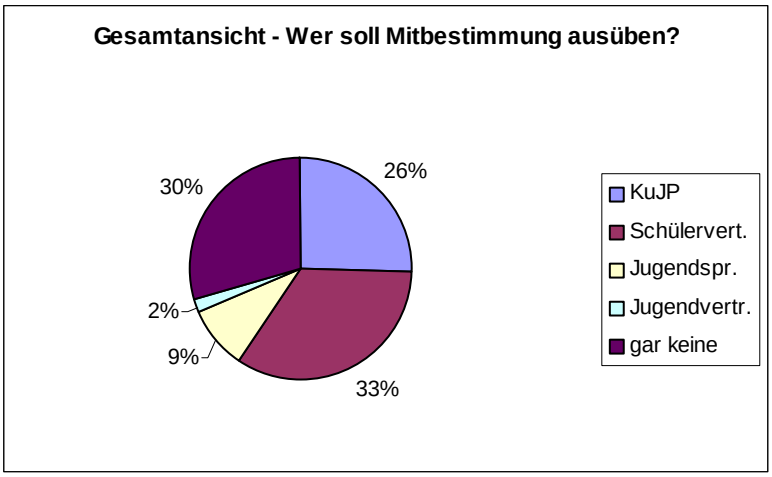
[51] vgl. Anlage II / C1, Anlage III / C1, Anlage IV / zu Tab. 21
[52] vgl. Anlage II / C1, Anlage III / C1, Anlage IV / zu Tab. 22

Dieses Ergebnis bestätigt nicht den kausalen Zusammenhang, dass mit steigendem Bildungsgrad das Interesse an Mitbestimmung zunimmt. Dennoch gibt es Hinweise dafür. Außerdem scheint eine Kombination von Faktoren verantwortlich dafür zu sein, damit Partizipationsangebote auch bei Schülern „ankommt“ (vgl. Punkt 10.1.2).

Frage C2:
Wer soll sich aus Sicht junger Menschen für Kinder- und Jugendinteressen einsetzen?

Diese Fragestellung hatte das Ziel, heraus zu finden, welche Personen oder Institutionen den Neustädter Kindern und Jugendlichen als „Sprachrohr“ der eigenen Interessen und Belange dienen.

Tab. 23 Ergebnis C2 – Ansprechpartner / Gesamtansicht



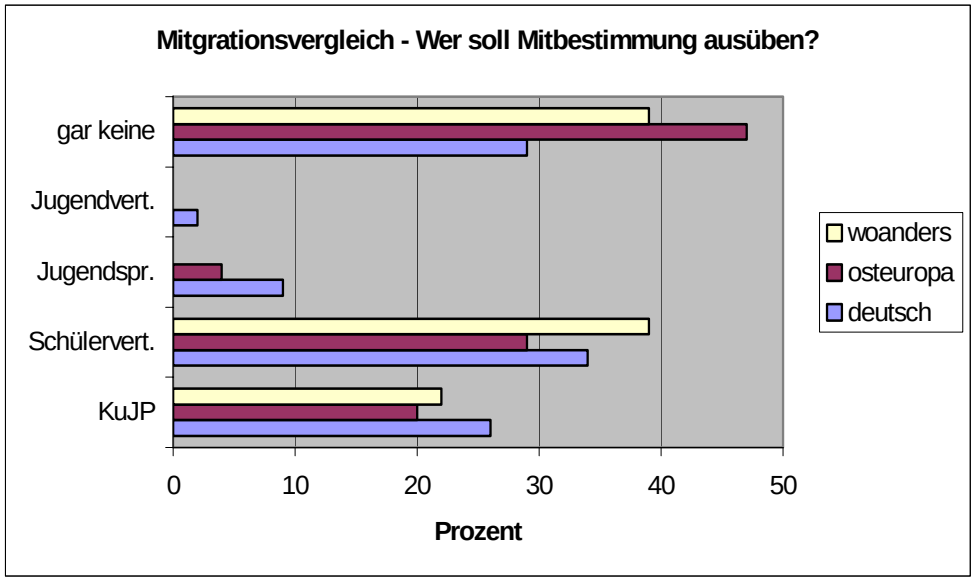
(Datenquelle Fragebogenauswertung[53])

Der Großteil aller Befragten (33%) gab an, sich bei Interessen und Anregungen an die Schülervertretung zu wenden. Dagegen gaben mit 30% ähnlich viele an, sich an niemanden direkt zu wenden, um von ihrem Mitbestimmungsrecht Gebrauch zu machen.
Hinter der Schülervertretung steht das Kinder- und Jugendparlament mit 26% aller Stimmen als zweitgrößter Ansprechpartner für die Kinder- und Jugendlichen zur Seite. Erst mit großem Abstand folgen dann Bezugspersonen in Vereinen, Verbänden, Kirchengemeinden, o. ä., die zusammen einen Anteil von 11% ausmachen.
Der relativ starke Zuspruch der Schülervertreter ist irritierend, wenn man die Ergebnisse mit dem Frageblock B2 vergleicht. Dort gaben viele Schüler an, sich eher wenig an Schulbelangen beteiligt zu fühlen (vgl. Punkt 10.1.2). Ein Grund für die scheinbar widersprüchlichen Antworten könnte zum Beispiel sein, dass die erste Adresse der Klassensprecher bzw. die Schülerver-

[53] vgl. Anlage II / C2, Anlage III / C2, Anlage IV / zu Tab.23

tretung ist, weil jedes Kind und jeder Jugendliche hier über einen direkten und regelmäßigen Zugang in der Schule verfügt.
Das Kinder- und Jugendparlament tagt meist im Rathaus und ist daher vergleichsweise schwer zu erreichen.
Verglichen mit den Ergebnissen der Bertelsmannuntersuchung, nach der Kinder- und Jugendparlamente in Rangfolge von Beteiligungsformen aus Sicht junger Menschen den 14. Platz belegen (vgl. Fatke/Schneider, S. 51), ist dieses Ergebnis recht zufrieden stellend zu beurteilen.
Das Kinder- und Jugendparlament in Neustadt hat offensichtlich einen vergleichsweise hohen Bekanntheitsgrad bei jungen Menschen vor Ort.

Tab. 24 Ergebnis C2 – Ansprechpartner / kultureller Vergleich

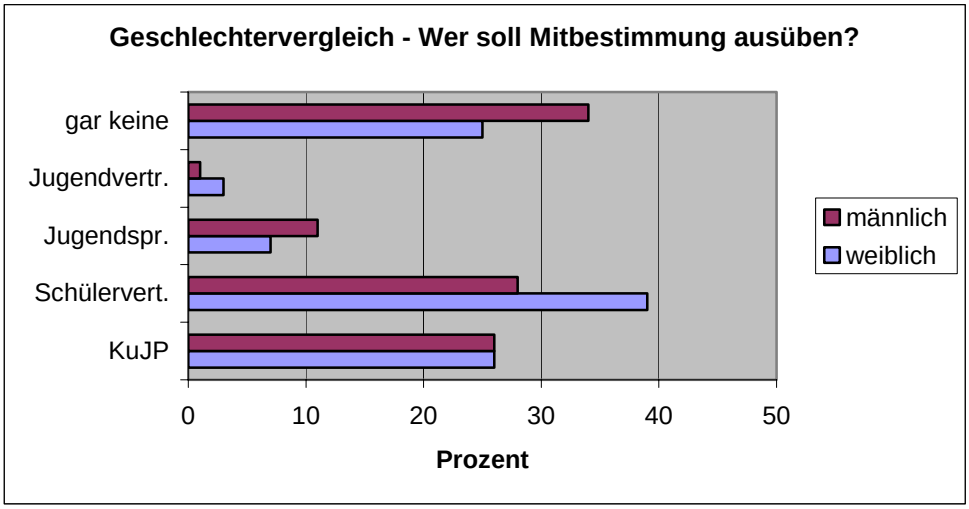


(Datenquelle Fragebogenauswertung[54])

Anhand der Grafik kann gedeutet werden, dass es für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund eine etwas größere Hürde darstellt, die kommunale Versammlung des KuJP´s aufzusuchen oder sich an den vertrauten Klassensprechern bzw. Schülervertretern zu wenden.
Die jungen Menschen mit anderem kulturellen Hintergrund als osteuropäisch oder deutsch sind zahlenmäßig so gering, dass sie hier vernachlässigt werden (ca. 2%).
Unklar ist in diesem Zusammenhang, ob mögliche Sprachbarrieren dazu führen, dass Migranten sich im kommunalen Kontext weniger beteiligen als die deutschen Kinder und Jugendlichen. Betrachtet man sich die Kinder und Jugendlichen, die sich gar nicht beteiligen, so sieht man hier auch einen signifikanten Anstieg der Befragten mit Migrationshintergrund zu den deutschen Befragten.

[54] vgl. Anlage II / C2, Anlage III / C2, Anlage IV / zu Tab. 24

Tab. 25 Ergebnis C2 – Ansprechpartner / Geschlechterverhältnis



(Datenquelle Fragebogenauswertung[55])

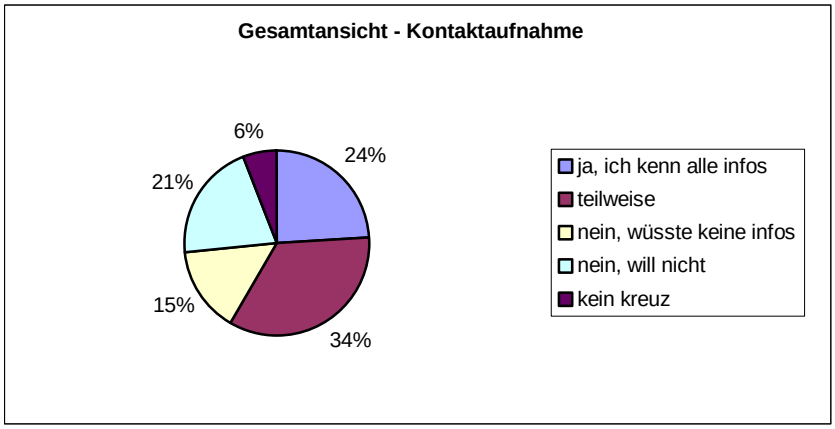
Betrachtet man das Geschlechterverhältnis, so ist bemerkenswert, dass sich prozentual betrachtet die gleiche Anzahl männlicher und weiblicher Befragten direkt an das KuJP wenden würden. Im Verhältnis zu den anderen Antwortmöglichkeiten sieht man, dass es dort, geschlechtsspezifisch betrachtet, gravierende Unterschiede gibt. Bemerkenswert ist der Unterschied bei der Schülervertretung, wo die weiblichen 10 bis 17-jährigen mit 11% Differenz zu den männlichen eher ihre Fragen und Interessen ansprechen. Grundsätzlich ist auch deutlich erkennbar, dass Mädchen und junge Frauen eher bereit sind, sich Rat und Hilfe zu holen. So sprechen 34% der befragten Jungen gar keine Person oder Gruppe an, um von ihrem Mitbestimmungsrecht Gebrauch zu machen. Bei den Mädchen sind dies im Vergleich lediglich 25%. Dies deckt sich mit den Ergebnissen auf die Frage C1.

Bei der offenen Frageoption, konnten noch einmal alternative Personen oder Institutionen aufgeschrieben werden, die in der Frage C2 noch nicht angeführt wurden. Einschränkung: Diese Person oder Gruppe sollte die Volljährigkeit noch nicht erreicht haben. Aus dieser Antwortoption ergaben sich zwei erwähnenswerte Aspekte: Zum einem stellte sich heraus, dass 19 männliche und 26 weibliche Befragte direkt andere, ihres Erachtens kompetente Freunde ansprechen würden. Der zweite interessante Aspekt war, dass sich fünf Personen direkt an den Neustädter Bürgermeister wenden würden. Auch die Ergebnisse der Bertelsmann Studie legen nahe, dass persönliche Kontaktmöglichkeiten, zum Beispiel eine Sprechstunde beim Bürgermeister von Kindern und Jugendlichen, bereitwillig angenommen werden (vgl. Fatke/Schneider S. 24).

[55] vgl. Anlage II / C2, Anlage III / C2, Anlage IV / zu Tab. 25

Frage C3:
Diese Frage bezieht sich auf die vorhandene Infrastruktur für Partizipation. Es wird danach gefragt, ob junge Menschen wissen, wie sie mit den Personen ihres Vertrauens zum Thema Mitbestimmung in Kontakt treten können.

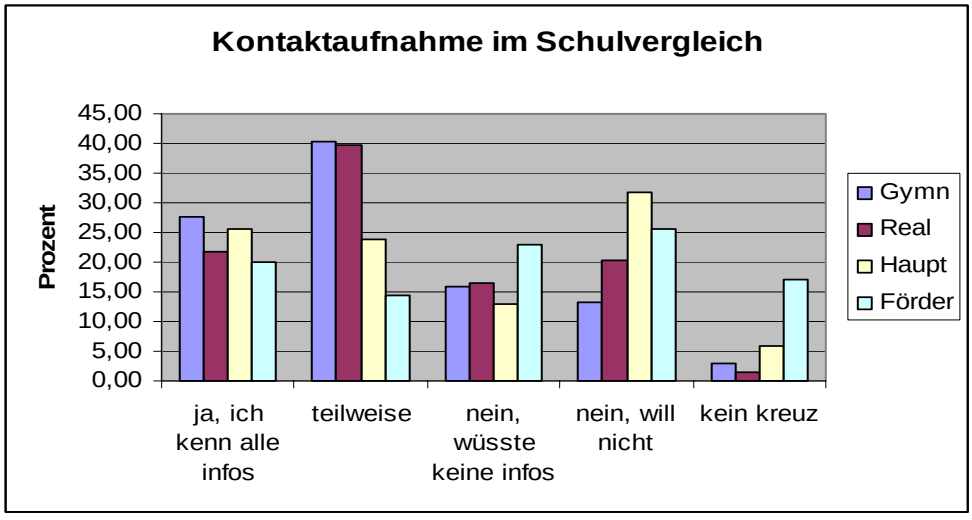
Tab. 26 Ergebnis C3 – Kontaktaufnahme / Gesamtansicht



(Datenquelle Fragebogenauswertung[56])

Es wird aus der Grafik deutlich, dass die Kinder und Jugendlichen zu einem großen Anteil (36%) nicht wissen, wie sie den Kontakt herstellen sollen, bzw. erst gar kein Interesse entwickeln mitbestimmen zu wollen. Beim Alter kristallisierte sich auch bei dieser Frage wieder heraus, dass Jugendliche im Gegensatz zu den Kindern eher wissen wo und wie sie den Zugang zu Beteiligungsmöglichkeiten finden.

Tab. 27 Ergebnis C3 – Kontaktaufnahme / Schulformverhältnis



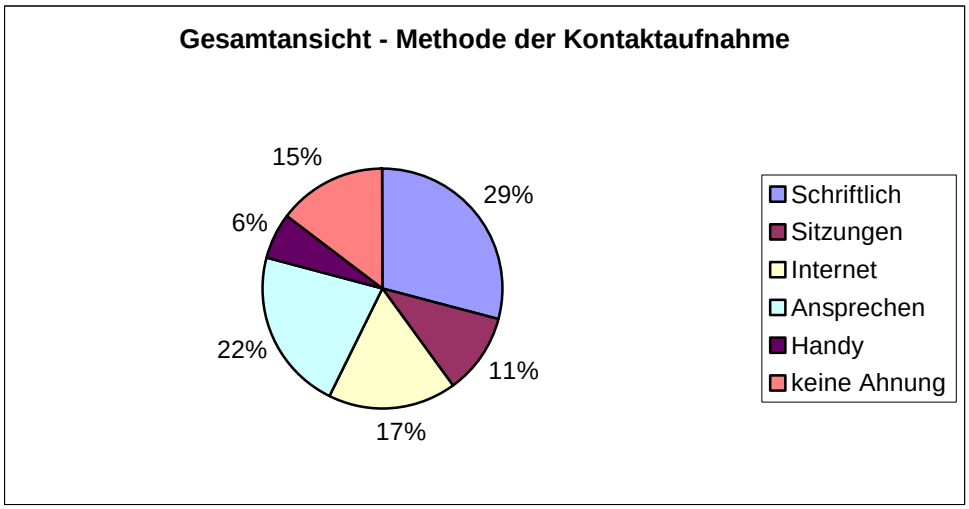
(Datenquelle Fragebogenauswertung[57])

[56] vgl. Anlage II / C3, Anlage III / C3, Anlage IV / zu Tab. 26
[57] vgl. Anlage II / C3, Anlage III / C3, Anlage IV / zu Tab. 27

Im Schulvergleich ist es auffällig, dass Schüler der Hauptschule und der Förderschule nicht so sehr interessiert sind, Mitbestimmungsgremien zu erreichen, wie im Vergleich zu den Realschülern und Gymnasiasten

Frage C4:
Diese Frage bezieht sich auf die Art und Weise, wie die Befragten ihre Meinungen und Wünsche an die Entscheidungsträger oder an unterstützende Personen transportieren.

Tab. 28 Ergebnis C4 – Kontaktaufnahme / Medien



(Datenquelle Fragebogenauswertung[58])

Das häufigste Mittel zur Kontaktaufnahme ist der Schriftverkehr und die direkte Kommunikation, unabhängig von Alter, Geschlecht, Schulzugehörigkeit oder der ethnischen Herkunft.
Unterstützend für den Schriftverkehr als Kommunikationsform könnten die Briefkästen - „Wunschboxen“ sein, welche vom Kinder- und Jugendparlament in den Schulen installiert wurden, obwohl auf diesem Weg noch relativ wenig Wünsche transportiert wurden. Mündliche Mitteilungen überwiegen hier nach Angaben des Parlaments.
Obwohl weder das Kinder- und Jugendparlament noch die Schülervertretungen über Internetpräsenz verfügen, wurde dieses Medium immerhin von 17% der Befragten ausgewählt. Hier wäre eine Anpassung sicherlich überlegenswert.

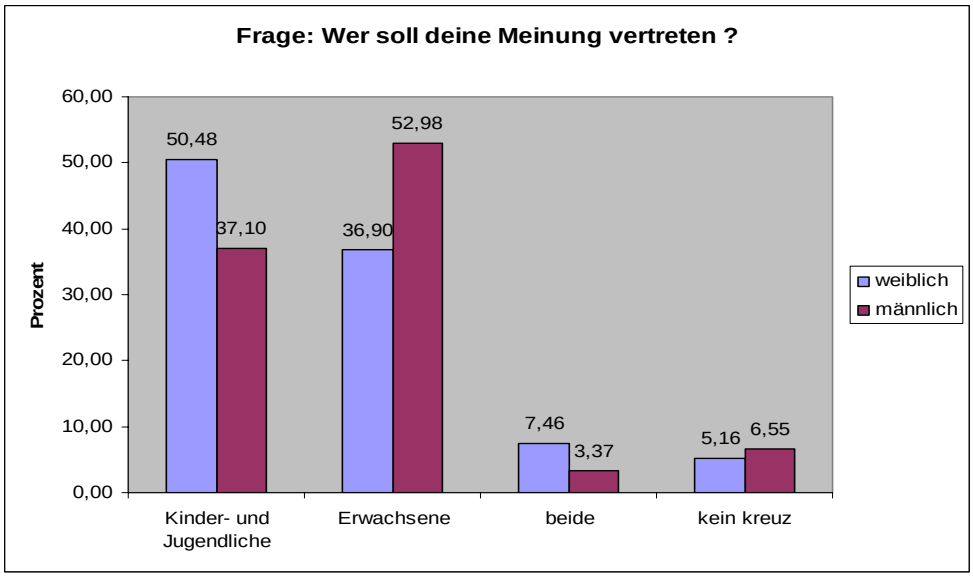
[58] vgl. Anlage II / C4, Anlage III / C4, Anlage IV / zu Tab. 28

Frage C5:
Diese Frage sollte klären, wie viel Vertrauen Kinder und Jugendliche in ihre eigenen und die von Gleichaltrigen Entscheidungen haben.

Anhand der Fragestellung „Wer soll sich überwiegend für deine Meinung einsetzen?“ wollen wir von den Kindern und Jugendlichen erfahren, wer sich aus ihrer Sicht eher für ihre Interessen einsetzen sollte. Als Antwortmöglichkeiten standen hier nur „Erwachsene“ und „Kinder und Jugendliche“. Die Möglichkeit auf beiden Seiten das Kreuz zu setzen, haben wir den Befragten frei gestellt, ohne darauf speziell hinzuweisen.

Es wurde bei dieser Frage deutlich, dass sich aus prozentualer Sicht sowohl Kinder und Jugendliche als auch Erwachsene, für die Belange der Kinder und Jugendlichen einsetzen sollten. Sowohl die Erwachsenen als auch die Kinder und Jugendlichen bekamen rund 44% aller Stimmen. Für die Möglichkeit beiden eine Stimme zu geben entschieden sich zudem 6%.
Im Rahmen dieser Antwortauswertung ist der geringe Anteil der Antwortoption „beide“ und „kein Kreuz“ ausnahmsweise interessant, denn es sagt aus, dass junge Menschen hier sehr wohl geteilter Meinung sind und es ihnen nicht egal zu sein scheint, ob Gleichaltrige oder Erwachsene für sie entscheiden.

Tab. 29 Ergebnis C5 – Meinungsvertreter / Geschlechterverhältnis

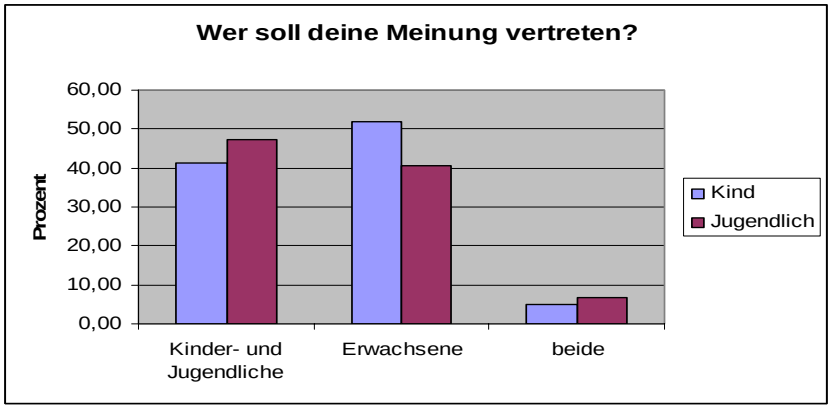


(Datenquelle Fragebogenauswertung[59])

Im geschlechtsspezifischen Vergleich sind große Unterschiede zu vernehmen, so trauen die weiblichen Befragten es den Kindern und Jugendlichen eher zu, sich für die Interessen einzusetzen, als die Männlichen, die es statistisch eher vorziehen, den Erwachsenen diese Entscheidungen zu übergeben.

[59] vgl. Anlage II / C5, Anlage III / C5, Anlage IV / zu Tab. 29

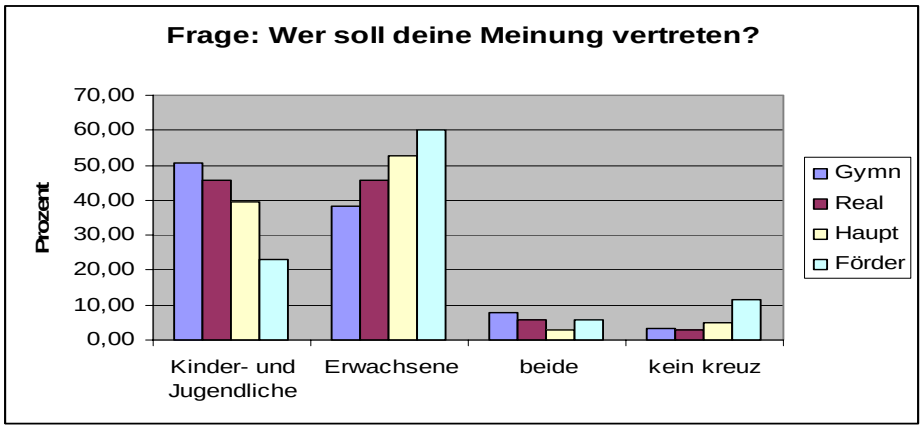
Tab. 30 Ergebnis C5 – Meinungsvertreter / Altersvergleich



(Datenquelle Fragebogenauswertung[60])

Es ist anhand der Grafik gut zu erkennen, dass mit zunehmendem Alter auch das Selbstvertrauen bzw. das Vertrauen in die Entscheidungen Gleichaltriger zunimmt.

Tab. 31 Ergebnis C5 – Meinungsvertreter / Schulformverhältnis



(Datenquelle Fragebogenauswertung[61])

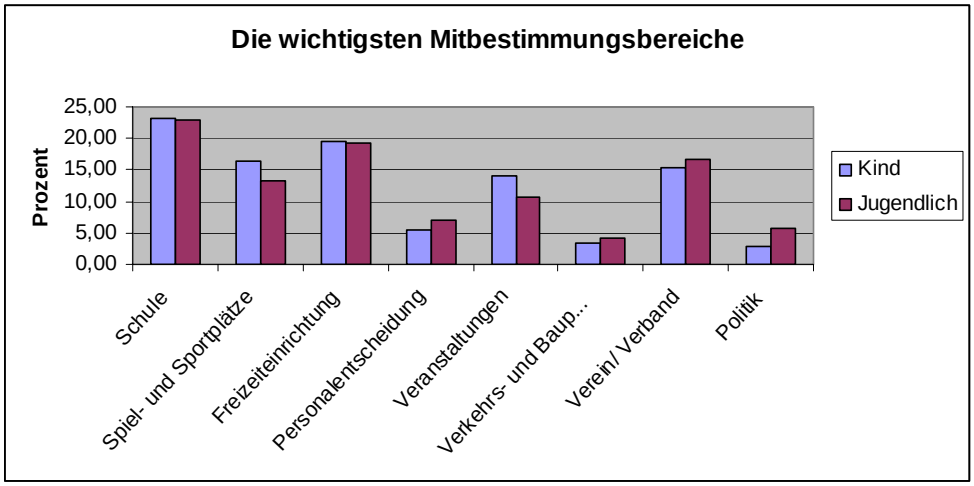
Besser ist ein linearer Zusammenhang von Selbstvertrauen bzw. das Vertrauen in Entscheidungen Gleichaltriger und Schulbildung nicht darzustellen. Eine Zufälligkeit kann hier weitestgehend ausgeschlossen werden.

[60] vgl. Anlage II / C5, Anlage III / C5, Anlage IV / zu Tab. 30
[61] vgl. Anlage II / C5, Anlage III / C5, Anlage IV / zu Tab. 31

Zusammenfassung zu C5
Je höher die Schulbildung, je höher ist das Selbstvertrauen bzw. das Vertrauen in die Entscheidungen von Gleichaltrigen. Das Gleiche gilt folglich auch für das Lebensalter. Geschlechtsspezifisch sind es die Mädchen, die sich selbst und auch ihren Altersgenossinnen am ehesten Entscheidungen zutrauen.
Auch hier wieder ein Ergebnis, dass dem klassischen Rollenbild eher widerspricht. Das wieder einmal die Mädchen vermehrt eine Kompromissantwort - hier „Beide"- wählen, ist kaum noch verwunderlich (vgl. Ergebnisse Punkt 10.1).

Frage C6:
Bei dieser Fragestellung soll herausgestellt werden, welche Bereiche die Befragten als am wichtigsten empfinden, um von ihrem Recht zur Partizipation Gebrauch zu machen.

Tab. 32 Ergebnis C6 – Mitbestimmungsbereiche / Altersvergleich



(Datenquelle Fragebogenauswertung[62])

Es ist wenig überraschend, aber wichtig zu erwähnen, dass das Mitbestimmungsrecht vor allem in den Gebieten eingefordert wird, welche die direkte Lebenswelt der Zielgruppe betreffen. Hierzu gehören z.B. die Schule, die Freizeitgestaltung, das Vereinsleben und die Spiel- und Sportplatzgestaltung. Das Kinder sich dabei eher für Spiel- und Sportplätze und Veranstaltungen interessieren, unterstützt diese These.

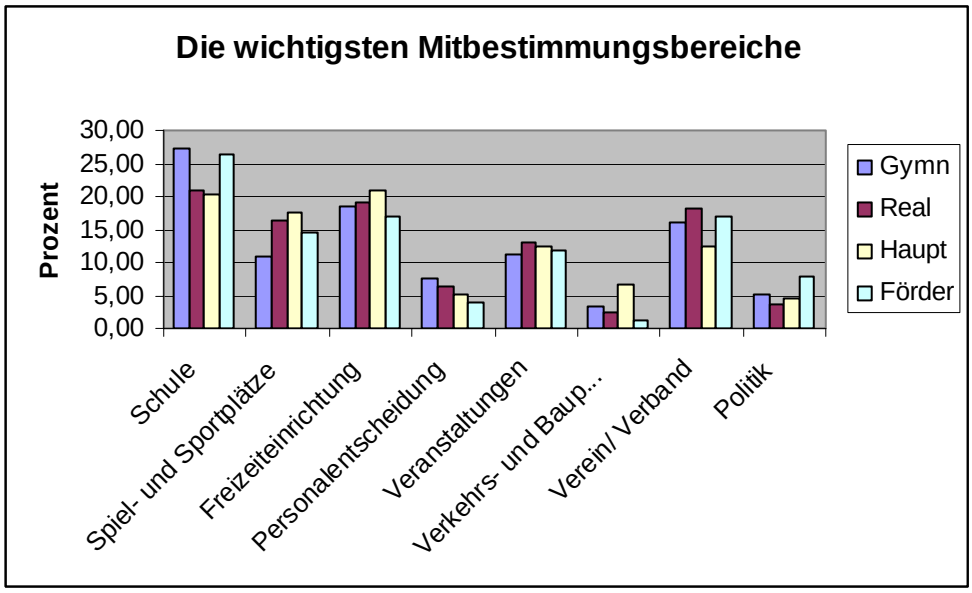
Ein Ergebnis der Bertelsmannstudie ist es ebenfalls, dass direkte Partizipation immer dort am besten von den Erwachsenen Unterstützung findet, solange nicht die direkte Lebenswelt der Erwachsenen betroffen ist, also zum Beispiel in den Bereichen Personalentscheidungen und Politik.

[62] vgl. Anlage II / C6, Anlage III / C6, Anlage IV / zu Tab. 32

Auch laut dem bundesweiten Vergleich der Bertelsmannstudie beteiligen sich die Befragten eher bei den Angeboten eines Jugendzentrums, als mit Verkehrsplanung und Lokalpolitik (vgl. Fatke/Schneider S. 25).

Diese Bereiche scheinen von den Neustädter Jugendlichen auch nur von untergeordneter Wichtigkeit zu sein. Alles in allem ist also zusammenfassend, übereinstimmend mit der Bertelsmannstudie, zu sagen, dass der Inhalt des Partizipationsangebotes kausal sein muss, mit dem Wunsch an einem bestimmten Thema etwas verändern zu wollen.

Tab. 33 Ergebnis C6 – Mitbestimmungsbereiche / Schulformverhältnis



(Datenquelle Fragebogenauswertung[63])

Im Vergleich der Schulformen stellen wir fest, dass mit höherer Schulbildung das Interesse an eher theoretischen Bereichen wächst. Dies könnte man allenfalls im Bereich Personalentscheidungen vermuten. Dem gegenüber stehen ebenfalls eher theoretische Bereiche wie Verkehrs- und Bauplanungen, für die sich Hauptschüler noch am ehesten interessieren und Politik, die am ehesten Förderschülern wichtig erscheint.
Allen gemeinsam ist die bereits o. g. Aussage: Je näher das Thema an der Lebenswelt der jungen Menschen ist, je interessanter wird es.
Eine Unregelmäßigkeit erscheint jedoch an dieser Stelle noch erwähnenswert: Das Interesse an Schule, selbst als Partizipationsfeld, ist nach dieser Grafik bei Gymnasiasten und Förderschülern am höchsten. Jedoch vermutlich aus völlig unterschiedlichen Gründen (vgl. Kapitel 10.1.2)

[63] vgl. Anlage II / C6, Anlage III / C6, Anlage IV / zu Tab. 33

10.2.1 Zusammenfassung Antwortenblock C

Das Recht auf Mitbestimmung ist für etwa jeden 3. jungen Menschen sehr wichtig und gewinnt mit zunehmendem Alter an Bedeutung.
Um das Recht auf Mitbestimmung umzusetzen wird am ehesten der Klassensprecher bzw. Schülervertreter angesprochen. Hier spielt vermutlich die Nähe und die Erreichbarkeit eine gewichtige Rolle. Das Kinder- und Jugendparlament hingegen besitzt diesen Vorteil zwar nicht, so stellt es sich jedoch trotzdem mit wenig Abstand als zweithäufigster Ansprechpartner dar. Vertreter aus Kirche, Vereinen und Verbänden u. a. haben, was Mitbestimmung für junge Menschen angeht, derzeit wenig Bedeutung.
Nur 58% der Befragten kennen sich zumindest teilweise mit der für Partizipation notwendigen Infrastruktur aus. Gymnasiasten und Realschüler schneiden hier etwas besser ab, als die anderen Schulformen.
Die bevorzugte Form der Kontaktaufnahme ist im schriftlichen und mündlichen Verkehr dabei eher konventionell aber realistisch, denn sowohl Schülervertreter als auch Parlamentarier sind so am ehesten zu erreichen. Dennoch würden immerhin 23% der Befragten die Kontaktaufnahme spontan über Internet und Handy versuchen und nur 11% den weitaus mehr Erfolg versprechenden weg, an Sitzungen teilzunehmen, in Kauf nehmen.
Eine Anpassung an die neuen Medien erscheint daher sinnvoll.
Bei der Frage, ob sich Gleichaltrige oder besser Erwachsene stellvertretend für die Meinungen und Rechte junger Menschen einsetzen sollen, gehen die Meinungen auseinander. Mit steigendem Alter und Schulbildung steigt jedoch das Selbstvertrauen bzw. das Vertrauen in Entscheidungen Gleichaltriger. Bei Mädchen überwiegt dies zudem eher als bei Jungen.
Die wichtigsten Bereiche, bei denen junge Menschen aus ihrer Sicht mitbestimmen sollten, sind die Bereiche, welche der jeweiligen Lebenswelt am nächsten sind, z.B. die Schule, die Freizeitgestaltung, das Vereinsleben und die Spiel- und Sportplatzgestaltung. Die Vermutung, dass sich mit höherer Schulbildung junge Menschen auch eher theoretischeren Bereichen, wie z.B. Verkehrs- und Bauplanungen oder Politik widmen, bestätigt sich dabei nicht.

10.3 Das Freizeitverhalten junger Menschen vor Ort

In den nun folgenden Abschnitten wird das Freizeitverhalten der jungen Menschen aus Neustadt in Holstein ausgewertet. Das Ziel der Fragestellung ist, einen groben Überblick über die heutige Freizeitgestaltung von jungen Menschen Neustadts und gegebenenfalls neue Methoden und Erkenntnisse für die zukünftige partizipative Maßnahmen zu erlangen.

Bei der Befragung wurden 19 unterschiedliche Freizeitmöglichkeiten (vgl. Anhang II) zur Auswahl gestellt. Die Kinder und Jugendlichen sollen hier, je nach Häufigkeit der Ausübung, ihr Kreuz machen.

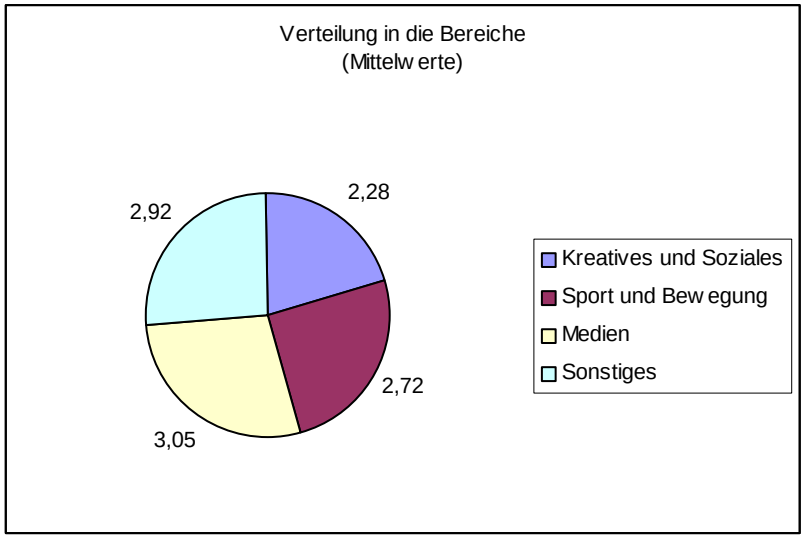
Aufgrund der Fragestellung ist an dieser Stelle hervorzuheben, dass die Kreuze subjektiv gesetzt wurden, d.h., dass für die einen zwei mal in der Woche Musik zu machen häufig ist, für andere dies jedoch eher „manchmal“ oder „selten“ bedeutet.

Um den Leser die Ergebnisse besser zu verdeutlichen sind die Fragen in die Bereiche
- Kreative und Soziale Freizeitaktivitäten
- Sport und Bewegungsaktivitäten
- Aktivitäten im Umgang mit Medien, sowie
- Sonstige Aktivitäten

unterteilt.

Allgemein werden die im Bereich Freizeit genannten Aktivitäten mit folgender Häufigkeit angegeben. Die entstandenen Mittelwerte geben Aufschluss über den Durchschnittswert, aller verfügbaren Antworten in den Bereichen. Errechnet wurde dieser mit gesetzten Werten, d.h. „sehr oft“ bekam einen Wert 5, kein Kreuz und nie dagegen nur einen Wert von 1.

Tab. 34 Ergebnis D – Freizeitverhalten / Gesamtansicht



(Datenquelle Fragebogenauswertung[64])

Aus dem Tortendiagramm wird deutlich, dass die Medienaktivitäten bei den Befragten in der Altersspanne von 10 bis einschließlich 17 Jahren an meisten Bedeutung haben.
Der Bereich Kreatives und Soziales findet in der Freizeitgestaltung dagegen im Verhältnis deutlich weniger Bedeutung. Dies könnte ein Hinweis darauf

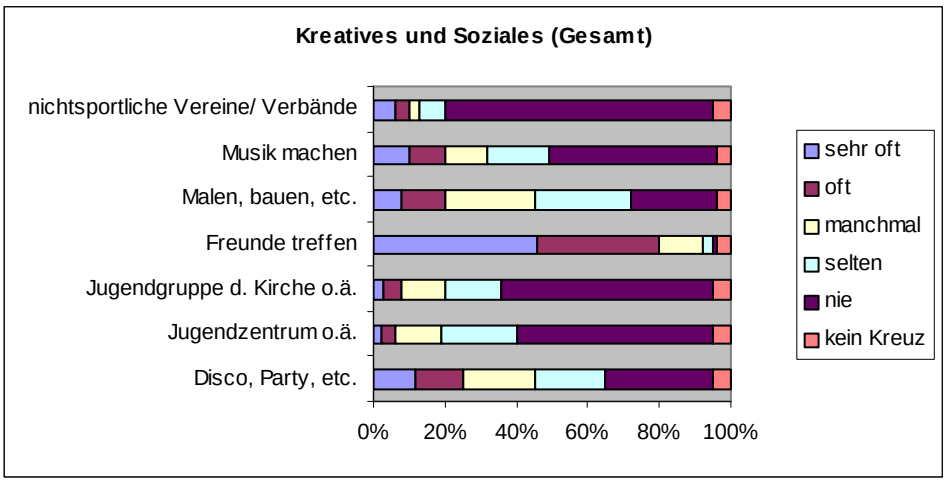
[64] vgl. Anlage II / D, Anlage III / D, Anlage IV / zu Tab. 34

sein, dass die Medienlandschaft die konkreten sozialen Kontakte oder (traditionelle) kreative Elemente in der Freizeitgestaltung ablösen. Unter Umständen finden sich auch kreative und soziale Elemente im Umgang mit Medien verstärkt wieder, z.B. Internetkontakte, gemeinsame Computerspiele, Gestaltung von Homepages. Dies kann an dieser Stelle jedoch nur vermutet werden.
Lediglich auf Risiken der (neuen) medialen Freizeitgestaltung junger Menschen hinzuweisen, wird der Situation nicht gerecht. Medien sind Freizeitgestaltung und diese ist der Ausdruck frei wählbarer Interessen von jungen Menschen! An die Lebenswelt junger Menschen anzuknüpfen heißt daher auch Medien zu integrieren.

Zu der Fragestellung „Wie häufig machst du folgende Dinge in deiner Freizeit...“ antworteten die jungen Menschen in den verschiedenen Bereichen wie folgt. (siehe folgende Tabellen)

Als erstes soll die Häufigkeit von Freizeitaktivitäten, welche mit kreativen und sozialen Elementen in engem Zusammenhang stehen, erläutert werden:

Tab. 35 Ergebnis D – Kreatives und soziales Freizeitverhalten



(Datenquelle Fragebogenauswertung[65])

Hinweis: Der hoch angegebene Bereich „Freunde treffen“ überschneidet sich bei einigen Antwortmöglichkeiten, d.h. dass der- oder diejenige, die den Fragebogen ausgefüllt hat, auch im Verein/Verband, in der Jugendgruppe oder in der Disco ihre Freunde trifft.

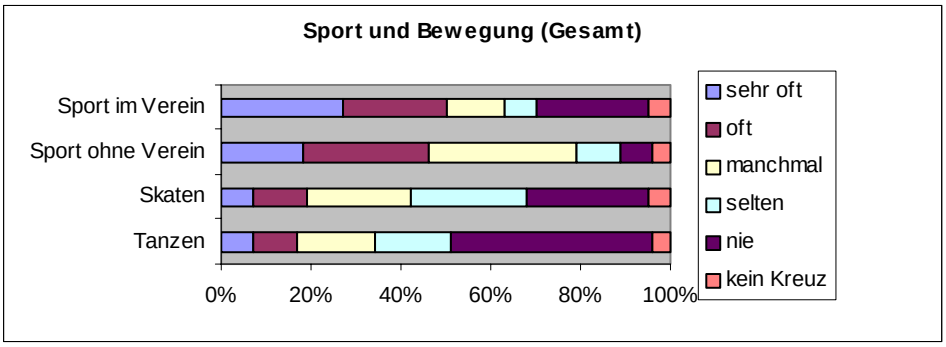
Anhand der Grafik fällt auf, dass die von Einrichtungen und Verbindlichkeiten unabhängigen Freizeitaktivitäten häufiger angegeben sind. Eine Vermutung hierzu kann sein, dass die jungen Menschen, fern ab von Schule und Familie, eigenständig ihre Interessen verfolgen wollen, ohne sich zu sehr durch Einrichtungen zu binden.

[65] vgl. Anlage II / D, Anlage III / D, Anlage IV / zu Tab. 35

Möglicherweise steht die Freizeitgestaltung, z.B. Musik machen, eher im Mittelpunkt als die Einrichtung , z.B. Jugendtreff – Disco AG, welche dieses Angebot zur Verfügung stellt oder bei der Freizeitgestaltung begleitet.

Im Gebiet **Sport und Bewegung** soll die von körperlichen Aktivitäten geprägte Freizeitgestaltung der jungen Menschen ermittelt werden.
Körperliche Bewegung und Auslastung sind nicht nur für die Gesundheit des Menschen von großer Bedeutung, sondern auch um eigene Grenzen zu erfahren oder Frustrationen abzubauen.

Tab. 36 Ergebnis D – Sport und Bewegung in der Freizeit



(Datenquelle Fragebogenauswertung[66])

Beim Blick auf die Grafik ist zu erkennen, dass das Interesse an der Bewegung und am Sport vorhanden ist. Ca. 90% der befragten jungen Menschen gaben an, mindestens selten Sport außerhalb eines Vereines auszuüben.
Auch das „Skaten“ und „Tanzen“ gaben jeweils mehr als 50% der Kinder und Jugendlichen an, dass sie dies zumindest in unregelmäßigen Abständen ausüben.
Dieser Aktivitätenbereich zeichnet sich allgemein als sehr resistent gegenüber Modeströmungen aus. Von einigen Ausnahmen, z.B. skaten einmal abgesehen.

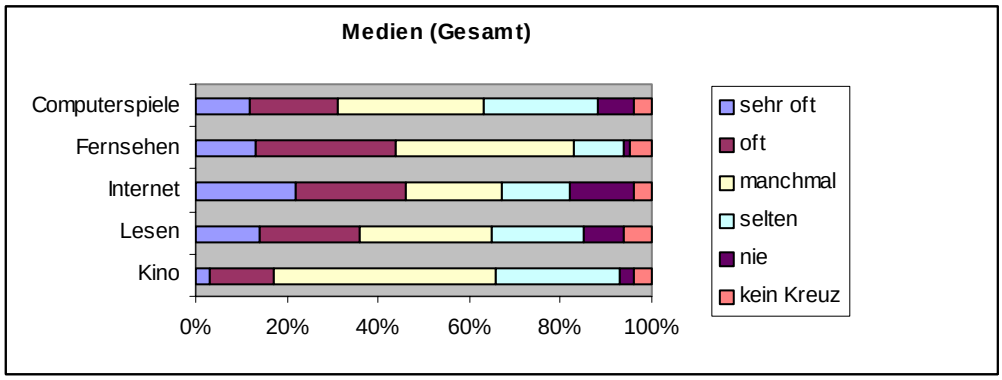
Die Grafik zeigt außerdem, dass zur sportlichen Freizeitgestaltung nicht unbedingt ein Verein oder Verband nötig zu sein scheint. Zieht man die sportlichen Aktivitäten einmal ab, bei denen ein Verein/Verband mehr oder weniger zwingend erforderlich ist, erhöht sich der Anteil der nicht vereins-/ verbandsgebundenen Aktivitäten in den verbleibenden Sportarten noch einmal. Das heißt, dass der Anteil an nicht vereins- /verbandsgebundenen bei bestimmten Sportaktivitäten höchstwahrscheinlich größer ist als in den Vereinen und Verbänden. Diese Sportarten können z.B. Fußball, Basketball, Tischtennis, etc. sein. Dies rückt natürlich die Frage nach der Möglichkeiten von nicht vereins-/ verbandsabhängigen Sportaktivitäten im öffentlichen Raum in den Fokus:
Wie viele *Bolzplätze*, Tischtennisplatten, Streetballanlagen, etc. gibt es im öffentlichen Raum?

[66] vgl. Anlage II / D, Anlage III / D, Anlage IV / zu Tab. 36

Wie sind sie ausgestattet?
Wer entscheidet über solche oder ähnliche Anlagen, die offensichtlich mindestens ebenso wichtig für junge Menschen sind, wie sportliche Vereine und Verbände?

In der deutschen Gesellschaft nimmt der Bereich **Medien** bekanntlich keinen geringen Anteil der Freizeitgestaltung ein. Medien können grundsätzlich viele pädagogisch-positive Aspekte, aber auch Gefahren für die Entwicklung junger Menschen beinhalten. Zu den positiven Aspekten gehören u. a. die Informations- und Aufklärungsmöglichkeit, Wissensaneignung, die Anregung von Phantasie und Kreativität oder die Erweiterung der Sprache und das Sprachverständnis. Negative Aspekte können bei übermäßigen Konsum u. a. Bewegungsmangel, soziale Isolation, Suchtgefahr oder die Konsumorientiertheit durch Massenwerbung sein. Kritisch müssen hier auch gewaltverherrlichende und pornographische Medien betrachtet werden, da sie häufig auch für junge Menschen zugänglich sind (z.B. durch Zeitschriften, Fernsehen, Internet). Hier besteht je nach Medium die erhöhte Gefahr, dass das geistige und seelische Wohl der Kinder und Jugendlichen gefährdet werden. Zudem befassen sich viele Autoren damit, ob die Hemmschwelle zur Gewaltausübung durch Medien, insbesondere auch interaktive gewaltverherrlichende Computerspiele, gesenkt wird.

Tab. 37 Ergebnis D – Mediennutzung



(Datenquelle Fragebogenauswertung[67])

Schon auf der Grafik ist zu erkennen, dass der Konsum von Medien tatsächlich einen hohen Anteil der Freizeitgestaltung einnimmt. Wie schon im ersten Abschnitt des Themas erläutert, sind diese Arten der Freizeitmöglichkeiten bei jungen Menschen scheinbar beliebter als der (klassische) kreative und soziale Bereich. Der hohe Anteil interaktiver Medien lässt jedoch vermuten, dass kreative und soziale Elemente in dem Bereich der neuen Medienfreizeitgestaltung Einzug halten. Auch die technischen Entwicklungen gehen immer mehr in diese Richtung.
Im Schnitt gaben etwa 90 % der befragten Kinder und Jugendlichen an, die verschiedenen Massenmedien selten bis sehr oft zu nutzen.

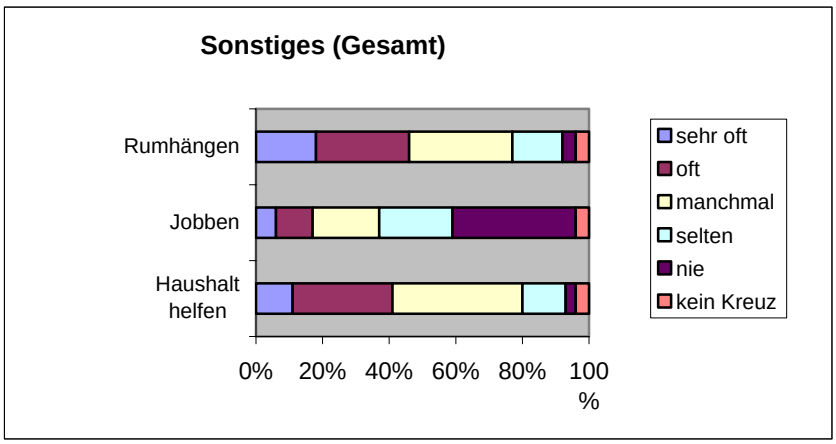
[67] vgl. Anlage II / D, Anlage III / D, Anlage IV / zu Tab. 37

Der Kinobesuch ist in der heutigen Zeit für diese Altersstufe nur noch schwer zu finanzieren und wird daher zwangsläufig kaum bei den häufigen Aktivitäten zu finden sein. Bei der Antwortmöglichkeit „Lesen“ ist zudem zu berücksichtigen, dass hier nicht nur Bücher, sondern je nach Interpretation auch Zeitschriften, Comics, Videotext, das Lesen im Internet /PC oder ähnliches beinhalten kann.

Die Grafik zeigt auch wie hoch der Bedeutungsgrad insbesondere der neuen Medien für junge Menschen ist. Das Fernsehen wird in der Beliebtheit vom Computer und Internet klar überrundet. Es ist zu vermuten, dass das Lesen durch diese neuen Medien Internet/Computer eine Renaissance erlebt.

Im Bereich **Sonstiges** sind weitere Freizeitmöglichkeiten aufgeschlüsselt. Hierzu gehört das „Rumhängen, relaxen“, sowie die Hilfe im Haushalt oder das Jobben gegen eine Vergütung.

Tab. 38 Ergebnis D – Sonstige Freizeitgestaltung



(Datenquelle Fragebogenauswertung[68])

Bei einem Blick auf die Grafik fällt auf, dass die Hilfe im Haushalt sehr oft angegeben wurde. Die Fragen, die sich hier stellen sind, ob die Kinder und Jugendlichen dies freiwillig ausüben oder von den Eltern dazu angehalten werden, vielleicht auch, um sich ihr Taschengeld zu verdienen? Außerdem lässt hier eine Bewertung der Häufigkeit große Spielräume zu. Was Eltern als geringe Hilfe im Haushalt definieren, wird für Kinder evtl. zu viel sein.
Fast 60 Prozent gaben zudem an, ihr Taschengeld durch kleine Nebenverdienste (Job) aufzubessern. Im Hinblick auf den großen Druck der auf junge Menschen lastet, welcher durch den schlechten Arbeitsmarkt entsteht, stellt das „Jobben“ i. d. R. eine zu fördernde Kompetenzerweiterung dar.

[68] vgl. Anlage II / D, Anlage III / D, Anlage IV / zu Tab. 38

Geschlechtsspezifische, alterbedingte und kulturelle Unterschiede des Freizeitverhaltens.

Im weiteren Verlauf wird das Freizeitverhalten der jungen Menschen aus Neustadt in Holstein noch einmal anhand von unterschiedlichen Aspekten betrachtet. Die Fragen, die wir uns hier gestellt haben sind:

- Gibt es größere geschlechtsspezifische Unterschiede im Freizeitverhalten?
- Haben Kinder im Alter von 10 bis 13 Jahren andere Interessen als Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren?
- Orientieren sich junge Menschen mit Migrationshintergrund in ihrer Freizeit anderweitig, als Kinder und Jugendliche deutscher Herkunft?

In diesen Auswertungen wurden die Antwortmöglichkeiten „sehr oft“ und „oft“ zusammengefasst und im Hinblick auf die oben genannten Fragen den verschiedenen Geschlechtern, Alters sowie ethnischer Herkunft gegenübergestellt.

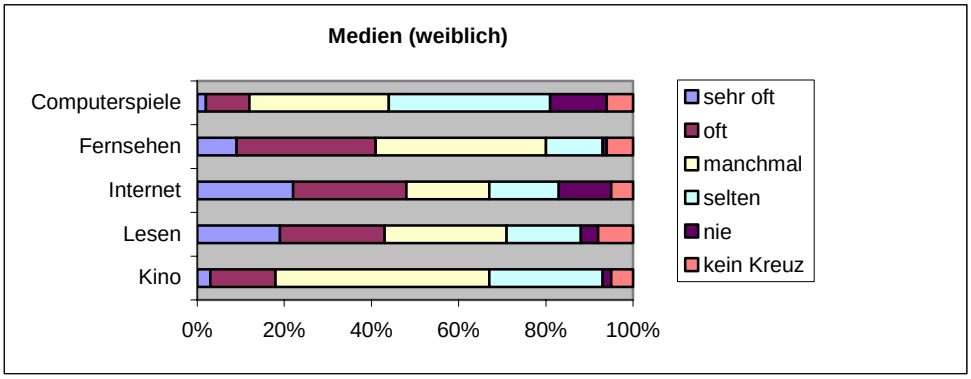
Geschlechtsspezifische Unterschiede:
Die Ergebnisse zeigen folgende Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen weiblichen und männlichen jungen Menschen in den vier verschiedenen Bereichen der Freizeitmöglichkeiten auf:

Im Freizeitbereich Kreatives und Soziales sind bis auf einen Aktivitätenbereich keine nennenswerte Unterschiede zu entnehmen. Anhand der Ergebnisse (vgl. Anhang III) wird die Frage nach Malen, Basteln, Bauen o. ä. in der Freizeitgestaltung eher von Mädchen als von Jungen angekreuzt mit einer Abweichung von 8 %. Dieser Bereich ist also keinesfalls eine Jungendomäne.

Der Freizeitbereich Sport und Bewegung zeigte ein geringes Übergewicht des weiblichen Geschlechts. Jedoch ist auch zu sagen, dass weibliche Kinder und Jugendliche eher tanzen, jedoch die gleichaltrigen männlichen Mitmenschen in ihrer Freizeit eher Sport, insbesondere auch außerhalb des Sportvereines, ausüben.

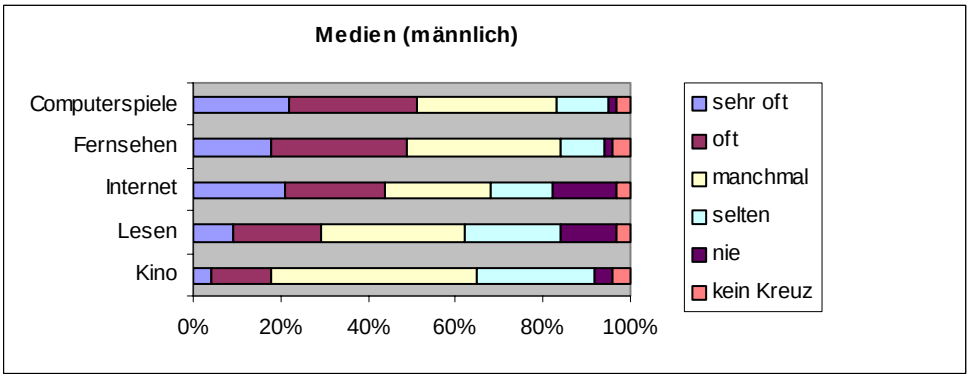
Die aufgezählten Medien zeigen ein leichtes prozentuales Übergewicht für die männlichen jungen Menschen. Interessant ist jedoch die recht unterschiedliche Gewichtung der unterschiedlichen Medien unter den Geschlechtern.

Tab. 39 Ergebnis D – Mediennutzung / Mädchen



(Datenquelle Fragebogenauswertung[69])

Tab. 40 Ergebnis D – Mediennutzung / Jungen



(Datenquelle Fragebogenauswertung[70])

Für Mädchen scheinen z.B. Computerspiele nachrangig zu sein, wohingegen dies für Jungen das wichtigste Medium, im Rahmen der Befragung, darstellt.
Das Internet selbst ist wiederum bei beiden Geschlechtern etwa gleich beliebt.
Man kann anhand der Grafik vermuten, das weibliche Kinder und Jugendliche offensichtlich häufiger zu einem Buch oder zu einer Zeitschrift greifen, um darin zu lesen.

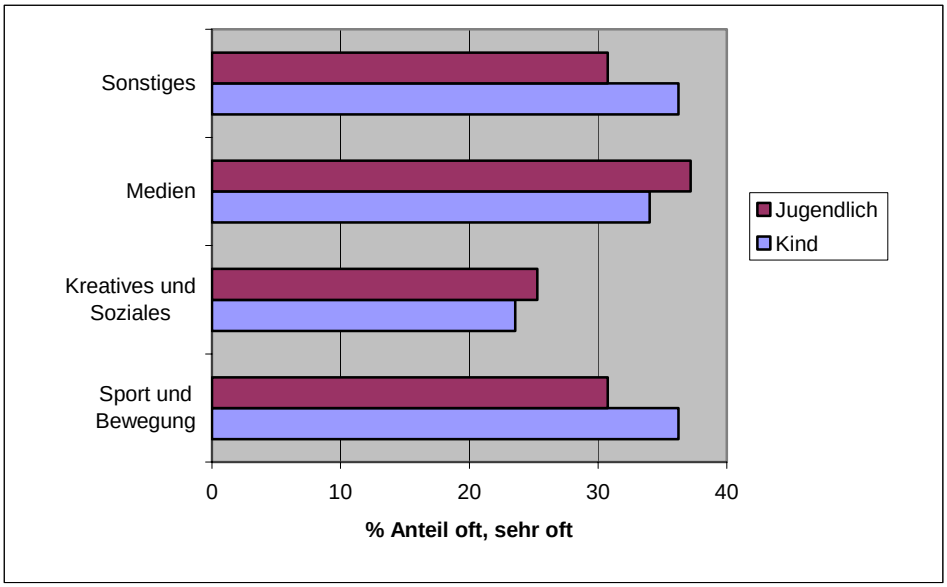
Im Bereich Sonstiges gibt es keine großen Abweichungen voneinander. Die männlichen Befragten haben angegeben, ähnlich oft im Haushalt zu helfen oder in der Freizeit zu jobben, wie die Befragten des weiblichen Geschlechts. Auch hier bestätigt sich eine typische Geschlechterrollenverteilung nicht, bei der Mädchen eher Aktivitäten im Haushalt durchführen und Jungen eher jobben gehen.

[69] vgl. Anlage II / D, Anlage III / D, Anlage IV / zu Tab. 39
[70] vgl. Anlage II / D, Anlage III / D, Anlage IV / zu Tab. 40

Allgemein kann anhand der Ergebnisse gesagt werden, dass sich viele klassische Geschlechterrollen auflösen, bzw. auch neu definiert werden müssen, um der Realität gerecht zu werden.

Altersbedingte Unterschiede:
Im Folgenden wird darüber Aufschluss gegeben, ob es gravierende Abweichungen im Freizeitverhalten zwischen Kindern im Alter von 10 bis 13 und Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren gibt.

Tab. 41 Ergebnis D – Freizeitverhalten / Altersvergleich



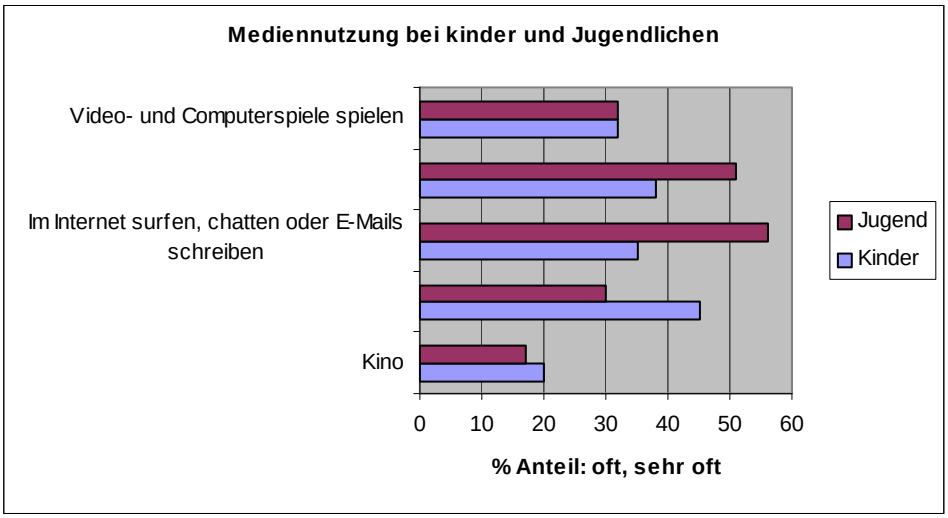
(Datenquelle Fragebogenauswertung[71])

Anhand dieser Grafik werden keine größeren Abweichungen im Bereich der Kreativität und Soziales deutlich. Das leichte Übergewicht der Jugendlichen ist vermutlich damit zu begründen, dass die Kinder schon nach dem Jugendschutzgesetz nicht, bzw. nur stark eingeschränkt Kneipen oder Discotheken besuchen dürfen. In der Frage nach Malen, Basteln, Bauen o. ä. gibt es dagegen ein kleines Übergewicht von 13 % für die Kinder, gegenüber den Jugendlichen.

Bei den Freizeitmöglichkeiten, die Sport und Bewegung beinhalten, haben die Kinder häufiger angegeben, oft oder sehr oft aktiv zu sein. Eine Interpretation diesbezüglich kann sein, dass Kinder in diesem Alter einen nicht so straffen Tagesplan haben (Schule, Job, u. a.), wie Jugendliche, die in den oberen Klassenstufen ihre Prioritäten anders setzen (müssen).

[71] vgl. Anlage II / D, Anlage III / D, Anlage IV / zu Tab. 41

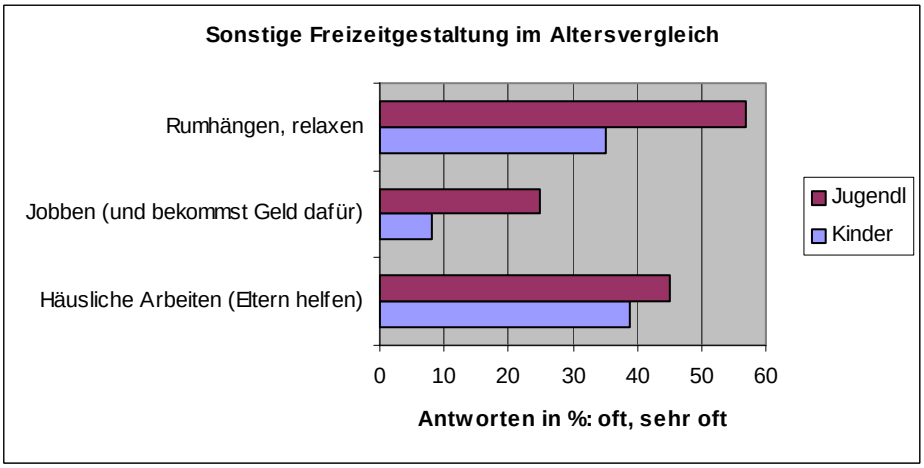
Tab. 42 Ergebnis D – Mediennutzung / Altersgleich



(Datenquelle Fragebogenauswertung[72])

Die Jugendlichen sind im Medienkonsum prozentual leicht vor den Kindern. Während die befragten Kinder häufiger angegeben haben zu lesen, sind Jugendliche anhand der Zahlen in ihrer Freizeit öfter im Internet oder schauen Fernsehen. Bei der Frage nach Kinobesuchen und bei der Nutzung von Computerspielen sind dagegen keine gravierenden Unterschiede zu erkennen. Dies ist ein alarmierendes Ergebnis, denn im Hinblick auf die bisherigen Ergebnisse kann davon ausgegangen werden, dass überwiegend männliche Kinder einen sehr großen Teil ihrer Freizeit mit Video- und Computerspielen verbringen. Insbesondere im Hinblick auf wichtige entwicklungspsychologische Lernerfahrungen im Kindesalter kann hier mit Defiziten gerechnet werden, es sei denn, es gelingt diese mit den neuen Medien zu kombinieren.

Tab. 43 Ergebnis D – Sonstige Freizeitgestaltung / Altersvergleich



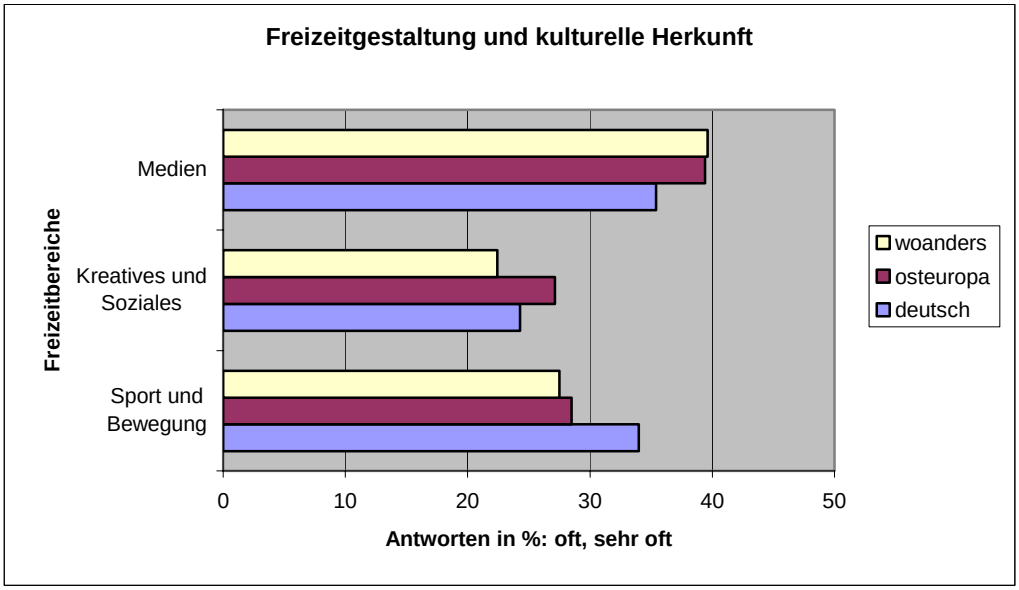
(Datenquelle Fragebogenauswertung[73])

[72] vgl. Anlage II / D, Anlage III / D, Anlage IV / zu Tab. 42

Die obenstehende Grafik zeigt deutliche Unterschiede zwischen Kindern und Jugendlichen. Während bei der häuslichen Unterstützung keine großen Abweichungen zu verzeichnen sind, gestalten Jugendliche häufiger ihre Freizeit mit jobben und relaxen. Dies führt zu der Deutung, dass Jugendliche neben dem Taschengeld eher dazu neigen, sich Geld dazu zu verdienen. Dies hängt sicherlich zum einen mit dem Arbeitsschutzgesetz zusammen, nach dem junge Menschen bis zum 14. Lebensjahr nur eingeschränkt arbeiten dürfen, aber sicherlich auch die verhältnismäßigen teureren Hobbys, denen die Jugendlichen nachgehen (z.B. Disco, Kneipen, o. ä.).
Es muss an dieser Stelle noch einmal erwähnt werden, dass z.B. der Bereich häusliche Arbeiten, wie alle anderen Angaben eine subjektive Einschätzung der jungen Menschen darstellt und nur eingeschränkt einen Rückschluss auf die tatsächlich geleistete Hausarbeit zulässt.

Kulturelle Unterschiede:
In diesem Abschnitt der Studie wird das Wahrnehmen der Freizeitmöglichkeiten von jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund erhoben. Die Ergebnisse sind jedoch mit Vorsicht zu betrachten, da nur ein geringer Anteil (siehe Punkt 1.4) der Befragten jungen Menschen nicht in Deutschland geboren sind.

Tab. 44 Ergebnis D – Freizeitverhalten / kultureller Vergleich



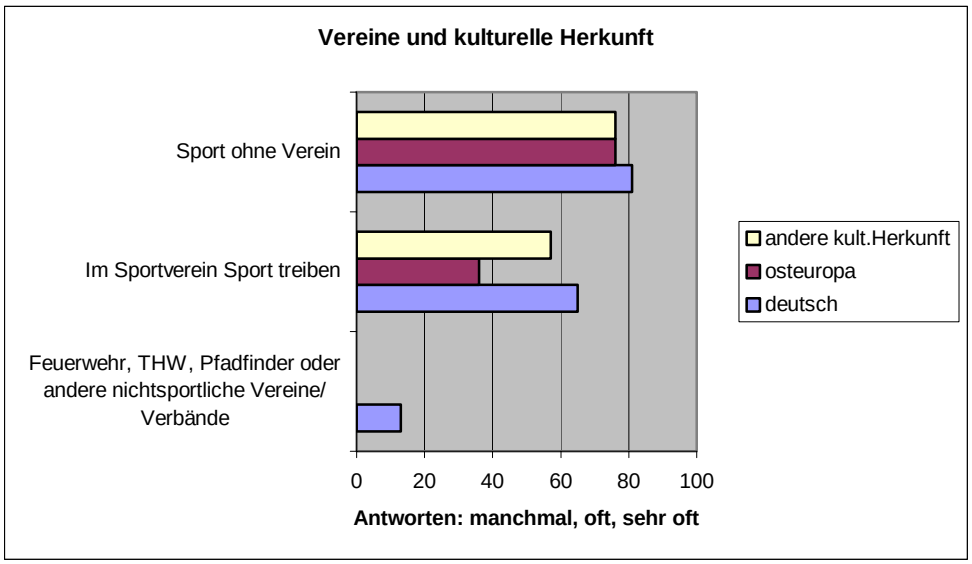
(Datenquelle Fragebogenauswertung[74])

Es sind außer im Bereich Sport und Bewegung kaum Unterschiede zwischen jungen Menschen aus Osteuropa und Gleichaltrige aus anderen

[73] vgl. Anlage II / D, Anlage III / D, Anlage IV / zu Tab. 43
[74] vgl. Anlage II / D, Anlage III / D, Anlage IV / zu Tab. 44

Kulturkreisen festzustellen (max. ca. 5%). Im Bereich Sport und Bewegung haben einheimische junge Menschen angegeben, aktiver zu sein. Bei einem Blick auf die Zahlen wird deutlich, dass der entstandene prozentuale Unterschied durch die Aktivität der Einheimischen im Sportverein deutlich wird.

Tab. 45 Ergebnis D – Vereine, Verbände / kultureller Vergleich



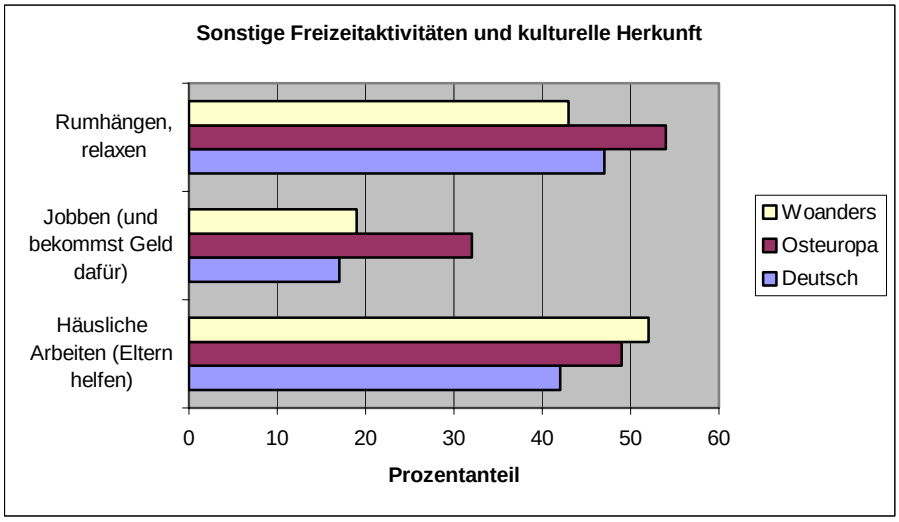
(Datenquelle Fragebogenauswertung[75])

Dem Ergebnis ist zudem zu entnehmen, dass hier Geborene statistisch eher in nichtsportlich-organisierte Vereine oder Verbände ihre Freizeit gestalten als Migranten. Dabei ist es egal, ob sie osteuropäischer oder einer anderen kulturellen Herkunft sind.
Dieses Ergebnis sollte näher untersucht werden auf eventuelle Hemmungen oder Barrieren von jungen Menschen nichtdeutscher Herkunft, vor allem gegenüber nichtsportlichen Vereinen und Verbänden. Vernachlässigt man den Anteil junger Menschen „anderer kultureller Herkunft“ aufgrund der sehr geringen Anzahl stellt man ebenfalls einen geringen Anteil an ostdeutschen Migranten in Sportvereinen fest.

Der Unterschied von ca. 10 Prozentpunkten, zwischen den in Deutschland und in Osteuropa geborenen Kindern und Jugendlichen, ist an Hand der Zahlen vor allem im Bereich des Jobbens zu vernehmen.

[75] vgl. Anlage II / D, Anlage III / D, Anlage IV / zu Tab. 45

Tab. 46 Ergebnis D – Sonstige / kultureller Vergleich



(Datenquelle Fragebogenauswertung[76])

10.3.1 Zusammenfassung Antwortenblock D

Durch die Befragung ist deutlich geworden, dass der Bereich Medien, den größten Anteil der freien Zeit einnimmt, gefolgt von Sport und Bewegung, sowie kreative und soziale Freizeitgestaltung. Die damit einhergehenden Gefahren betreffen am stärksten die männlichen Kinder. Sie haben einen größeren Bedarf an entwicklungsfördernden Aktivitäten, verbringen jedoch ebensoviel Zeit mit Video- und Computerspielen, wie die Jugendlichen. Mädchen sind hiervon weitaus weniger betroffen.

Es fällt auf, dass Aktivitäten häufig mehr im Vordergrund stehen, als Freizeiteinrichtungen, selbst wenn diese die Aktivitäten zur Verfügung stellen. Das heißt daher nicht, dass Einrichtungen weniger genutzt werden, sondern das junge Menschen unabhängiger ihre Freizeit planen und Freizeiteinrichtungen dabei eine eher begleitende und unterstützende Rolle spielen.

So ist auch der Anteil der vereinsunabhängigen Sportaktivitäten etwa gleich hoch, wie die Sportaktivitäten im Verein. Die Frage nach öffentlich zugänglichen Sportanlagen kommt angesichts dieser Zahlen einer hohen Bedeutung zu, damit auch die Frage wer darüber entscheidet.

Bei den Freizeitaktivitäten unterscheiden sich die Geschlechter nur in wenigen Bereichen. Geschlechterrollen scheinen an Bedeutung zu verlieren, bzw. definieren sich z. T. neu.

[76] vgl. Anlage II / D, Anlage III / D, Anlage IV / zu Tab. 46

Dass junge Menschen mit zunehmendem Alter eher mit der Clique „rumhängen“ oder jobben gehen, ist ebenso typisch wie vermehrte Sport- und Bastelaktivitäten der Kinder.

Dass Kinder (vor allem männliche) jedoch genauso viele Video- und Computerspiele spielen, kann sich entwicklungspsychologisch im fortscheitenden Alter als problematisch erweisen.
Das muss nicht zwangsläufig heißen, Computerspielen bei Kindern einzuschränken, sondern auch über eine Verknüpfung neuer Medien mit entwicklungsfördernden Elementen nachzudenken.

Junge Menschen deutscher Herkunft scheint der Zugang zu Vereinen und Verbänden erheblich leichter zu fallen als Gleichaltrigen anderer Herkunft. Dies betrifft sowohl die Sportvereine aber noch stärker die nichtsportlichen Vereine und Verbände. Lediglich öffentliche Freizeiteinrichtungen der Kirche oder Kommune scheinen von jungen Menschen, unabhängig der Herkunft, genutzt zu werden. Außerdem ist festzustellen, dass junge Menschen nichtdeutscher Herkunft eher ihre Freizeit nutzen, um sich etwas dazu zu verdienen.

11 Rückschluss aus theoretischen und empirischen Daten

11.1 Allgemein

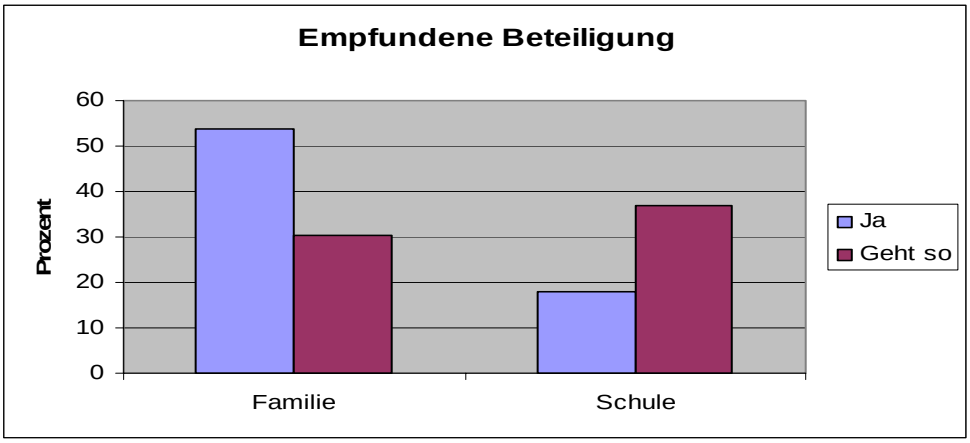
Allgemein ist in Bezug auf die Untersuchung davon auszugehen, dass Fehlerquoten sehr gering sind, da mit der Befragung ein Großteil der Kinder und Jugendlichen in Neustadt in Holstein erreicht wurde (85%). Alterszusammensetzungen, Geschlechterverhältnis, der soziale Raum, etc. entsprechen vergleichbaren Kommunen. Der Umstand, dass viele Schulformen in Neustadt in Holstein vertreten sind, prädestiniert diese Stadt für eine Erhebung zum Thema Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Lediglich der geringere Ausländeranteil (2,1%) im Vergleich zum Anteil junger Menschen osteuropäischer Herkunft (5%) hebt sich etwas vom Durchschnitt ab (vgl. Punkt 9.4).
Neben Auskünften zur Person im Antwortenblock A ist das empfundene Maß an Mitbestimmung in der Familie und der Schule im Antwortenblock B erfragt worden. Außerdem wurden Informationen über Wichtigkeit, Themenbereiche und Kommunikationsstrukturen im Rahmen von Partizipation im Antwortenblock C erhoben. Antwortenblock D bezieht sich lediglich auf das Freizeitverhalten junger Menschen. Letzterer Antwortenblock soll die Einblicke in die Lebenswelt junger Menschen abrunden, auf deren Grundlage sich Partizipation nur vollziehen kann.

Die Ergebnisse der Untersuchung zur Beteiligung von jungen Menschen in Neustadt in Holstein werfen folgende Fragen auf:

11.2 Familie- kontra Schulpartizipation?

Warum wird Partizipation von jungen Menschen in der Familie wesentlich intensiver erlebt als in der Schule?

Tab. 47 Empfundene Beteiligung / Vergleich Schule – Familie



(Datenquelle Fragebogenauswertung[77])

Anhand der Grafik wird der große Unterschied des Beteiligungsempfindens junger Menschen in Familie und Schule deutlich (vgl. 10.1). Um einen Erklärungsversuch für diese Differenz zu erarbeiten macht es Sinn, prägnante Faktoren herauszustellen, welche die Partizipationsbereiche ausmachen. In der Schule können als Faktoren unter anderem folgende genannt werden:

- Professionell-pädagogische Kompetenzen der Lehrkräfte auch im Hinblick auf Partizipation.
- Weniger persönliche Betroffenheit durch Entscheidungen, welche durch Schüler getroffen werden. Das heißt, mehr professionelle Distanz.
- Unterstützung durch ein großes Team professioneller Fachkräfte/ Lehrerschaft.
- Gesetzlichen Auftrag zur Partizipation von Schülerinnen und Schülern (vgl. Kapitel 6.3 SchulG).

In der Familie wurden ganz andere Faktoren im Bezug auf Beteiligung junger Menschen bei den sie betreffenden Entscheidungen deutlich:

1. Persönliche Betroffenheit der Eltern durch Mitentscheidungen und die dadurch entstehende Zufriedenheit/Unzufriedenheit der Kinder.
2. Anstelle pädagogischer Kompetenzen haben Eltern eher die Möglichkeit zur ganzheitlichen Betrachtung der Lebenswelt des jungen Menschen.
3. In der Regel haben sie mehr Zeit, um sich den Interessen und Wünschen der eigenen Kinder zu widmen.

Man kann davon ausgehen, dass zumindest ein paar dieser Faktoren Partizipation beeinflussen. Es muss in Erwägung gezogen werden, dass pädagogisches Know-how und gesetzlicher Handlungsauftrag weniger Partizipation

[77] vgl. Anlage II+III B, IV zu Tab.47

initiieren als eine persönliche Betroffenheit, Nähe und ganzheitliche Betrachtung der Lebenswelt des jungen Menschen.
Betrachtet man hierzu den Antwortenblock B2 ist festzustellen, dass insbesondere Förderschüler am ehesten mit dem Beteiligungsmöglichkeiten in der Schule zufrieden sind, mit deutlichem Abstand zu allen anderen Schulformen (vgl. 10.1.2). Die Förderschule verfügt über eine deutlich geringere Klassengröße/ Schüleranzahl, sowie die Möglichkeit, sich ganzheitlicher und mit mehr Zeit dem Schüler zu widmen. Hier sind deutliche Parallelen zur Beteiligung in der Familie zu erkennen.
Vermutlich merken Kinder und Jugendliche sehr genau, ob man es mit der Beteiligung ernst meint oder nicht. In der Familie und bei Personen, welche sich intensiver mit dem Kind bzw. Jugendlichen als Subjekt beschäftigen, wird eine *„Scheinpartizipation"* stärker sanktioniert werden, als in einem distanzierten Lehrer-Schülerverhältnis. Bei Letzterem würden nicht ernst gemeinte Partizipationsangebote höchstwahrscheinlich „nur" mit Desinteresse quittiert werden. Im Umkehrschluss ist die Wahrscheinlichkeit eines „Beteiligungsgefühls" der Schüler höher, je subjektorientierter die Lehrer auf die Schüler eingehen und je abhängiger sie von den Entscheidungen der Schüler sind.

11.3 Optimierung der Infrastruktur?

Inwieweit lassen die Ergebnisse der Befragung Rückschlüsse auf die Infrastruktur von Beteiligung zu?

Erreichbarkeit und Unabhängigkeit von Ansprechpartnern
Erster Ansprechpartner für Veränderungswünsche junger Menschen sind dicht gefolgt vom Kinder- und Jugendparlament, die Schülervertreter (vgl. Tab 23ff). Hierbei gilt zu berücksichtigen, dass die Befragung in der Schule stattfand, was das Augenmerk verstärkt auf die „Schulvertreter" gelenkt haben kann. Außerdem sind Familienmitglieder nicht explizit als Antwortmöglichkeit aufgeführt worden.
Dieses Untersuchungsergebnis ist insofern irritierend, als dass ein weiteres Untersuchungsergebnis zeigt, dass Schüler sich in der Schule häufig gar nicht oder wenig beteiligt fühlen (vgl. 10.1.2). Hier zeichnet sich ein Dilemma ab: Schülervertreter sind vermutlich durch ihre Nähe, Erreichbarkeit und Niedrigschwelligkeit die erste Adresse für den Weitertransport von Partizipationsthemen. Doch offenbar ist der Wunsch nach ernsthafter Mitbestimmung von den Lehrkräften an die Schüler nicht ausreichend vermittelt worden, so dass Schülervertreter junge Menschen in Partizipationsbelangen kaum unterstützen (können). Mitbestimmung muss in diesem Fall zwangsläufig scheitern. Es scheint zwei Möglichkeiten zu geben, um auf dieses Hemmnis der Infrastruktur von Partizipation zu reagieren:

1. Schulvertreter nehmen ihre Aufgabe als gewählte Interessenvertreter verstärkt wahr, indem sie die Interessen der Schüler aufnehmen und anstehende

Entscheidungsmöglichkeiten aufzeigen. Sie müssten ihren Mitschülern glaubhafter vermitteln, dass sie für die Schul- und Unterrichtsgestaltung mitverantwortlich sind. Dies setzt voraus, dass sie ernsthaft und kinder- bzw. jugendgerecht an Entscheidungen innerhalb der Schule beteiligt werden und die entsprechende Unterstützung erfahren. Ist dies der Fall, so können sie auch glaubhaft als Vermittler bei Entscheidungen auftreten, die über den Schulbereich hinaus im öffentlichen Raum stattfinden.

2. Die zweite Möglichkeit bestünde darin, Mitbestimmung im öffentlichen Raum unabhängig von der Institution Schule zu realisieren, zum Beispiel durch das vorhandene Kinder- und Jugendparlament. Das heißt, die Interessenvertreter von Kindern und Jugendlichen werden unabhängig von Schule bestimmt und nutzen diesen Standort hauptsächlich, um junge Menschen zu erreichen. Diese Möglichkeit entspricht am ehesten der derzeitigen Situation vor Ort.
Die größte Herausforderung hierbei für das Kinder- und Jugendparlament, eine ähnlich hohe und niedrigschwellige Erreichbarkeit zu erzeugen, wie sie Schuldvertreter innehaben.

Zu favorisieren ist die erste Option, da die Institution Schule kein rechtsfreien Raum bezogen auf Rechte junger Menschen in Deutschland darstellt und sie außerdem ein wesentlicher Lernort für demokratisches Grundverständnis repräsentiert. In der Zusammenarbeit mit dem Kinder- und Jugendparlament entstünden sinnvolle Synergieeffekte. Niedrigschwelligkeit und gute Erreichbarkeit auf der einen, Unabhängigkeit und die Nähe zu kommunalen Entscheidungsträgern auf der anderen Seite. Wählt man also dieses Ziel, so kommt Schule nicht umhin, an der Glaubhaftigkeit von Beteiligungsrechten und an der Attraktivität der daraus entstehenden Beteiligungsangebote zu arbeiten. Die Schüler attestieren ihren Schulen nicht nur, dass von Beteiligung und Mitbestimmung nicht viel zu merken ist (vgl. 10.1.2), sondern fordern gleichsam die Unterstützung von Erwachsenen ein (vgl. 10.2).

Kommunikationsmittel / Medien
Als häufigstes Mittel zur Kontaktaufnahme gelten der Schriftverkehr und die direkte Kommunikation (vgl. Tab 28). Auf diese Medien zur Kontaktaufnahme haben sich alle Beteiligten mehr oder weniger eingestellt. So gibt es die Möglichkeit über das Sekretariat in den Schulen, die Wunschboxen des Kinder- und Jugendparlaments, die Freizeiteinrichtungen und sogar über das Rathaus direkt und vielen Orten mehr, ein schriftliches Meinungsbild einzureichen, welches die entsprechenden Entscheidungsträger auch erreicht. Das Gleiche gilt für den direkten Kontakt. Es sind Sitzungstermine des Kinder- und Jugendparlamentes, der Schülervertretungen, der Vereins- und Verbandssitzungen bekannt und hängen u. a. in den Schulen und Einrichtungen aus. Auch Ansprechpartner für Fragen sind bekannt oder schnell in Erfahrung zu bringen, wie zum Beispiel der Kinder- und Jugendberater der Stadt, die Schulsozialarbeiter, Vertrauenslehrer etc.

Eher ungenügend stellt sich die Möglichkeit der Kontaktaufnahme über neue Medien, wie Internet oder Handy dar, obwohl es ca. jeder fünfte junge Mensch in Neustadt in Holstein über diesen Weg versucht (vgl. Tab. 28).
Homepages, Foren, Votings etc. über das Internet sind nicht nur zeitgemäße und kostengünstige Beteiligungsstrukturen, sie entsprechen auch der Lebenswelt junger Menschen (vgl. 10.3).

Beteiligungsformen
Die Infrastrukturen für Partizipation junger Menschen zu verbessern heißt in erster Linie immer noch, sie bekannt zu machen. Denn nur 58% wären nach eigenen Angaben meist auch nur teilweise in der Lage einen Kontakt zu Entscheidungsträgern und Verbindungspersonen herzustellen (vgl. Tab.26). Diese Erkenntnis nimmt nach den Ergebnissen dieser Studie mit dem Alter und dem Bildungsniveau zu. Das zeigt, dass junge Menschen für solche Informationen durchaus empfänglich sind – sie sind erlernbar.
Eine gute Infrastruktur soll die Bedürfnisse und Wünsche junger Menschen zu den Entscheidungsträgern transportieren und umgekehrt. Das heißt, dass kinder- und jugendrelevante Themen, die zur Entscheidung anstehen, gleichzeitig auch zu den jungen Menschen gelangen müssen.
Diese Themen kinder- und jugendgerecht aufzubereiten entscheidet u. a. darüber, wie sehr junge Menschen in Neustadt in Holstein bereit sind, hier mit zu entscheiden und entscheidet auch über die Qualität der Infrastruktur.

Pauschal gilt, je näher der Bezug zur Lebenswelt junger Menschen, je interessanter wird es für sie (vgl. Tab.32 ff). Entscheidungsträger müssen daher in der Lage sein, insbesondere **die** Kinder und Jugendlichen einzubinden, welche von der jeweiligen Entscheidung betroffen sind und einen Bezug dazu haben. Jede Zielgruppe junger Menschen braucht wiederum eine entsprechende kinder- und jugendgerechte Partizipationsform (vgl. 7.1). Der Ausbau einer funktionierenden Infrastruktur für Partizipation junger Menschen im öffentlichen Raum ist daher auch abhängig von personellen und finanziellen Ressourcen. Dass diese Investitionen nicht nur jungen Menschen zu ihren Rechten verhelfen, sondern auch andere Investitionen zielgerichteter machen bzw. Fehlinvestitionen verhindern können, ist in der Fachliteratur mittlerweile unbestritten (s. Punkt 5.2).

11.4 Optimierung von Partizipationsangeboten?

In Neustadt in Holstein existieren eine Vielzahl von Partizipationsmaßnahmen, z.B. im Bereich der Schule, der Vereine und Verbände, der Kommune etc.
Einige werden bewusst und gezielt angewandt, andere sind schon viele Jahre in Regelwerken, z.B. Satzungen, verankert und nicht explizit zur Partizipation junger Menschen installiert. Wieder andere Maßnahmen sind als Bestandteil eines allg. Verständnisses von Beteiligung schon lange in Handlungsmuster integriert und nirgendwo festgeschrieben.

Es gibt außer den gesetzlichen Regelungen wenige Orientierungsmaßstäbe für die praktische Umsetzung von Beteiligung. Die Folge sind sehr unterschiedliche Herangehensweisen und Interpretationen der Rechte junger Menschen. Häufig empfinden junge Menschen Beteiligung nicht als Recht, sondern als mehr oder weniger ernst gemeinte Offerte. Bei lediglich jedem 3. jungen Bürger wird dieses Recht als sehr wichtig wahrgenommen (vgl. Tab. 19). Ihr Recht sehen sie häufig lediglich in der Möglichkeit zur selbstbestimmten Handlung, diese Offerte abzulehnen. Die Literatur bietet zwar ein umfangreiches Material mit Praxisbeispielen, Erhebungen und Fachstandards, welche jedoch noch intensiverer Recherchen bedürfen, um daraus praktische, auf den Einzelfall bezogene Beteiligung, zu installieren.
Partizipation ist in den meisten Institutionen mehr oder weniger ein Nebenziel. D.h., es ist auch zu wenig Zeit vorhanden, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Hinzu kommt, dass es kaum „Verantwortliche“ für die Umsetzung von Beteiligungsmaßnahmen gibt – dafür ist jeder und somit häufig keiner verantwortlich.

Einrichtungen unterstützen, Beteiligungsrechte einheitlicher realisieren
Es erscheint daher sinnvoll z.B. Einrichtungen bei der Umsetzung von Partizipation zu unterstützen. Beteiligungsstrukturen sollten offen gelegt und öffentlich bekannt sein, z. B. in Hausordnungen und Satzungen. Auch Termine für Vollversammlungen u. ä. sollten rechtzeitig bekannt gemacht werden. Hier könnte eine externe Person moderieren. Dem Kinder- und Jugendparlament kommt hierbei insbesondere bei der Klärung von Machtverhältnissen als unabhängiges aber anerkanntes Gremium (vgl. Tab 23 ff) eine wichtige Rolle zu. Erwachsene, z. B. hauptamtliche Mitarbeiter der Kommune, Schule etc. sind ebenso gefordert, ihre unterstützenden Rollen zu definieren. Spezielle erwachsenen Ansprechpartner im Bereich der Interessensvertretung junger Menschen werden von ca. der Hälfte aller Befragten gewünscht (vgl. Tab 29 ff). Hier sind in der Priorität der Bereiche (vgl. Tab. 32) z. B. Schulsozialarbeiter, Bauamtsmitarbeiter, Freizeiteinrichtungsleiter und Jugendwarte zu nennen.
Unterstützung von Einrichtungen in Beteiligungsangelegenheiten darf jedoch nicht dazu führen, dass einer konkreten Auseinandersetzung mit Entscheidungsträgern ausgewichen wird, wenn z.B. Schüler mit dem Schulsozialarbeiter verhandeln und dieser ihre Wünsche beim Schuldirektor durchsetzen soll. Dies würde nicht nur dem Grundgedanken von Partizipation widersprechen, sondern auch jungen Menschen das Gefühl geben, nicht ernst genommen zu werden. Der Schulsozialarbeiter oder eine andere unterstützende Person tritt hier besser in einer moderierenden Funktion auf und versucht Sprach- und Verständnisbarrieren zu überbrücken.

Ähnliches gilt für das Verhältnis zwischen offenen und repräsentativen Beteiligungsformen (vgl. Punkt 8). Die Beteiligungsform darf nicht auf eine zumeist repräsentative Form beschränkt bleiben, sondern soll der Situation angepasst sein. Das heißt, dass Schülervertreter- bzw. Kinder- und Jugendparlament Sitzungen z. B. nicht nur öffentlich sind, sondern in einem sinnvollen Verhältnis zu Angeboten stehen sollten, welche die Interessen vieler

junger Menschen widerspiegeln wie z. B. Befragungen oder Themenprojekte.
Ziel sollte ein grundsätzliches Verständnis von Beteiligung junger Menschen sowie in den Einrichtungsstatuten öffentlich gemachte Partizipationsmöglichkeiten sein. Ein einheitliches Bild von Beteiligung junger Menschen Einrichtungen und Institutionen unabhängig von den Trägern wäre anzustreben, um Partizipation als Recht und nicht als spezielles Institutionsangebot zu transportieren.

Arbeitsgruppen, in denen sich so genannte Partizipationsbeauftragte oder unterstützende Personen austauschen und abgleichen können, machen an dieser Stelle Sinn. Solche AGs können sich sowohl auf den Träger bezogen, als auch auf das Thema bezogen konstituieren z.B.
- die Vertrauenslehrer und Schülervertreter der ortsansässigen Schulen oder
- die für Partizipation beauftragten Personen aus Einrichtungen und Institutionen, welche für Kindern und Jugendliche arbeiten.

Unterstützung der jungen Menschen bei der Einmischung in die eigene Lebenswelt ist jedoch als grundsätzliches Recht institutions- und einrichtungsübergreifend zu sehen. Aktive Mitgestaltung im öffentlichen Raum bedeutet daher nicht, nur jungen Menschen Beteiligung im Rahmen von Einrichtungen und Institutionen anzubieten sondern auch strukturgebende Impulse zu fördern und zu begleiten, z. B. durch projektorientierte Beteiligungsformen wie Stadtteilerkundungen und Zukunftswerkstatt (vgl. Bruner /Winklhofer/Zinser 1999,45f). Offene und projektorientierte Partizipationsangebote sollen den Zugang anderer junger Menschen nicht nur erlauben, sondern sie durch ihren Bezug zur jeweiligen Lebenswelt junger Menschen und durch zielgruppengerechte Gestaltung regelrecht dafür begeistern.

11.5 Respekt und Akzeptanz der Erwachsenenwelt?

Anhand der vorliegenden Studie, eine Kombination aus theoretischen Standards und einer ortsbezogenen Erhebung, lassen sich viele Optimierungsvorschläge für Partizipation in Neustadt in Holstein ableiten. Einige von ihnen wurden bereits genannt, wie z.B.

- das Hervorheben der Doppelfunktion von Schule als Lern- und Praxisfeld von Beteiligung,
- Maßnahmen zur Verbesserungen der Infrastruktur von Partizipation,
- Abbau von großen Abweichungen in der Auslegung von Mitbestimmung bzw. großer Unterschiede der Beteiligungsformen und Angebote in Einrichtungen,
- Unterstützung und Förderung von Beteiligung durch Arbeitsgruppen bzw. Partizipationsbeauftragte.

Diese und viele andere Ansätze zur praktischen Umsetzung von Partizipation sind jedoch zum Scheitern verurteilt, wenn der Respekt und die Akzeptanz durch die Erwachsenenwelt fehlen.
Dies ist auch der Grund, warum eindeutige Handlungsvorgaben sowohl in gesetzlicher als auch fachlicher Natur in der Praxis so häufig unterwandert werden.
Dies trifft sicherlich nicht nur für Beteiligungsrechte junger Menschen sondern allgemein für die gesetzlich verankerte demokratische Gesellschaftsstruktur in unserem Land zu. Nicht nur in der geschichtlichen Vergangenheit wird deutlich, wie verführerisch andere Gesellschaftsformen sein können (vgl. 5.1). Es gibt politische Parteien, welche diese Gesellschaftsform wichtiger nehmen als andere, z.B. rechtsextreme Parteien.
Diese Parteien bewegen sich zum Teil am Rande der Vorgaben der deutschen Verfassung.
Man fragt sich mit Recht, ob junge Menschen in einer Lebenswelt geprägt von Autorität und nicht ernst gemeinter Beteiligung - so genannter Scheinpartizipation - die Vorteile einer demokratischen Gesellschaftsstruktur erkennen können. Die Befragung hat gezeigt, dass junge Menschen durchaus erkennen, ob Beteiligung vorhanden, bzw. ernst gemeint ist oder nicht (vgl. Punkt 10.1).
Aus der Antwortenstruktur der Befragung kann gefolgert werden, dass an den Orten, an denen man sich Zeit nimmt und ernsthaftes Interesse an der Meinung junger Menschen zeigt, Mitbestimmung auch als solche erlebt wird (vgl. 10.1.3). Respekt und Akzeptanz in der Erwachsenenwelt gegenüber Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wird daher letztendlich eher von der eigenen Grundhaltung bestimmt, als durch gesetzliche oder fachliche Vorgaben.
Für die Optimierung von Partizipationsmaßnahmen vor Ort bedeutet dies, dass eine partizipative Grundhaltung gegenüber jungen Menschen im Sinne von Leitlinien durch z.B. Arbeitsgruppen, Gremien, Fachtagungen etc. transportiert und hervorgehoben werden sollte.
Der Erhalt der demokratischen Gesellschaftsform durch die nächsten Generationen lässt sich sicherlich nicht erzwingen - auch nicht durch gesetzliche Vorgaben. Demokratische Prozesse sind jedoch erlebbar und jeder junge Mensch unserer Gesellschaft hat ein Recht auf diese Erfahrung.

12 Schlussbemerkung und Danksagung

Im Rahmen dieser Studie war neben der Befragung junger Menschen in Neustadt in Holstein auch eine Befragung von Institutionen bzw. deren Vertreter vorgesehen, welche in der Lebenswelt junger Menschen eine wichtige Rolle spielen. Sie sollte Aufschluss über das Gesamtangebot von Partizipa-

tionsmaßnahmen Vorort geben. Es wurde daher ein Fragebogen erstellt, der speziell an diese Institutionen gerichtet war. Leider waren die Rückläufe so gering, dass eine Auswertung im Rahmen dieser Studie nicht sinnvoll erschien. Aufgrund von Rückfragen ist ermittelt worden, dass zumindest einigen Personen die Beantwortung zu schwer fiel.

Das Ziel dieser Studie ist es, Einblicke in die Partizipationsstruktur in Neustadt in Holstein zu gewähren und Wirkungszusammenhänge aufzuzeigen. Dabei stand das Beteiligungsempfinden der jungen Menschen im Vordergrund. Die Ergebnisse wurden analysiert und Auffälligkeiten herausgearbeitet. Diese wurden auf dem Hintergrund von fachtheoretischen Standards, sowie im Vergleich mit anderen Erhebungen, z.B. Bertelsmann-Studie, hinterfragt.

Die Ergebnisse bestätigen einerseits von jungen Menschen erlebte Partizipation, andererseits zeigen sie mögliche Optimierungsbereiche auf.
Die gewonnenen Rückschlüsse aus dieser Studie stellen lediglich vereinzelte mögliche Handlungsansätze dar. Anhand der in vielen Grafiken und Tabellen aufgearbeiteten Ergebnisse der Jugendbefragung sind sicherlich noch viele weitere Rückschlüsse auch für spezielle Partizipationsbereiche möglich und ausdrücklich erwünscht.

Die Durchführung dieser Studie ist nur durch die Mithilfe von unter Anderem folgenden Personen möglich gewesen:

- Die Rektoren und Lehrkräfte der ortsansässigen Schulen, welche die Verteilung und den Rücklauf der Fragebögen organisierten:
  Grund- und Hauptschule am Steinkamp, Jakob-Lienau Realschule, Kreisgymnasium, Förderzentrum am Rosengarten
- Die Honorarkräfte, Praktikanten und Ehrenamtliche, welche beim Auswerten der Fragebögen halfen:
  Falk Krüger, Miriam Körner, Mike Bartels, Bianca Struck
- Der Kreis Ostholstein durch seine finanzielle Unterstützung
- Die Fachhochschule Kiel, Universität Lüneburg durch inhaltliche Unterstützung und Beratung
- Allen Kindern und Jugendlichen bzw. diejenigen, die sich die Zeit genommen haben den Fragebogen auszufüllen
- Das Kinder und Jugendparlament, das dabei half, den Fragebogen zu erstellen und zu testen

Der größte Dank an die Beteiligten dieser Studie und deren zum größten Teil ehrenamtliches Engagement ist es, wenn Sie diese Studie als Handlungsgrundlage für die Umsetzung von Beteiligung junger Menschen in ihrem Handlungsbereich nutzen.

Literaturverzeichnis

Aktion Schleswig-Holstein – Land für Kinder (Hrsg.):

10 Jahre Gemeinschaftsaktion Schleswig-Holstein – Land für Kinder.
Kiel 1999

Amnesty international- Menschenrechtsabkommen:

Internationale Abkommen zu den Menschenrechten.
http://www.amnesty.de/rechte/un_abkom.htm vom 26.05.2006, S. 1-4

Apel, Peter und Reinhard Pach (Hrsg.):

Kinder planen mit. Stadtplanung unter Einbeziehung von Kindern.
Unna 1997

Badawia, Tarek:

Thesen zur Förderung gesellschaftlicher Partizipation von muslimischen Kindern und Jugendlichen. IN: neue praxis, H. 2, o. O. 2005, S. 158-186.

Bartscher, Matthias:

Politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. IN: Kern, Uta- Maria und Klaus Waldmann (Hrsg.): Fit for politics. Projekte lebensweltorientierter politischer Jugendbildung. Schönaich im Februar 2000. S. 27-54

Bundschuh, Stefan und Birgit Jagusch:

Über das Verhältnis von Partizipation und Integration. IN: Praxis Politische Bildung,
Heft 4/2005, S. 260 - 266

Becker, Susanne und Johannes Münder:

Rechtliche Aspekte von Jugendhilfeplanung und Jugendhilfeplänen. IN: Jordan, Erwin und Reinhold Schone (Hrsg.): Handbuch Jugendhilfeplanung. Grundlagen, Bausteine, Materialien.
Münster 1998, S. 207-250

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.):

Politische Partizipation in Deutschland.
Bonn 2004

Bitzan, Maria:

„...ihren Fähigkeiten entsprechend zu beteiligen." Voraussetzungen und Möglichkeiten zur Beteiligung von Mädchen an Planungsprozessen. IN: Stiftung SPI. Bundesmodell „Mädchen in der Jugendhilfe" (Hrsg.).
Berlin 1999. S. 103-114

Blandow, Jürgen, Gintzel, Ullrich und Peter Hansbauer:

Partizipation als Qualitätsmerkmal in der Heimerziehung - Eine Diskussionsgrundlage.
Münster 1999

Blanke, Hedwig:

Kinder und Politik. Partizipationsmodelle auf dem Prüfstand.
IN: Blanke, Hedwig/ Hovenga, Brigitte und Silvia Wawrziczny (Hrsg.): Handbuch kommunale Kinderpolitik. Ansätze, Anregungen und Erfahrungen konkreter Kinderpolitik. Münster 1993. S. 27-35

Bruner, Claudia Franziska/ Winkelhofer, Ursula und Claudia Zinser:

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Ergebnisse einer Bundesweiten Erhebung.
Augsburg 1999

Brunsemann, Claudia/ Stange, Waldemar und Dieter Tiemann:

Mitreden- mitplanen- mitmachen: Kinder und Jugendliche in der Kommune.
Berlin und Kiel im November 1997

Brenner, Gerd:

Multi- und interkulturelle Jugendarbeit. IN: deutsche jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit (Hrsg).
Weinheim im Oktober 2003, S. 415 - 422

Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend (Hrsg.):

Familien- und Kinderfreundlichkeitsprüfung in den Kommunen: Erfahrungen und Konzepte. Stuttgart, Berlin und Köln 1999

Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend (Hrsg.):

Zehnter Kinder- und Jugendbericht. Bonn 1998

Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend (Hrsg.):

Zwölfter Kinder und Jugendbericht, vorläufige Fassung, Berlin 2005,
http://www.bmfsfj.de
13.10.2005

Deinet, Ulrich:

Sozialräumliche Jugendarbeit in der Jugendarbeit. IN: Deinet, Ulrich und Benedikt Sturzenhecker (Hrsg.): Jugendarbeit auf dem Land. Ideen, Bausteine und Reflexionen für eine Konzeptentwicklung.
Dortmund im Juni 2000, S. 7-22

Deinet, Ulrich und Benedikt Sturzenhecker (Hrsg.):

Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. 3. Auflage.
Wiesbaden im Mai 2005

Delmas, Nadine und Albert Scheer:

Bildungspotenziale der Jugendarbeit. IN: deutsche Jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit (Hrsg).
Weinheim im März 2005, S. 105-109

Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V., Hannover:

Taschenbuch der Kinderpresse 2000.
Remagen- Rolandseck im September 2000

Deutscher Kinderschutzbund Marburg e.V. (Hrsg.):

Prüfverfahren „Kindgerechte Stadtgestaltung“ - Kriterien und Vorschläge zur Umsetzung. 2. Aufl..
Marburg 1998

Deutsches PISA – Konsortium (Hrsg.):

PISA 2000 – Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Leske, Budrich, Opladen, 2001.

Deutsche Shell (Hrsg.):

Jugend 2000. 13. Shellstudie.
Opladen 2000

Deutsche Shell (Hrsg.):

Jugend 2002. 14. Shellstudie.
Frankfurt am Main 2002

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge:

Fachlexikon der sozialen Arbeit. 4. Aufl. 1997, S. 55 und 105-110

Eichholz, Reinald:

Kinderfreundlichkeit- Das Leitfragenkonzept. IN: Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein- Westfalen (Hrsg.): Dialogverfahren Kinderfreundlichkeit. Ansätze, Erfahrungen, Weiterentwicklungen. Düsseldorf im Mai 2002. S. 8 - 22

Fatke, Reinhard und Helmut Schneider:

Bertelsmann-Stiftung (Hrsg): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland.
Gütersloh im April 2006

Faulde, Joachim:

Jugendverbände: Auslauf- oder Zukunftsmodell?
IN: neue praxis, Heft Nr. 5, 2003, S. 422-446

Hafeneger, Benno:

Erst- und Jungwähler: Viele haben rechtsextrem gewähl IN: deutsche jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit (Hrsg).
Weinheim im Dezember 2004, S. 511-513

Hafeneger, Benno:

Beteiligung in Jugendverbänden IN: deutsche jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit (Hrsg).
Weinheim im Mai 2006, S. 210 - 217

Hafeneger, Benno/Jansen, Mechtild M. und Torsten Niebling (Hrsg):

Kinder- und Jugendpartizipation. Im Spannungsfeld von Interessen und Akteuren.

Opladen 2005

Hermann, Michael:

Möglichkeiten und Grenzen der Jugendbeteiligung. IN: Jugendstiftung Baden-Württemberg (Hrsg.): Projekt Arbeit - Projekte Konzepte Ideen, Heft 2/02.

Sersheim im Februar 2002

Hopp, Thomas:

Auskunft zu Einwohnerdaten. Bürgerbüro – Stadt Neustadt in Holstein.

17.07.2006, 9.04 Uhr

Infostelle Kinderpolitik:

Bibliothek/ Lexikon

http://www.kinderpolitik.de/biblio/lexikon/k.htm

08.08.00, 1-8

Jordan, Erwin und Remi Stork:

Beteiligung in der Jugendhilfeplanung. IN: Jordan, Erwin und Reinhold Schone (Hrsg.): Handbuch Jugendhilfeplanung. Grundlagen, Bausteine, Materialien.

Münster 1998. S. 519-574

Kalscheuer, Mareile:

Kinderrechte und Jugendämter- Hat das KJHG den Bock zum Gärtner gemacht? IN: Boogaart, van den, H./ Fenske, J. und G. Mankau (Hrsg.): Rechte von Kindern und Jugendlichen. Wege zu ihrer Verwirklichung. Beiträge zum Frankfurter Rechte- Kongress 1995.

Münster 1996. S. 97-106

Kerber, Harald und Arnold Schmieder (Hrsg.):

Handbuch Soziologie. Zur Theorie und Praxis sozialer Beziehungen.

Reinbek bei Hamburg im Februar 1991

Kersting, Norbert:

Internet Voting Behaviour: Lessons from German Local Election. IN: Kersting, Norbert / Baldersheim, Harald: Electronic Voting and Democracy.
New York 2004

Kraus, Björn:

Partizipation und soziale Ungerechtigkeit. Zu den Zielen und Voraussetzungen von Kinderbeteiligungsprojekten am Beispiel einer sozialraumorientierten Beteiligungsmethode. IN: deutsche jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit (Hrsg).
Weinheim im Juni 2005, S. 263 – 268

Krüger, Heinz-Herrmann:

Jugend und Demokratie – Politische Bildung auf dem Prüfstand
Opladen 2002

Merk, Peter:

Kinderfreundlichkeit. Das Mandat der Jugendhilfe. IN: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein- Westfalen (Hrsg.): Kinderfreundlichkeit.
Bönen, Juli 1995

MPFS - Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (Hrsg.):

JIM-Studie 2004. Jugend, Information, (Multi-) Media.
Stuttgard 2004

Münder, Johannes et al. :

Frankfurter Lehr- und Praxiskommentar zum KJHG.
3., völlig überarbeitete Aufl. 01.01.99

Nadine Delmas und Albert Scheer:

Bildungspotenziale der Jugendarbeit. Ergebnisse einer explorativen empirischen Studie. IN: deutsche Jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit (Hrsg.).

Weinheim im März 2005, S. 105-109

Oestreich, Paul:

Politische Bildung von 14-Jährigen in Deutschland. Studien aus dem Projekt Civic Education.
Opladen 2002

Palentien, Christian und Klaus Hurrelmann:

Schülerdemokratie. Mitbestimmung in der Schule. Neuwied 2003

Picot, Sibylle:

Lola rennt. Engagement junger Frauen im Kontext biographischer Erwartungen. IN: deutsche jugend Zeitschrift für die Jugendarbeit (Hrsg.).
Weinheim im November 2003, S. 476 - 482

Rauschenbach, Brigitte:

Demokratie in Kinderschuhen. Braucht ein demokratisches Gemeinwesen die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen? IN: Boogaart, van den, H./Fenske, J. und G. Mankau (Hrsg.): Rechte von Kindern und Jugendlichen. Wege zu ihrer Verwirklichung. Beiträge zum Frankfurter Rechte- Kongress 1995. Münster 1996. S. 21-40

Roth, Roland und Thomas Olk:

Begründungen für eine verstärkte Partizipation von Kindern und Jugendlichen IN: Vorabdruck zum Forum "Kindheit und Jugend", Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Handbuch kommunale Kinderpolitik. Ansätze, Anregungen und Erfahrungen konkreter Kinderpolitik.
Gütersloh im April 2006

Selma, L:

„Nicht nah, aber immer für dich da !"- Erreichbarkeit im Familienalltag. IN: Merz, 49.Jg., Nr.3, o. O., o. J., S. 24-28.

Schellhorn, Walter (Hrsg.):

Sozialgesetzbuch. Achtes Buch Kinder und Jugendhilfe. 2. Aufl. Januar 2000

Schnurr, Stefan:

Partizipation, in: Hans-Uwe Otto / Hans Thiersch (Hg.): : Handbuch Sozialarbeit / Sozialpädagogik, Neuwied; Kriftel 2001, S.1330-1345.

Stange, Waldemar:

Kinderfreundliche Dorfentwicklung. IN: TPS. Kinderfreundliche Dorfentwicklung (I&II). Handbuch der Elementarerziehung. Ergänzungslieferung November 1997. Abschnitt 4.25 und 4.26

Stange, Waldemar / Brunsemann, Claudia und Kristin Garz:

„Dorf für Kinder- Dorf für alle: Kinderfreundliche Dorferneuerung durch Kinderbeteiligung". Vorläufige Ergebnisse aus den Modelldörfern im ersten Jahr des Projektes. – Ein Zwischenprotokoll-

Fachhochschule Lüneburg 1999

Stange, Waldemar und Dieter Tiemann:

Alltagsdemokratie und Partizipation: Kinder vertreten ihre Interessen in der Kindertagesstätte, Schule, Jugendarbeit und Kommune. IN: Sachverständigenkommission Zehnter Kinder- undJugendbericht (Hrsg.): Materialien zum Zehnten Kinder- und Jugendbericht. Band 3.

Opladen 1999

Statistisches Bundesamt Deutschland (Hrsg.):

Bildung, Wissenschaft und Kultur. Allgemein bildende Schulen, Ausländische Schüler/innen nach Schularten 2005

http://www.destatis.de/basis/d/biwiku/schultab9.php

23.5.2006

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.):

Gebiet und Bevölkerung - Ausländische Bevölkerung. Bevölkerung am 31.12. ... nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit.

Baden-Württemberg im Oktober 2005

http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/impressum.asp
23.5.2006

Sturzenbecher, Dietmar und Markus Hess:
Soziale Partizipation. Eine psychologische Begriffsbestimmung und Anforderungsanalyse. IN: Sturzenbecher & Großmann (Hrsg.): Soziale Partizipation im Vor- und Grundschulalter. Grundlagen.
München 2003, S.13-44

Thole, Werner und Jörg Hoppe (Hrsg.):
Freiwilliges Engagement – Ein Bildungsfaktor.
Frankfurt am Main 2003

UNICEF:
Zum Jahrestag der UN- Kinderrechtskonvention am 20. November: Der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit beginnt in Schule und Elternhaus / Politiker und Parteien sollen ihre auf Abwehr gerichtete Sprache und Politik gegenüber Flüchtlingen ändern.
http://www.unicef.de/cgi-bin/makeArticle.pl?entry=172&db=news&search=kinderrechte/ 14.12.2000, 1-2

Zacharias, Wolfgang:
Kommunale Netzwerk – Infrastrukturen. IN: Otto, H.-U., Kutscher, N. (Hrsg.): Informelle Bildung Online.
Weinheim, München 2004, S.167 - 187

Anlagen

Anlage I Schul-, bzw. Lehreranschreiben zum Fragebogen I

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen,

In der letzten Woche habe ich ihnen, den Schulen in Neustadt einen Vorentwurf eines Fragebogens zur Untersuchung zu Beteiligungsstrukturen für junge Menschen vor Ort zugesandt.

Wir haben erfreulicherweise sehr viele hilfreiche Rückmeldungen erhalten, welche in den Fragebogen eingeflossen sind. Sicher wird auch diese Version seine „Ecken und Kanten“ haben. Schließlich soll er **Kinder und Jugendliche von 10 – 17 Jahren (einschl.)** gleichermaßen ansprechen.

Ziel ist es, zu prüfen, inwieweit junge Menschen in Neustadt in Holstein gemäß den Bestimmungen (z.B. §47f, GO) und den fachlichen Standards an den " sie betreffenden Entscheidungen" beteiligt werden bzw. ausreichende Möglichkeiten dafür bereitstehen.

Bitte lassen sie die Fragebögen in Anwesenheit von Ansprechpartnern ausfüllen. Für evtl. Verständnisfragen und vielleicht auch als Gesprächs- Diskussionsgrundlage. Immerhin ist die Beteiligung von (jungen) Menschen an Entscheidungen die Grundlage unseres demokratischen Gesellschaftssystems.

Wir bedanken uns für die Zusammenarbeit und hoffen auf einen **Rücklauf wenn möglich in ca. einer Woche**.

Für Fragen stehen wir ihnen gerne zur Verfügung. Nutzen sie neben der o. a. Tel. Nr. auch meine Handynr. xxx (für eilige Fragen)

Mit freundlichem Gruß

Anlage II Fragebogen I

Fragebogen für junge Menschen in Neustadt in Holstein

Thema: Mitbestimmung von Kinder und Jugendlichen

Bitte keinen Namen auf den Fragebogen schreiben !

A Zu Deiner Person:

A1 Du bist ...

O... männlich O ... weiblich

A2 Wie alt bist du?

Ich bin..... Jahre alt.

A3 Bist du seit Deiner Geburt in Deutschland?

O Ja.
O Nein, ich bin in Osteuropa geboren.
O Nein, ich bin in Türkei geboren.
O Nein.

B Mitbestimmung in der Familie und in der Schule

Nein = selbst wenn ich was sage, machen meine Eltern /Lehrer was sie wollen
geht so = ich werde wenigstens ab und zu nach meiner Meinung gefragt
Ja = Wenn es uns alle betrifft, stimmen wir meistens fair ab. Wenn es hauptsächlich mich allein betrifft, wird oft gemacht was ich vorschlage.

B1 Kannst du Zuhause mitbestimmen?

	Nein	geht so	ja
Bei der Einrichtung deines Zimmers	O	O	O
Bei deiner Freizeitgestaltung	O	O	O
Bei der gesamten Wohnungseinrichtung (z.B.: Wohnzimmer)	O	O	O
Bei der Wahl des Familienautos oder des Familienurlaubes	O	O	O
Bei der Wahl deiner Klamotten	O	O	O
Bei der Wahl des Fernsehprogramm	O	O	O

B2 Wie sehr wirst du bei folgenden Dingen in der Schule gefragt? Darfst du mitbestimmen?

	Ja, ich kann Mitbestim-men	**Geht so**, ich kann meine Meinung sagen	**Nein**, ich werde nur über die Dinge informiert
Was es für Unterrichtsthemen gibt	O	O	O
Was es für Regeln im Unter-richt gibt	O	O	O
Wie das Klassenzimmer aus-sieht. Wie die Tische und Stühle stehen.	O	O	O
Wohin es bei der Klassenfahrt geht	O	O	O
Wie der Pausenraum und der Pausenhof aussieht und was es am Schulkiosk gibt	O	O	O
Fragt man euch ob der Unter-richt Spaß macht oder ob et-was anders sein soll?	O	O	O

D Dein Recht auf Mitbestimmung

D1 Du hast ein Recht darauf bei Entscheidungen, die dich betreffen, mitzureden und mit zu entscheiden.
Weil man nicht jeden nach seiner Meinung fragen kann, gibt es Gruppen von Kindern und Jugendlichen, die dir helfen, deine Rechte auf Mitbestimmung auszuüben.
Wen würdest du ansprechen, wenn du etwas verändern willst ?

O Kinder- Jugendparlament

O Schülervertretungen (Klassensprecher)

O Jugendsprecher, Jugendwart (im Verein oder Verband) Kirche

O Jugendvertreter einer

O gar keine

O Kommt darauf an, was Ich verändern will

O Sonstige (nur Kinder oder Jugendliche) kannst du hier aufschreiben

_____

D2 Es gibt auch Erwachsene, die für dich und deine und deine Rechte zuständig sind. Wer soll sich lieber für deine Meinung einsetzen ?

O Kinder- und Jugendgruppen O Erwachsene (Eltern, Lehrer, Bürgermeister)

D3 **Weißt du, wie du mit jungen Leuten aus diesen eben genannten Gruppen in Kontakt kommen kannst?**

O Ja, ich kenne die Adressen und Termine für Sitzungen oder weiß wenigstens wo ich diese Informationen finde. Wenn ich will, erreiche ich fast alle davon
O Teilweise. Nicht bei allen, die für mich zuständig sind
O Nein, ich wüsste bei den meisten nicht, wie ich sie erreichen könnte
O Nein, ich will gar nicht mitbestimmen

D4 **Auf welche Art würdest du deine Meinungen /Wünsche mitteilen ?**

O Schriftlich (Brief, Wunschbox)
O Internet (e-Mail, Foren, usw.)
O Handy, SMS
O Zu den Sitzungen und Treffen gehen
O Ich kenne die Leute und würde sie ansprechen
O Keine Ahnung

D5 **In welchem Bereich ist dir die Mitbestimmung am wichtigsten?**
Kreuze höchstens 3x an!

O Wenn es um die Schule geht
O Spiel- und Sportplatzgestaltung
O Verkehrs- und Bauplanungen der Stadt
O Personalentscheidungen (z.B.: Einstellung von Lehrern, Trainern)
O Bei Veranstaltung (Kinderfest, Sportverein, THW und so)
O Freizeiteinrichtungen
O In meinem Verein / Verband
O Politik allgemein. Mit Politikern reden und mit abstimmen.
O Sonstiges
_____

E **Freizeit**

E1 **Wie häufig machst du folgende Dinge in deiner Freizeit?**

	nie	selten	manchmal	oft	Sehr oft
Im Sportverein Sport treiben	O	O	O	O	O
Sport ohne Verein	O	O	O	O	O
Video- und Computerspiele spielen	O	O	O	O	O
Rumhängen, relaxen	O	O	O	O	O
Fernsehen	O	O	O	O	O
Feuerwehr, THW, Pfadfinder oder andere nichtsportliche Vereine /Verbände	O	O	O	O	O
Skaten, Inline, Radfahren	O	O	O	O	O
Musikinstrument spielen, etwas malen oder bauen oder soetwas	O	O	O	O	O
Im Internet surfen, Chatten oder	O	O	O	O	O

e-Mails schreiben					
Lesen	O	O	O	O	O
Freunde oder Freundinnen treffen	O	O	O	O	O
In eine Jugendgruppe der Kirche oder einer Glaubensgemeinschaft gehen	O	O	O	O	O
Besuch in einem Jugendtreff, Jugendcafè oder ähnliches	O	O	O	O	O
Sonstiges:	O	O	O	O	O

Herzlichen Dank für deine Hilfe und Meinungen.

Die Ergebnisse dieser Umfrage erfährst du nach den Sommerferien in der Schule oder auf der Homepage der Stadt Neustadt in Holstein: www.neustadt-holstein.de

Stadtjugendpflege Neustadt in Holstein

Anlage III – Ergebniszusammenfassungdes Fragebogen I

Erklärung

Nachfolgend sind alle Antworten zur Befragung der Kinder und Jugendlichen als Zahlenwert in sogenannten Kreuztabellen angegeben, um die Aussagen und Darstellungen der Studie nachzuvollziehen.
Die Antworten sind nach der jeweiligen Schulform der beteiligten Schüler getrennt. Aus organisatorischen Gründen sind den Antworten der jeweiligen Schulform Farben zugeordnet:

grün = Gymnasium
gelb = Realschule
blau = Grund- und Hauptschule
rot = Förderschule

Die Ergebnisnummerierung entspricht dem Fragebogen. Die Tabellenantwortmöglichkeiten sind mit 1.1, 1.2 usw. durch nummeriert**.**

I

		a1			Gesamt
		männlich	weiblich	keine angaben	
Farbe	Grün	127	199	0	326
	Gelb	190	189	0	379
	Blau	156	116	1	273
	Rot	25	9	1	35
Gesamt		498	513	2	1013

		a2									Gesamt
		10	11	12	13	14	15	16	17	K.a.	
Farbe	Grün	9	48	53	49	40	51	45	30	1	326
	Gelb	7	65	46	57	74	50	48	31	1	379
	Blau	14	17	38	31	54	53	51	15	0	273
	Rot	1	3	10	8	4	5	3	0	1	35
Gesamt		31	133	147	145	172	159	147	76	3	1013

		a3				Gesamt
		ja	nein, osteuropa	nein, woanders	keine kreuz	
Farbe	Grün	308	6	10	2	326
	Gelb	359	15	3	2	379
	Blau	236	27	8	2	273
	Rot	33	1	0	1	35
Gesamt		936	49	21	7	1013

		b10				Gesamt
		ja	geht so	nein	kein Kreuz	
Farbe	Grün	289	35	1	1	326
	Gelb	319	57	2	1	379
	Blau	219	42	8	4	273
	Rot	26	5	1	3	35
Gesamt		853	139	12	9	1013

		b11				Gesamt
		ja	geht so	nein	kein Kreuz	
Farbe	Grün	289	32	4	1	326
	Gelb	344	28	4	3	379
	Blau	225	40	6	2	273
	Rot	23	7	2	3	35
Gesamt		881	107	16	9	1013

		b12				Gesamt
		ja	geht so	nein	kein Kreuz	
Farbe	Grün	60	198	65	3	326
	Gelb	64	240	68	7	379
	Blau	44	143	80	6	273
	Rot	7	18	8	2	35
Gesamt		175	599	221	18	1013

		b13				Gesamt
		ja	geht so	nein	kein Kreuz	
Farbe	Grün	47	156	123	0	326
	Gelb	66	182	117	14	379
	Blau	61	106	100	6	273
	Rot	8	11	13	3	35
Gesamt		182	455	353	23	1013

		b14				Gesamt
		ja	geht so	nein	kein Kreuz	
Farbe	Grün	177	125	21	3	326
	Gelb	235	114	25	5	379
	Blau	142	89	35	7	273
	Rot	16	10	7	2	35
Gesamt		570	338	88	17	1013

		b15				Gesamt
		ja	geht so	nein	kein Kreuz	
Farbe	Grün	309	15	2	0	326
	Gelb	350	21	3	5	379
	Blau	255	14	2	2	273
	Rot	28	4	1	2	35
Gesamt		942	54	8	9	1013

		b16				Gesamt
		ja	geht so	nein	kein Kreuz	
Farbe	Grün	79	190	31	26	326
	Gelb	105	190	30	54	379
	Blau	85	112	36	40	273
	Rot	14	17	2	2	35
Gesamt		283	509	99	122	1013

		b20				Gesamt
		ja	geht so	nein	kein Kreuz	
Farbe	Grün	36	195	95	0	326
	Gelb	78	182	112	7	379
	Blau	25	113	131	4	273
	Rot	12	14	6	3	35
Gesamt		151	504	344	14	1013

		b21				Gesamt
		ja	geht so	nein	kein Kreuz	
Farbe	Grün	48	140	135	3	326
	Gelb	99	121	154	5	379
	Blau	76	78	112	7	273
	Rot	23	4	2	6	35
Gesamt		246	343	403	21	1013

		b22				Gesamt
		ja	geht so	nein	kein Kreuz	
Farbe	Grün	70	169	86	1	326
	Gelb	85	202	83	9	379
	Blau	48	125	95	5	273
	Rot	11	17	5	2	35
Gesamt		214	513	269	17	1013

		b23				Gesamt
		ja	geht so	nein	kein Kreuz	
Farbe	Grün	47	142	136	1	326
	Gelb	121	143	106	9	379
	Blau	57	87	124	5	273
	Rot	15	12	4	4	35
Gesamt		240	384	370	19	1013

		b24				Gesamt
		ja	geht so	nein	kein Kreuz	
Farbe	Grün	7	58	257	4	326
	Gelb	17	72	286	4	379
	Blau	16	53	199	5	273
	Rot	4	17	11	3	35
Gesamt		44	200	753	16	1013

		b25				Gesamt
		ja	geht so	nein	kein Kreuz	
Farbe	Grün	61	124	138	3	326
	Gelb	99	133	138	9	379
	Blau	44	85	140	4	273
	Rot	12	11	9	3	35
Gesamt		216	353	425	19	1013

		c1				
		sehr wichtig	geht so	nicht wichtig	kein kreuz	Gesamt
Farbe	Grün	124	168	19	15	326
	Gelb	119	206	35	19	379
	Blau	86	126	48	13	273
	Rot	12	13	3	7	35
Gesamt		341	513	105	54	1013

		c20		
		Kinder - und Jugendpar-lament	nein	Gesamt
Farbe	Grün	100	226	326
	Gelb	102	277	379
	Blau	71	202	273
	Rot	14	21	35
Gesamt		287	726	1013

		c21		
		Schülervertretung	nein	Gesamt
Farbe	Grün	132	194	326
	Gelb	156	223	379
	Blau	76	197	273
	Rot	11	24	35
Gesamt		375	638	1013

		c22		
		Jugendsprecher ect.	nein	Gesamt
Farbe	Grün	38	288	326
	Gelb	29	350	379
	Blau	28	245	273
	Rot	5	30	35
Gesamt		100	913	1013

		c23		
		Jugendvertreter Kirche	nein	Gesamt
Farbe	Grün	7	319	326
	Gelb	10	369	379
	Blau	5	268	273
	Rot	1	34	35
Gesamt		23	990	1013

		c24		
		gar keine	nein	Gesamt
Farbe	Grün	90	236	326
	Gelb	112	267	379
	Blau	122	151	273
	Rot	8	27	35
Gesamt		332	681	1013

A = Beziehungspartner, **B** = der Bürgermeister, **C** = die Lehrer, **D** = Eltern
E = Erwachsene, **F** = Freunde, **G** = Geschwister, **H** = Kinder- und Jugend Parlament, I = Schulsprecher

		c25										
			A	B	C	D	E	F	G	H	I	Ge-samt
Farbe	Grün	291	3	0	0	5	0	23	4	0	0	326
	Real	346	2	3	3	8	0	10	3	2	2	379
	Haupt	246	0	2	1	4	1	12	4	3	0	273
	Förder	34	0	0	0	0	0	0	1	0	0	35
Gesamt		917	5	5	4	17	1	45	12	5	2	1013

		c3					Ge-samt
		ja, ich kenn alle infos	teilweise	nein, wüsste keine infos	nein, will nicht	kein kreuz	
Farbe	Grün	90	131	52	43	10	326
	Gelb	83	151	62	77	6	379
	Blau	70	65	35	87	16	273
	Rot	7	5	8	9	6	35
Gesamt		250	352	157	216	38	1013

		c40		
		schriftlich	nein	Gesamt
Farbe	Grün	130	196	326
	Gelb	134	245	379
	Blau	86	187	273
	Rot	18	17	35
Gesamt		368	645	1013

		c41		
		Sitzung, treffen	nein	Gesamt
Farbe	Grün	42	284	326
	Gelb	53	326	379
	Blau	33	240	273
	Rot	8	27	35
Gesamt		136	877	1013

		c42		
		Internet	nein	Gesamt
Farbe	Grün	89	237	326
	Gelb	77	302	379
	Blau	49	224	273
	Rot	2	33	35
Gesamt		217	796	1013

		c43		
		kenne sie und würde ansprechen	nein	Gesamt
Farbe	Grün	103	223	326
	Gelb	111	268	379
	Blau	63	210	273
	Rot	5	30	35
Gesamt		282	731	1013

		c44		
		Handy	nein	Gesamt
Farbe	Grün	17	309	326
	Gelb	37	342	379
	Blau	22	251	273
	Rot	7	28	35
Gesamt		83	930	1013

		c45		
		keine Ahnung	nein	Gesamt
Farbe	Grün	43	283	326
	Gelb	65	314	379
	Blau	78	195	273
	Rot	5	30	35
Gesamt		191	822	1013

		c5				
		Kinder- und Jugendliche	Erwachsene	beide	kein kreuz	Gesamt
Farbe	Grün	165	124	26	11	326
	Gelb	171	174	23	11	379
	Blau	108	144	8	13	273
	Rot	8	21	2	4	35
Gesamt		452	463	59	39	1013

		c60 Schule	nein	Gesamt
Farbe	Grün	205	121	326
	Gelb	189	190	379
	Blau	124	149	273
	Rot	20	15	35
Gesamt		538	475	1013

		c61 Spiel- und Sportplätze	nein	Gesamt
Farbe	Grün	81	245	326
	Gelb	147	232	379
	Blau	106	167	273
	Rot	11	24	35
Gesamt		345	668	1013

		c62 Freizeiteinrichtungen	nein	Gesamt
Farbe	Grün	139	187	326
	Gelb	174	205	379
	Blau	126	147	273
	Rot	13	22	35
Gesamt		452	561	1013

		c63 Personalentscheidungen	nein	Gesamt
Farbe	Grün	56	270	326
	Gelb	59	320	379
	Blau	32	241	273
	Rot	3	32	35
Gesamt		150	863	1013

		c64 bei Veranstaltungen	nein	Gesamt
Farbe	Grün	84	242	326
	Gelb	117	262	379
	Blau	76	197	273
	Rot	11	24	35
Gesamt		288	725	1013

		c65 Verkehrs- und Baupla-nungen	nein	Gesamt
Farbe	Grün	26	300	326
	Gelb	22	357	379
	Blau	41	232	273
	Rot	1	34	35
Gesamt		90	923	1013

		c66		
		Im Verein/Verband	nein	Gesamt
Farbe	Grün	121	205	326
	Gelb	166	213	379
	Blau	75	198	273
	Rot	13	22	35
Gesamt		375	638	1013

		c67		
		Politik	nein	Gesamt
Farbe	Grün	38	288	326
	Gelb	33	346	379
	Blau	27	246	273
	Rot	6	29	35
Gesamt		104	909	1013

A = zu Hause, **B** = Familie, **C** = Freizeit/Freunde, **D** = Schule, **E** = Schule, zu Hause, **F** = Umwelt, **G** = Zimmer, **H** = zu Hause

		c68									
			A	B	C	D	E	F	G	H	Gesamt
Farbe	Grün	309	0	4	6	2	0	1	2	2	326
	Gelb	360	1	2	4	0	1	1	4	6	379
	Blau	261	0	1	6	3	0	1	0	1	273
	Rot	35	0	0	0	0	0	0	0	0	35
Gesamt		965	1	7	16	5	1	3	6	9	1013

		d10						
		sehr oft	oft	manchmal	selten	nie	kein Kreuz	Gesamt
Farbe	Grün	116	115	33	11	50	1	326
	Gelb	104	93	58	28	86	10	379
	Blau	47	32	35	34	108	17	273
	Rot	3	1	6	3	17	5	35
Gesamt		270	241	132	76	261	33	1013

		d11						
		sehr oft	oft	manchmal	selten	nie	kein Kreuz	Gesamt
Farbe	Grün	43	88	142	38	12	3	326
	Gelb	83	113	122	35	19	7	379
	Blau	51	78	78	24	32	10	273
	Rot	5	6	9	4	8	3	35
Gesamt		182	285	351	101	71	23	1013

		d12						
		sehr oft	oft	manchmal	selten	nie	kein Kreuz	Gesamt
Farbe	Grün	26	62	108	98	27	5	326
	Gelb	45	74	125	107	20	8	379
	Blau	48	55	85	47	29	9	273
	Rot	6	6	14	5	2	2	35
Gesamt		125	197	332	257	78	24	1013

		d13						
		sehr oft	oft	manchmal	selten	nie	kein Kreuz	Gesamt
Farbe	Grün	52	83	109	61	18	3	326
	Gelb	67	120	121	57	11	3	379
	Blau	67	74	74	39	11	8	273
	Rot	6	9	11	3	2	4	35
Gesamt		192	286	315	160	42	18	1013

		d14						
		sehr oft	oft	manchmal	selten	nie	kein Kreuz	Gesamt
Farbe	Grün	33	103	136	45	5	4	326
	Gelb	50	126	146	41	3	13	379
	Blau	48	89	94	28	3	11	273
	Rot	7	7	13	4	1	3	35
Gesamt		138	325	389	118	12	31	1013

		d15						
		sehr oft	oft	manchmal	selten	nie	kein Kreuz	Gesamt
Farbe	Grün	14	13	10	20	268	1	326
	Gelb	18	14	13	38	284	12	379
	Blau	25	9	7	12	208	12	273
	Rot	4	3	1	1	24	2	35
Gesamt		61	39	31	71	784	27	1013

		d16						
		sehr oft	oft	manchmal	selten	nie	kein Kreuz	Gesamt
Farbe	Grün	19	41	82	94	87	3	326
	Gelb	26	62	81	116	84	10	379
	Blau	23	19	70	50	97	14	273
	Rot	1	2	9	5	13	5	35
Gesamt		69	124	242	265	281	32	1013

		d17						
		sehr oft	oft	manchmal	selten	nie	kein Kreuz	Gesamt
Farbe	Grün	44	54	36	54	136	2	326
	Gelb	38	29	60	72	174	6	379
	Blau	19	17	22	37	169	9	273
	Rot	0	4	7	10	10	4	35
Gesamt		101	104	125	173	489	21	1013

		d18						
		sehr oft	oft	manchmal	selten	nie	kein Kreuz	Gesamt
Farbe	Grün	21	34	61	74	135	1	326
	Gelb	33	34	81	67	162	2	379
	Blau	19	33	28	33	149	11	273
	Rot	2	0	1	6	21	5	35
Gesamt		75	101	171	180	467	19	1013

		d19						
		sehr oft	oft	manchmal	selten	nie	kein Kreuz	Gesamt
Farbe	Grün	26	36	79	120	62	3	326
	Gelb	23	54	103	97	97	5	379
	Blau	24	30	65	62	82	10	273
	Rot	5	2	9	11	6	2	35
Gesamt		78	122	256	290	247	20	1013

		d20						
		sehr oft	oft	manchmal	selten	nie	kein Kreuz	Gesamt
Farbe	Grün	82	87	68	55	32	2	326
	Gelb	67	101	92	58	54	7	379
	Blau	69	51	55	42	46	10	273
	Rot	5	6	2	6	11	5	35
Gesamt		223	245	217	161	143	24	1013

		d21						
		sehr oft	oft	manchmal	selten	nie	kein Kreuz	Gesamt
Farbe	Grün	69	97	93	44	15	8	326
	Gelb	45	93	133	70	25	13	379
	Blau	28	27	80	82	45	11	273
	Rot	4	7	9	7	3	5	35
Gesamt		146	224	315	203	88	37	1013

		d22						
		sehr oft	oft	manchmal	selten	nie	kein Kreuz	Gesamt
Farbe	Grün	130	122	58	11	1	4	326
	Gelb	182	150	34	6	2	5	379
	Blau	156	70	23	9	4	11	273
	Rot	14	9	5	3	1	3	35
Gesamt		482	351	120	29	8	23	1013

		d23						
		sehr oft	oft	manchmal	selten	nie	kein Kreuz	Gesamt
Farbe	Grün	11	20	41	64	187	3	326
	Gelb	13	22	55	65	217	7	379
	Blau	8	7	21	38	186	13	273
	Rot	1	0	2	3	25	4	35
Gesamt		33	49	119	170	615	27	1013

		d24						Gesamt
		sehr oft	oft	manchmal	selten	nie	kein Kreuz	
Farbe	Grün	2	8	27	73	213	3	326
	Gelb	3	11	61	79	218	7	379
	Blau	12	19	42	56	132	12	273
	Rot	1	1	4	8	17	4	35
Gesamt		18	39	134	216	580	26	1013

		d25						Gesamt
		sehr oft	oft	manchmal	selten	nie	kein Kreuz	
Farbe	Grün	23	44	67	76	115	1	326
	Gelb	46	56	79	72	116	10	379
	Blau	50	33	57	46	76	11	273
	Rot	0	0	4	9	16	6	35
Gesamt		119	133	207	203	323	28	1013

		d26						Gesamt
		sehr oft	oft	manchmal	selten	nie	kein Kreuz	
Farbe	Grün	2	41	188	84	8	3	326
	Gelb	15	72	187	86	9	10	379
	Blau	16	34	112	89	14	8	273
	Rot	1	2	9	15	4	4	35
Gesamt		34	149	496	274	35	25	1013

		d27						Gesamt
		sehr oft	oft	manchmal	selten	nie	kein Kreuz	
Farbe	Grün	21	30	68	76	128	3	326
	Gelb	21	47	71	100	132	8	379
	Blau	20	31	61	49	103	9	273
	Rot	3	1	5	4	18	4	35
Gesamt		65	109	205	229	381	24	1013

		d28						Gesamt
		sehr oft	oft	manchmal	selten	nie	kein Kreuz	
Farbe	Grün	24	106	136	51	7	2	326
	Gelb	46	120	153	45	8	7	379
	Blau	45	77	94	34	14	9	273
	Rot	3	7	16	4	2	3	35
Gesamt		118	310	399	134	31	21	1013

Anlage IV - Grundlagen bzw. Herleitungen der erstellten Grafiken

zu Tab. 4 - Alterszusammensetzung

	10	**11**	**12**	**13**	**14**	**15**	**16**
Gymnasium	9	48	53	49	40	51	45
Realschule	8	65	46	57	74	50	48
Grund- und Hauptschule	14	17	38	31	54	53	51
Förderschule	1	3	10	8	4	5	3
ungültig	0	0	1	1	0	0	1
	32	133	148	146	172	159	148

	17	**k. a.**	**>18**	
Gymnasium	30	1		326
Realschule	30	1		379
Grund- und Hauptschule	15	0		273
Förderschule	0	1	17	35
ungültig	0	1	17	21
	75	4	17	1034

zu Tab. 5 - **Kannst du mitbestimmen?**	ja	geht so	nein	kein Kreuz
bei deiner Freizeitgestaltung	853	139	12	9
bei der Einrichtung deines Zimmers	881	107	16	9
bei der Wohnungseinrichtung	175	599	221	18
bei der Wahl des Familienautos	182	455	353	23
bei der Wahl des Familienurlaubes	570	338	88	17
bei der Wahl deiner Kleidung	942	54	8	9
beim gemeinsamen Fersehen	283	509	99	122

zu Tab. 6 - **Partizipationsintensität**		
leichte Partizipation B1.0, B1.1, B1.5	892	leicht
mittlere Partizipation B1.4, B1.6,	426,5	mittel
starke Partizipation B1.2, B1.3	178,5	stark

zu Tab.7 - **B - Partizipation in der Familie (Geschlechtervergleich)**

	ja	geht so	nein	kein Kreuz	Gesamt	
männlich	82	15	1	2	100	%
männlich	84	12	2	2	100	%
männlich	16	57	24	3	100	%
männlich	20	40	37	3	100	%
männlich	53	33	11	3	100	%
männlich	88	8	2	2	100	%
männlich	29	48	10	13	100	%
weiblich	84	12	1	3	100	%
weiblich	87	9	1	3	100	%
weiblich	18	59	18	5	100	%
weiblich	16	48	31	5	100	%
weiblich	57	33	6	4	100	%
weiblich	95	2	0	3	100	%
weiblich	26	51	9	14	100	%

zu Tab.7 - **B - Partizipation in der Familie (Geschlechtervergleich)**

	ja	geht so	nein	kein Kreuz	Gesamt	
männlich	53,14	30,43	12,43	4,00	100	%
weiblich	54,71	30,57	9,43	5,29	100	%

zu Tab.8 - **B - Partizipation in der Familie (Vergleich Kinder-Jugendl.**)

	ja	geht so	nein	kein Kreuz	
Jugendlich	88	10	2	0	100 %
Jugendlich	88	10	1	1	100 %
Jugendlich	16	61	21	2	100 %
Jugendlich	15	45	38	2	100 %
Jugendlich	55	33	9	3	100 %
Jugendlich	93	5	1	1	100 %
Jugendlich	29	44	11	16	100 %
Jugendlich Gesamt	54,86	29,71	11,86	3,57	100 %

zu Tab.8	ja	geht so	nein	kein Kreuz	
Kind	78	19	1	2	100 %
Kind	85	11	3	1	100 %
Kind	19	56	23	2	100 %
Kind	22	44	31	3	100 %
Kind	56	34	9	1	100 %
Kind	92	6	1	1	100 %
Kind	27	57	8	8	100 %
Kinder gesamt	54,14	32,43	10,86	2,57	100 %

zu Tab. 9 - **Kulturelle Unterschiede zur Mitbestimmung in der Familie** In %

	ja	geht so	nein	kein Kreuz	
deutsch	85	13	1	1	
deutsch	89	9	1	1	
deutsch	17	61	21	1	
deutsch	18	45	35	2	
deutsch	57	34	8	1	
deutsch	93	5	1	1	
deutsch	28	50	10	12	
gesamt deutsch	55,29	31,00	11,00	2,71	100%

	ja	geht so	nein	kein Kreuz	
osteuropa	84	12	4	0	
osteuropa	74	22	4	0	
osteuropa	20	41	37	2	
osteuropa	27	29	38	6	
osteuropa	59	27	12	2	
osteuropa	92	8	0	0	
osteuropa	31	49	8	12	
gesamt Osteuropa	55,29	26,86	14,71	3,14	100%

	ja	geht so	nein	kein Kreuz	
woanders	76	24	0	0	
woanders	67	33	0	0	
woanders	10	47	33	10	
woanders	5	57	33	5	
woanders	38	33	24	5	
woanders	90	10	0	0	
woanders	24	57	19	0	
gesamt woanders	44,29	37,29	15,57	2,86	100%

zu Tab.9 - Gesamtwert

	ja	geht so	nein	kein Kreuz	
gesamt deutsch	55,29	31,00	11,00	2,71	100%
gesamt Osteuropa	55,29	26,86	14,71	3,14	100%
gesamt anderer Herkunft	44,29	37,29	15,57	2,86	100%

Tab. 10 - **Kannst du in der Schule mitbestimmen?**

Gesamtauswertung	ja	geht so	nein	kein Kreuz	
bei Unterrichtsthemen	15	49	33	3	100%
bei Regeln für den Unterricht	24	33	39	4	100%
bei der Klassenzimmergestaltung	21	49	26	4	100%
bei dem Zielort der Klassenfahrt	23	37	36	4	100%
bei der Pausenraum(hof)gestaltung	4	19	73	4	100%
bei Qualitätsverbesserungen im Unterricht	21	34	41	4	100%

Tab. 11 - **Verhältnis der gesamten Antworten bezogen auf die Schulformen**

	ja	geht so	nein	kein Kreuz	
Gymnasium gesamt	13,67	42,67	43,17	0,50	100%
Realschule gesamt	21,83	37,50	39,00	1,67	100%
Hauptschule gesamt	16,33	32,83	49,00	1,83	100%
Förderschule gesamt	36,67	35,67	17,50	10,17	100%

Tab.12 - **Gymnasium**	ja	geht so	nein	kein Kreuz	
bei Unterrichtsthemen	11	60	29	0	100%
bei Regeln für den Unterricht	15	43	41	1	100%
bei der Klassenzimmergestaltung	21	53	26	0	100%
bei dem Zielort der Klassenfahrt	14	44	42	0	100%
bei der Pausenraum(hof)gestaltung	2	18	79	1	100%
bei Qualitätsverbesserungen im Unterricht	19	38	42	1	100%
Gesamt	13,67	42,67	43,17	0,50	100%

Tab.13 - **Realschule**	ja	geht so	nein	kein Kreuz	
bei Unterrichtsthemen	21	47	30	2	100%
bei Regeln für den Unterricht	26	32	41	1	100%
bei der Klassenzimmergestaltung	22	54	22	2	100%
bei dem Zielort der Klassenfahrt	32	38	28	2	100%
bei der Pausenraum(hof)gestaltung	4	19	76	1	100%
bei Qualitätsverbesserungen im Unterricht	26	35	37	2	100%
Gesamt	21,83	37,50	39,00	1,67	100%

Tab. 14 - **Hauptschule**	ja	geht so	nein	kein Kreuz	
bei Unterrichtsthemen	9	41	49	1	100%
bei Regeln für den Unterricht	28	29	40	3	100%
bei der Klassenzimmergestaltung	18	45	35	2	100%
bei dem Zielort der Klassenfahrt	21	32	45	2	100%
bei der Pausenraum(hof)gestaltung	6	19	73	2	100%
bei Qualitätsverbesserungen im Unterricht	16	31	52	1	100%
Gesamt	16,33	32,83	49,00	1,83	100%

Tab. 15 - **Förderschule**	ja	geht so	nein	kein Kreuz	
bei Unterrichtsthemen	34	40	17	9	100%
bei Regeln für den Unterricht	66	11	6	17	100%
bei der Klassenzimmergestaltung	31	49	14	6	100%
bei dem Zielort der Klassenfahrt	44	34	11	11	100%
bei der Pausenraum(hof)gestaltung	34	31	26	9	100%

bei Qualitätsverbesserungen im Unterricht	11	49	31	9	100%
	36,67	35,67	17,50	10,17	100%

Tab. 16 - Gesamtansicht der Antworten im Geschlechtervergleich

	ja	geht so	nein	kein Kreuz	
weiblich gesamt	18,67	37,67	39,33	4,33	100%
männlich gesamt	17,33	36,50	43,33	2,83	100%

zu Tab. 16	ja	geht so	nein	kein Kreuz	
weiblich	16	50	30	4	%
weiblich	23	37	36	4	%
weiblich	23	51	22	4	%
weiblich	24	37	34	5	%
weiblich	4	19	73	4	%
weiblich	22	32	41	5	%
	18,67	37,67	39,33	4,33	100%

zu Tab. 16	ja	geht so	nein	kein Kreuz	
männlich	13	48	37	2	%
männlich	25	29	42	4	%
männlich	18	49	30	3	%
männlich	23	37	37	3	%
männlich	5	20	72	3	%
männlich	20	36	42	2	%
	17,33	36,50	43,33	2,83	100%

zu Tab. 17 - Gesamtansicht der Antworten im Altersvergleich

	ja	geht so	nein	kein Kreuz	
Jugendlich	17,67	39,83	41,00	1,50	100%
Kind	19,00	35,67	43,50	1,83	100%

zu Tab. 17	ja	geht so	nein	kein Kreuz	
Jugendlich	16	52	31	1	%
Jugendlich	18	35	45	2	%
Jugendlich	24	51	24	1	%
Jugendlich	26	43	29	2	%
Jugendlich	4	22	72	2	%
Jugendlich	18	36	45	1	%
	17,67	39,83	41,00	1,50	100,00

zu Tab. 17	ja	geht so	nein	kein Kreuz	
Kind	13	47	38	2	%
Kind	32	33	33	2	%
Kind	18	51	29	2	%
Kind	21	32	45	2	%
Kind	5	18	76	1	%
Kind	25	33	40	2	%
	19,00	35,67	43,50	1,83	100%

Tab. 18 - Gesamtansicht aller Antworten im Vergleich der Herkunftsländer

	ja	geht so	nein	kein Kreuz	
deutsch	18,50	37,67	42,33	1,50	%
osteuropa	17,67	36,33	43,00	3,00	%
andere Herkunft	13,00	44,33	39,33	3,33	%

zu Tab. 18	ja	geht so	nein	kein Kreuz	
deutsch	15	50	34	1	%
deutsch	24	34	40	2	%
deutsch	22	51	26	1	%
deutsch	25	37	36	2	%
deutsch	4	19	76	1	%
deutsch	21	35	42	2	%
Gesamt	18,50	37,67	42,33	1,50	

zu Tab. 18	ja	geht so	nein	kein Kreuz	
osteuropa	14	53	31	2	%
osteuropa	31	24	39	6	%
osteuropa	20	45	31	4	%
osteuropa	14	31	53	2	%
osteuropa	6	27	65	2	%
osteuropa	21	38	39	2	%
Gesamt	17,67	36,33	43,00	3,00	100%

zu Tab. 18	ja	geht so	nein	kein Kreuz	
woanders	14	53	33	0	%
woanders	10	43	47	0	%
woanders	10	61	24	5	%
woanders	10	42	43	5	%
woanders	10	29	56	5	%
woanders	24	38	33	5	%
Gesamt	13,00	44,33	39,33	3,33	100%

Tab. 18a - Beurteiligung von Partizipation in der Schule im Vergleich

	ja	geht so	nein	
Erhebung in Neustadt i.H.	18	36,83	41,33	%
Erhebung der Bertelsamnn Stiftung.	14,5	46,4	39	%

Tab. 19 - Wie wichtig ist Mitbestimmung?

Gesamtansicht

sehr wichtig	geht so	nicht wichtig	kein kreuz		
339	513	105	75	1032	Stimmen

sehr wichtig	geht so	nicht wichtig	kein kreuz		
33	50	10	7	100	%

zu Tab. 20 - Wie wichtig ist Mitbestimmung? (Geschlechtervergleich)

	sehr wichtig	geht so	nicht wichtig	kein kreuz	
männlich	166	237	66	37	reale
weiblich	173	275	39	37	Zahlen

	sehr wichtig	geht so	nicht wichtig	kein kreuz	
männlich	33	47	13	7	%
weiblich	33	53	7	7	%

zu Tab. 21 - Wie wichtig ist Mitbestimmung? (Altersvergleich)

	sehr wichtig	geht so	nicht wichtig	kein kreuz	
Kind	137	243	54	22	reale
Jugendlich	202	269	50	31	Zahlen

	sehr wichtig	geht so	nicht wichtig	kein kreuz	
Kind	30	53	12	5	%
Jugendlich	37	48	9	6	%

zu Tab. 22 - Wie wichtig ist Mitbestimmung? (Schulvergleich)

	sehr wichtig	geht so	nicht wichtig	kein kreuz	
Gymn	123	168	19	15	reale
Real	118	206	35	19	Zahlen
Haupt	86	126	48	13	
Förder	12	13	3	7	

	sehr wichtig	geht so	nicht wichtig	kein kreuz	
Gymn.	38	51	6	5	%
Real.	31	55	9	5	%
Haupt.	32	45	18	5	%
Förder.	34	37	9	20	%

Tab. 23 - Wer soll Mitbestimmung ausüben? (Gesamtansicht)

KuJP	Schülervert.	Jugendspr.	Jugendvertr.	gar keine	
287	375	100	23	332	reale Zahlen
KuJP	Schülervert.	Jugendspr.	Jugendvertr.	gar keine	
26	33	9	2	30	%

zu Tab. 24 - Wer soll Mitbestimmung ausüben? (Migrationsvergleich)

	KuJP	Schülervert.	Jugendspr.	Jugendvert.	gar keine	
deutsch	272	347	98	23	296	reale
osteuropa	10	15	2	0	24	Zahlen
woanders	5	9	0	0	9	

	KuJP	Schülervert.	Jugendspr.	Jugendvert.	gar keine	
deutsch	26	34	9	2	29	%
osteuropa	20	29	4	0	47	%
woanders	22	39	0	0	39	%

zu Tab. 25 - Wer soll Mitbestimmung ausüben? (Geschlechtervergleich)

	KuJP	Schülervert.	Jugendspr.	Jugendvertr.	gar keine	
weiblich	146	218	40	17	144	reale
männlich	140	156	59	6	188	Zahlen

	KuJP	Schülervert.	Jugendspr.	Jugendvertr.	gar keine	
weiblich	26	39	7	3	25	%
männlich	26	28	11	1	34	%

zu Tab. 26 - Kontaktaufnahme (Gesamtansicht)

	Ja	Teilweise	Nein	Will nicht	k.Kreuz	
	250	352	157	216	59	reale Zahlen
	Ja	Teilweise	Nein	Will nicht	k.Kreuz	
	24	34	15	21	6	%

zu Tab. 27 - Kontaktaufnahme (Schulvergleich)

	Ja	Teilweise	Nein	Will nicht	k.Kreuz	reale Zahlen
Gymn	90	131	52	43	10	326
Real	83	151	62	77	6	379
Haupt	70	65	35	87	16	273
Förder	7	5	8	9	6	35

	Ja	Teilweise	Nein	Will nicht	k.Kreuz	
Gymn	27,61	40,18	15,95	13,19	3,07	%
Real	21,90	39,84	16,36	20,32	1,58	%
Haupt	25,64	23,81	12,82	31,87	5,86	%
Förder	20,00	14,29	22,86	25,71	17,14	%

zu Tab. 28 - Methode der Kontaktaufnahme (Gesamt)

Schriftlich	Sitzungen	Internet	Ansprechen	Handy	keine Ahnung	
368	136	217	279	77	186	reale Zahlen
Schriftlich	Sitzungen	Internet	Ansprechen	Handy	keine Ahnung	
29	11	17	22	6	15	%

zu Tab. 29 - Wer soll Meinung vertreten? (Geschlechtervergleich)

	KuJ	Erw.	beide	k.Kreuz		
weiblich	264	193	39	27	523	reale
männlich	187	267	17	33	504	Zahlen

	KuJ	Erw.	beide	k.Kreuz	
weiblich	50,48	36,90	7,46	5,16	%
männlich	37,10	52,98	3,37	6,55	%

zu Tab. 30 - Wer soll deine Meinung vertreten? (Altersvergleich)

	KuJ	Erw.	beide	k.Kreuz		
Kind	188	235	22	9	454	reale
Jugendlich	261	224	36	30	551	Zahlen

	KuJ	Erw.	beide	k.Kreuz	
Kind	41,41	51,76	4,85	1,98	%
Jugendlich	47,37	40,65	6,53	5,44	%

zu Tab. 31 - Wer soll deine Meinung vertreten? (Schulvergleich)

	KuJ	Erw.	beide	k.Kreuz		
Gymn	164	124	26	11	325	reale
Real	171	171	22	11	375	Zahlen
Haupt	108	144	8	13	273	
Förder	8	21	2	4	35	

	KuJ	Erw.	beide	k.Kreuz	
Gymn	50,46	38,15	8,00	3,38	%
Real	45,60	45,60	5,87	2,93	%
Haupt	39,56	52,75	2,93	4,76	%
Förder	22,86	60,00	5,71	11,43	%

zu Tab. 32 - Die wichtigsten Mitbestimmungsbereiche (Geschlechtervergleich)

	Schule	Spiel- u.	Freizeit.	Pers.	Veranst.	Verkehr.	Verei.	Politik	
Kind	248	175	209	58	149	35	163	31	1068
Jugendlich	289	169	243	90	136	54	211	73	1265

	Schule	Spiel- u.	Freizeit.	Pers.	Veranst.	Verkehr.	Verei.	Politik	
Kind	23,22	16,39	19,57	5,43	13,95	3,28	15,26	2,90	%
Jugendlich	22,85	13,36	19,21	7,11	10,75	4,27	16,68	5,77	%

zu Tab. 33 - Die wichtigsten Mitbestimmungsbereiche (Schulvergleich)

	Schule	Spiel- u.	Freizeit.	Pers.	Veranst.	Verkehr.	Verei.	Politik	
Gymn	205	81	139	56	84	25	121	38	749
Real	189	147	174	58	117	22	165	33	905
Haupt	124	106	126	32	76	41	75	27	607
Förder	20	11	13	3	9	1	13	6	76

	Schule	Spiel- u.	Freizeit.	Pers.	Veranst.	Verkehr.	Verei.	Politik	
Gymn	27,37	10,81	18,56	7,48	11,21	3,34	16,15	5,07	%
Real	20,88	16,24	19,23	6,41	12,93	2,43	18,23	3,65	%
Haupt	20,43	17,46	20,76	5,27	12,52	6,75	12,36	4,45	%
Förder	26,32	14,47	17,11	3,95	11,84	1,32	17,11	7,89	%

zu Tab. 34 - Verteilung in die Bereiche (Mittelwerte)

	Verteilung in die Bereiche
Kreatives und Soziales	2,28
Sport und Bewegung	2,72
Medien	3,05
Sonstiges	2,92

zu Tab. 35 - Bereich: Kreatives und Soziales (Gesamt)

	sehr oft	**oft**	**manchmal**	**selten**	**nie**	**kein Kreuz**	
Disco, Party, etc.	12	13	20	20	30	5	%
Jugendzentrum o.ä.	2	4	13	21	55	5	%
Jugendgruppe d. Kirche o.ä.	3	5	12	16	59	5	%
Freunde treffen	46	34	12	3	1	4	%
Malen, bauen, etc.	8	12	25	27	24	4	%
Musik machen	10	10	12	17	47	4	%
nichtsportliche Vereine/ Verbände	6	4	3	7	75	5	%
	12,43	11,71	13,86	15,86	41,57	4,57	%
	62,14	46,86	41,57	31,71			
Mittelwert	2,28						

zu Tab. 36 - Bereich: Sport und Bewegung (Gesamt)

	sehr oft	**oft**	**manchmal**	**selten**	**nie**	**kein Kreuz**	
Tanzen	7	10	17	17	45	4	%
Skaten	7	12	23	26	27	5	%
Sport ohne Verein	18	28	33	10	7	4	%
Sport im Verein	27	23	13	7	25	5	%
	14,75	18,25	21,50	15,00	26,00	4,50	%

	73,75	73	64,5	30	
Mittelwert	2,72				

zu Tab. 37 - Bereich: Medien (Gesamt)

	sehr oft	oft	manchmal	selten	nie	kein Kreuz	
Kino	3	14	49	27	3	4	%
Lesen	14	22	29	20	9	6	%
Internet	22	24	21	15	14	4	%
Fernsehen	13	31	39	11	1	5	%
Computerspiele	12	19	32	25	8	4	%
	12,80	22,00	34,00	19,60	7,00	4,60	
	64	88	102	39,2			
Mittelwert	3,05						

zu Tab. 38 - Bereich: Sonstiges (Gesamt)

	sehr oft	oft	manchmal	selten	nie	kein Kreuz	
Haushalt helfen	11	30	39	13	3	4	%
Jobben	6	11	20	22	37	4	%
Rumhängen	18	28	31	15	4	4	%
	11,67	23,00	30,00	16,67	14,67	4	
	58,33	92,00	90,00	33,33	14,67	4	
Mittelwert	2,92						

zu Tab. 39 - Bereich: Medien (weiblich)

	sehr oft	oft	manchmal	selten	nie	kein Kreuz	
Tanzen	11	16	26	21	21	5	%
Skaten	6	14	29	27	18	6	%
Sport ohne Verein	15	25	37	12	6	5	%
Sport im Verein	24	23	14	9	25	5	%

zu Tab. 40 - Bereich Medien (männlich)

	sehr oft	oft	manchmal	selten	nie	kein Kreuz	
Tanzen	3	4	7	13	70	3	%
Skaten	8	9	18	24	37	4	%
Sport ohne Verein	21	30	31	8	7	3	%
Sport im Verein	28	24	11	6	26	5	%

zu Tab 41 - Bereiche (Anteil oft/sehr oft im Altersvergleich)

	Sport und Bewegung	Kreatives	Medien	Sonstiges
Kind	36,25	23,57	34,00	36,25
Jugendlich	30,75	25,29	37,20	30,75

zu Tab 42 - Mediennutzung (Altersvergleich)

Kind			**Jugend**	
	sehr oft	**oft**	**sehr oft**	**oft**
Kino	3	17	4	13
Lesen	20	25	10	20
Internet	17	18	26	30
TV	12	26	15	36
Comp.spiele	11	21	14	18

	Kinder	Jugend
Kino	20	17
Lesen	45	30
Internet	35	56
TV	38	51
Comp.spiele	32	32

zu Tab 43 - Sonstige Freizeitgestaltung (Altersvergleich)

Kind			Jugendlich		
	sehr oft	oft		sehr oft	oft
Hausarbeit	10	29	Hausarbeit	13	32
Jobben	3	5	Jobben	10	15
Relaxen	14	21	Relaxen	23	34

	Kinder	Jugendl
Hausarbeit	39	45
Jobben	8	25
Relaxen	35	57

zu Tab. 44 - Freizeitgestaltung (kulturelle Herkunft)

	Sport und Bewegung	Kreatives und Soziales	Medien
deutsch	34	24,29	35,4
osteuropa	28,5	27,14	39,4
woanders	27,5	22,43	39,6

zu Tab. 45 - Vereine (kulturelle Herkunft) reale Zahlen

	nichtsportliche Vereine	Im Sportverein	Sport ohne Verein
deutsch	13	65	81
osteuropa	0	36	76
andere kult.Herkunft	0	57	76

zu Tab. 46 - Sonstiges (kulturelle Herkunft)

	häudliche Arbeiten	Jobben	Relaxen
deutsch	42	17	47
osteuropa	49	32	54
woanders	52	19	43

Anlage V (die Antwortspalten wurden zur besseren Übersicht gekürzt)

Bitte online ausfüllen wenn möglich - www.partizipation-neustadt.de.vu

Mitbestimmung von Kinder und Jugendlichen in ihrer Einrichtung

1. Name des Beteiligungsangebotes

_____?

2. Art des Beteiligungsangebotes

_____

3. Aufgabe/Problemstellung des Beteiligungsangebotes

_____

4. Woher kommen die zu bearbeitenden Themen? Was trifft für sie am ehesten zu?

O Von Kindern und Jugendlichen der Stadt Neustadt i.H. und Umgebung
O Hauptsächlich von unmittelbar betroffenen Menschen bis 27
O Hauptsächlich von unmittelbar betroffenen Menschen über 27 Jahren
O Von den Mitgliedern des Beteiligungsangebotes
O Von Mitarbeitern einer Einrichtung/ eines Trägers
O Von Verwaltung/Politik
O Sonstiges

5. Ansprechpartner und unterstützende Begleitung des Projekts mit Adresse/Telefon/E-Mail

_____

6. Wer ist derzeit Träger Beteiligungsangebotes?

_____

7. Wer hat das Beteiligungsangebot initiiert? Was trifft für sie am ehesten zu?

O Kinder und Jugendliche
O Privatpersonen
O Freier Träger
O Stadtverwaltung
O Politische Ebene
O Verein/Verband
O Schule
O Sonstige

8. Seit wann existiert das Beteiligungsangebot? (Monat/Jahr)

_____

9. Wie oft finden Sitzungen/Treffen/Veranstaltungen/Aktionen statt?

O Mehrmals in der Woche
O Einmal in der Woche
O Alle 2 Wochen
O Jeden Monat
O Alle 3 Monate
O Seltener als alle 3 Monate
O Unregelmäßig
O Einmalig/projektbezogen
O Bei Bedarf

10. Wie erfolgt die Begleitung des Beteiligungsangebotes?

O Durch Ehrenamtliche Tätige
O Durch pädagogisch qualifiziertes Fachpersonal
O Durch sonstiges Fachpersonal
O Keine Begleitung
O Sonstiges

11. Verfügt das Beteiligungsangebot über eigenfinanzielle Mittel?

_____ Euro

12. An welcher Altersgruppe richtet sich das Beteiligungsangebot? (von…Bis…)

_____

13. Bitte schätzen Sie außerdem das Durchschnittsalter der beteiligten Kinder und Jungendlichen

_____Jahre

14. Wie wird die Teilnahme geregelt?

O Alle interessierten Kinder und Jugendlichen können ohne Auswahlverfahren Teilnehmen
O Eine Auswahl erfolgt per allgemeiner Wahl
O Eine Auswahl wird bestimmt durch Institution (Verein/Verbände/etc.)
O Sonstiges Verfahren

15. Wie viele Kinder bzw. Jugendliche sind in ihrem Projekt zur Zeit direkt beteiligt?

_____ Personen

16. Wie viele Kinder bzw. Jugendliche sind in ihrem Projekt zur Zeit indirekt beteiligt?
Zum Beispiel durch regelmäßigen Befragungen und sonstigen Einbindungen. Auch Schätzungen möglich.

_____Personen

17. Ihr Beteiligungsangebot richtet sich vor allem an:

O Mädchen
O Jungen
O Ausgeglichen

18. In welchen Verhältnissen sind Jungen und Mädchen beteiligt

Mädchen -5 -4 -3 -2 -1 0 +1 +2 +3 +4 +5 Jungen
O O O O O O O O O O O

19. Der überwiegende Teil aller beteiligten Kinder und Jungendlichen nutzt folgende Schulform

O Grundschule
O Hauptschule
O Realschule
O Gymnasium
O Gesamtschule
O Berufsschule
O Sonderschule/Förderschule
O Sonstiges

20. Gründe für das Beenden einer Tätigkeit/Mitgliedschaft innerhalb des Projekts:

_____

21. Welches sind die pädagogischen/methodischen Charakteristika?

O Vor allem spiel-/kulturpädagogisches Vorgehen (z.B. Stadtteilerkundung, Malen)
O Vor allem verbales und/oder schriftliches Vorgehen (z.B. Diskussionen, Anträge)
O Spiel-/kulturpädagogisches sowie verbales/schriftliches Vorgehen
O Sonstiges

22. Gibt es eine Geschäftsordnung, Satzung oder ein anderes Regelwerk?

O Geschäftsordnung
O Satzung
O Anderes Regelwerk
O Kein Regelwerk

23. Gibt es beratende Mitglieder (Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung etc…)?

_____

24. Welche Form der Öffentlichkeitsarbeit wird genutzt?

O Veranstaltungen/Aktionen (z.B. in Schulen)
O Informationsbroschüren
O Örtliche Presse
O Eigene Homepage
O Sonstiges

25. Werden einzelne Themenschwerpunkte in Form von Arbeitsgemeinschaften (offen/geschlossen) bearbeitet?

O Ja und sind zudem für alle interessierten Kinder und Jugendlichen offen
O Ja und sind nur für Mitglieder
O Nein

26. Gibt es organisatorische Rahmenbedingungen, die die direkte Vermittlung der Ergebnisse aus dem Beteiligungsangebot in die Politik, Verwaltung oder ähnliche Entscheidungsträger gewährleisten oder unterstützen?

O Rederecht für Kinder und/oder Jugendliche im Stadtrat/Vorstand oder ähnliche Entscheidungsträger
O Antragsrecht für Kinder und/oder Jugendliche im Stadtrat/Vorstand oder ähnliche Entscheidungsträger
O Dienstanweisung an die Verwaltung/Mitarbeiter, mit Beteiligungsangebot zu kooperieren
O Nein
O Sonstiges

27. Wurden bereits Vorschläge der Kinder bzw. Jugendlichen umgesetzt?

O Ja
O Nein
O Noch im Entscheidungsprozess

28. Falls ja, welche:

_____

29.Welche Probleme sehen Sie auf der Ebene der Entscheidungsträger/Verwaltung/Organisation im Zusammenhang mit dem Beteiligungsprojekt?

_____

30. Welche Probleme sehen Sie innerhalb des Beteiligungsprojektes (strukturell, inhaltlich,…)?

31. Was erscheint ihnen noch erwähnenswert im Zusammenhang mit dem beschriebenen

Vielen Dank, dass sie sich die Zeit zum Ausfüllen des Fragebogens genommen haben.